PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

# kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 40 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621 / 36 014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 18.909.05 oder: PschA Karlsruhe, Kto.-Nr. 958.37-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 26.8.1975, fertiggestellt.

28. August 1975 3. Jg. Nr. 34 50 Pfennig

*Haushaltssicherungsgesetz:*

## Raubzug gegen die Volksmassen eröffnet

**Den Arbeitern und Angestellten soll die Arbeitslosenversicherung gekürzt werden, den Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst Teile ihrer Löhne und Gehälter. Die Bauern sollen mehr Steuern bezahlen, Studenten und Schülern werden die Stipendien gestrichen. Das haben Bundeskanzler Schmidt, Bundesfinanzminister Apel, Bundeswirtschaftsminister Friderichs, Bundesaußenminister Genscher und der Präsident der Bundesbank Klasen am Mittwoch letzter Woche am Brahmsee beschlossen. Gesetzlich bereits zugestandene Rechte sollen durch ein Haushaltssicherungsgesetz rückgängig gemacht werden. Der Schritt sei unabwendbar, um das staatliche Haushaltsdefizit zu verringern, ist von der Regierung zu erfahren.**

Der Beschluß der Brahmsee-Konferenz kam für viele Sozialdemokraten bis auf Ministerebene überraschend. So überraschend, daß der SPD-Wirtschaftsexperte Ehrenberg, Mitglied des Fraktionsvorstandes im Bundestag, noch nachdem er gefaßt war, vor der Presse versicherte, an Derartiges sei nicht im Traume gedacht. Sozialminister Arendt hatte noch einen Tag vorher bei der Eröffnung der Herrenmodenmesse erklärt, ein Abbau der Sozialversicherungen und eine Beschneidung der Rechte der Massen käme nicht in Frage. Und der Bildungsminister Rohde hatte zwei Tage später immer noch nicht begriffen, woher der Wind weht: Von seinem Urlaubsort ließ er erklären, er werde dafür Sorge tragen, daß die Ausgaben für das Bildungswesen nicht zu sehr gerupft würden.

### Die Regierung führt das Programm des Großkapitals durch

Mit dem Beschluß, ein Haushaltssicherungsgesetz vorzulegen, ist die sozialliberale Koalition in ihre dritte Phase eingetreten. Begonnen hat sie unter Brandt und Scheel mit dem Versprechen der Veränderung auf dem Wege der Reformen. Weitergemacht hat sie unter Schmidt und Genscher, indem sie die Reformversprechen eines nach dem anderen zu Grabe trug. Jetzt, in der dritten Phase, macht sie sich direkt daran, schon erkämpfte Rechte der Volksmassen zu kürzen und die Sozialversicherungen der Lohnabhängigen zu beschneiden.

Überraschend kommt das freilich nur für denjenigen, der den Worten der Regierung geglaubt hat. Tatsächlich ist der Beschluß von Kanzler, Spitzenministern und Bundesbank so überraschend nicht. Seit Monaten verlangen die Spitzenverbände der Kapitalisten genau diesen Schritt. Der Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie, Sohl, forderte am Sonntag noch einmal: eine *"erhebliche Kräftigung der Unternehmenserträge und eine Konsolidierung* (Festigung) *der Ertragserwartungen"* durch Erfüllung der Bedingungen *"bei den Lohnabschlüssen"*, durch *"Rückführung der Ertragsbelastung mit öffentlichen Abgaben"* (d.h. Steuersenkungen für Unternehmer) und *"Überprüfung aller Reformvorhaben, die die Funktions- und Leistungsfähigkeit unserer Unternehmen gefährden"*. Die bürgerliche Presse, CDU/CSU und FDP haben dieses Thema in allen Variationen wiederholt und insbesondere Trommelfeuer geschossen gegen diejenigen Staatsausgaben, die als Teil des Lohnes bzw. des Einkommens der Studenten oder der Bauern vom Staat zwangsverwaltet werden.

Die SPD hat einige Zeit gezögert, dabei mitzumachen. Sie weiß, daß sie nicht gewählt worden ist, um die Lage der Volksmassen zu verschlechtern, sondern in der Hoffnung, sie würde sie verbessern.

**Fortsetzung S. 2**




**In über 150 westdeutschen Städten arbeiten Komitees gegen den § 218. Sie rufen auf zur Demonstration in Bonn am 21. September. Auf dem Foto ein großes Bildplakat in Waiblingen bei Stuttgart.**

## Schlichte Weisheit

Der "Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung" hat ein Sondergutachten vorgelegt. Darin kommt er zu dem Schluß: "Solange sich die Aufschwungtendenzen nicht durchgesetzt haben, wirkt sich auch ein mäßiger Lohnabschluß primär in einer weiteren Verschlechterung der Ertragslage aus." Empfohlen wird, "bei den Lohnforderungen der nächsten Runde Zurückhaltung zu üben", um den Aufschwung nicht zu gefährden.

Der Sachverständigenrat gutachtet schon länger. **1968**, im Jahr des Aufschwungs nach der 67-er Krise, als die Kapitalisten Riesengewinne machten, schrieb er: "Eine Lohnleitlinie, die die Löhne im Jahr 1969 auf den verteilungsneutralen Pfad zurückführt, wäre zwar marktkonform, führte aber zu Lohnsteigerungen, die wesentlich über den Produktivitätszuwachs im Jahre 1969 hinausgingen. Dies gilt es im Interesse der Stabilität des Preisniveaus und eines hohen Beschäftigungsstandes zu vermeiden."

**1970** heißt es: "Die westdeutsche Wirtschaft hat 1970 den Höhepunkt ihres fünften Nachkriegsaufschwungs überschritten (. . .). Seit Ende des Jahres 1969 ist die Lohnpolitik (. . .) eindeutig stabilitätswidrig."

**1971**, ein Jahr später: "Die westdeutsche Wirtschaft befindet sich im Herbst 1971 in einer Phase zunehmender konjunktureller Entspannung (. . .). Jetzt gilt es vor allem, auch den Auftrieb der Lohnkosten weiter zu verringern und schließlich zu beenden."

**1972** dann: "Die Expansionskräfte haben auch in der BRD 1972 die Oberhand gewonnen (. . .). Solange . . . versucht wird, die Verteilung zum eigenen Vorteil dauerhaft zu verändern, belastet und gefährdet der Prozeß der Lohnbestimmung durch die Tarifpartner die Bemühungen um Stabilität erheblich."

**1973**: "Der Aufschwung hatte sich Ende 1972 sprunghaft verstärkt (. . .). Übermäßige Lohnsteigerungen werden das Preisniveau hinauftreiben und den Beschäftigtenstand senken."

Und schließlich **1974**, als der Aufschwung zu stocken begann: "Vor allem, was die mittelfristigen Ertragsaussichten anbelangt, muß die Besserung von der Lohnseite kommen."

Für diese Jahr für Jahr, ob Aufschwung oder Krise, wiederholten Mahnungen, die Arbeiter sollten ihre Arbeitskraft billiger verkaufen, bekommt jeder der "fünf Weisen" jährlich 52 000 DM, der Vorsitzende 58 000 DM (Der Spiegel, 25. August). Die Wissenschaft geht nach Brot, heißt es. Und die fünf Weisen wissen, auf welcher Seite die Butter ist.

## Erbitterte imperialistische Rivalität um Portugal

**Immer häufiger wird Portugal zum "Prüfstein" (Süddeutsche Zeitung, 20. August) und zum "Testfall für die Entspannung" (Die Zeit, 22. August) erklärt. Damit wird Portugal grundsätzlich das Recht abgesprochen, seine inneren Angelegenheiten selber zu regeln. Der Arbeiterklasse und dem Volk in Portugal wird das Recht abgesprochen, ihre Angelegenheiten durch die Revolution zu regeln, die allein in der Lage ist, die Ausbeutung und Unterdrückung durch die Imperialisten und die einheimischen Feudalherren und Großbourgeois zu beseitigen.**

Die "Entspannung" ist ein von den Supermächten und den Imperialisten über ihre erbitterte Rivalität um Einflußsphären und Vorherrschaft gezogener Schleier. Wenn die Entwicklung in einem Land zum "Testfall für die Entspannung" erklärt wird, dann heißt das nichts anderes, als daß seine inneren Angelegenheiten behandelt werden als Frage der Beziehungen zwischen den Supermächten und allen Imperialisten, als Angelegenheit ihrer Rivalität.

Die Ziele des portugiesischen Volkes – Unabhängigkeit, Volksherrschaft und soziale Befreiung – stehen in vollkommenem Gegensatz zu den Interessen der beiden Supermächte und aller Imperialisten, Portugal in ihrer Abhängigkeit zu halten oder ihrer Einflußsphäre einzuverleiben. Die verschiedenen Einmischungsversuche der beiden Supermächte und der westeuropäischen Imperialisten richten sich deshalb nicht nur gegeneinander, sondern vor allem gegen die portugiesische Arbeiterklasse und das portugiesische Volk. Diese haben gar kein Interesse daran, daß Portugal zum "Testfall für die Entspannung" und damit zum Spielball der beiden Supermächte und aller Imperialisten erklärt wird. Denn auf nichts anderes läuft das hinaus.

In Helsinki haben die USA und die Sowjetunion wie auch die westeuropäischen Imperialisten das Prinzip der staatlichen Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten hochgehalten. Da sich in der Wirklichkeit alle zusammen in die inneren Angelegenheiten Portugals einmischen, werden diese Prinzipien in ihr Gegenteil verkehrt: Unter Hinweis auf die Einmischung der Gegenseite und unter Berufung, daß diese gegen die Prinzipien der "europäischen Sicherheit" verstoße, wird die eigene Einmischung und eine immer hektischere Rivalität betrieben.

Sowohl die USA als auch die Sowjetunion, wie die westeuropäischen imperialistischen Staaten benutzen dabei Kräfte in Portugal selber als ihre Agenturen: Die USA haben mit den beiden Putschversuchen Spinolas ihr Glück versucht und sind dabei vorläufig gescheitert. Jetzt versuchen sie, gestützt auf die gleichen Kräfte, einen dritten Putschversuch. Die Sowjetunion hat sofort nach dem Sturz des faschistischen Caetano-Regimes, des früheren Garanten für die Interessen der USA und der westeuropäischen Imperialisten, auf die Übernahme des existierenden Staatsapparates durch die Revisionisten um Cunhal gesetzt. Die westeuropäischen Imperialisten setzen vor allem auf die Sozialistische Partei unter Soares, der nicht weniger eine Kreatur der westeuropäischen Sozialdemokratie ist als Cunhal eine Kreatur der sowjetischen Sozialimperialisten. Sie sind von ihren jeweiligen Ziehvätern mit keinem anderen Zweck hochgepäppelt worden als im Falle eines Sturzes des Caetano-Regimes an die freigewordene Stelle zu rücken.

Da die Imperialisten jeweils ihre Handlanger in Portugal selber haben, die trotz der unterschiedlichen Auftraggeber eine Gemeinsamkeit haben, das Volk an der Revolution zu hindern, brauchen weder die beiden Supermächte noch die westeuropäischen Imperialisten sofort offen und direkt zu intervenieren. Indem sie jedoch Portugal zum "Testfall für die Entspannung" erklären, sprechen sie ihm das Recht auf eine unabhängige Entwicklung ab und decken ihre indirekte Intervention.

Immer deutlicher werden die USA, nachdem sie erkannt haben, daß die Sowjetunion mit ihrem Cunhal bisher nicht mehr Glück hatte als sie mit ihrem Spinola.

So "mahnte" Kissinger in einer Rede "die Sowjetunion, daß die Vereinigten Staaten **keine selektive Entspannung** akzeptierten, unter deren Deckmantel einseitige Vorteile herausgeholt werden könnten. Die Sowjetunion sollte nicht annehmen, daß sie die Option habe, entweder direkt oder indirekt in Portugal die Ereignisse zu beeinflussen im Gegensatz zu dem Recht des portugiesischen Volkes, seine Zukunft zu bestimmen. Kissinger bezeichnet Portugal als alten Freund und Alliierten der Vereinigten Staaten und verbittet sich jede Einmischung auswärtiger Mächte, die den Prinzipien der europäischen Sicherheit zuwiderlaufen würde." Die berichtende "Neue Zürcher Zeitung" stellt dazu fest: "Die Sätze über Portugal kommen einer Berufung auf eine westliche Einflußsphäre nahe." (Neue Zürcher Zeitung vom 15. August) Was es für ein Volk bedeuten kann, wenn sein Land von den USA als alter Freund und Alliierter bezeichnet wird, weiß man spätestens seit Vietnam.

Die Sowjetunion, deren Pläne auf Übernahme des bürgerlichen Staatsapparates und die Erschleichung der politischen Macht durch die Revisionisten zunächst gut vonstatten gingen, hat auf den stärker werdenden Widerstand gegen diese Entwicklung mit einer Ermunterung zum Putsch reagiert. Denn um nichts anderes handelt es sich, wenn diese Verräter an der bewaffneten Revolution und der Diktatur des Proletariats, diese notorischen Verfechter des parlamentarischen Weges, neuerdings unter Berufung auf Lenin von der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats reden und eine parlamentarische Mehrheit auf einmal nicht mehr für notwendig halten. Bei den sowjetischen Sozialimperialisten ist eine solche "Rückbesinnung" nichts anderes als die Rechtfertigung des Putsches und der Diktatur einer Marionettenclique, wie bei der Aggression gegen die CSSR 1968 der "proletarische Internationalismus" nur als Rechtfertigung der Besetzung diente. Angesichts ihrer Einmischungsversuche braucht sich die Sowjetunion nicht zu beklagen, wenn ihr "Die Zeit" höhnisch auf Vorwürfe gegen die NATO erwidert:

"In Portugal wird zum erstenmal praktiziert, wie im Zeitalter der Entspannung politische Rivalitäten zwi-

**Fortsetzung S. 2**

Forts. von S. 1

## Haushaltssicherungsgesetz: Raubzug gegen die Volksmassen

Jetzt hat sich die von ihr geführte Koalition entschlossen, diese Hemmung fallenzulassen und beim Raubzug gegen die Löhne und Einkünfte federführend voranzugehen.

### Der Kanzler wird in Marsch gesetzt

*"Helmut Schmidt hat seinem Ruf alle Ehre gemacht"*, lobt für diesen Beschluß die "Frankfurter Rundschau" den Bundeskanzler. *"Wenn das Wasser bis zum Halse steht, pflegt der Regierungschef seine besonderen Qualitäten zu entwickeln. Wie seinerzeit bei der Flutkatastrophe hielt der Hanseat auch diesmal bei der Bändigung der Defizitfluten in den öffentlichen Haushalten ohne Rücksicht auf Freund und Feind keinen Dienstweg ein und verließ sich auf seine bewährte Überrolltaktik."* (Frankfurter Rundschau, 23. August)

Richtig ist daran so viel, daß der Regierung das Wasser bis zum Halse steht und daß Helmut Schmidt als derzeitiger Geschäftsführer des bürgerlichen Staatsapparates in Marsch gesetzt worden ist, um das Programm der Kapitalisten durchzusetzen. Denn der gefaßte Beschluß entspricht nicht nur diesem Programm. Er ist auch unter dem direkten Diktat des Großkapitals zustandegekommen. Das ist an den Ereignissen der letzten Tage nachweisbar.

Die Bundesregierung müßte schon längst den Bundeshaushalt für 1976 vorgelegt haben. Bis heute aber weiß sie nicht einmal, wie sie den Haushalt für 1975 hinkriegen soll. Die gesamten staatlichen Steuereinnahmen werden 1975 um 0,6 Prozent niedriger ausfallen als 1974. Dabei ist die Geldentwertung von mehr als 6 Prozent noch nicht berücksichtigt. Allein für den Bundeshaushalt wird das Defizit zwischen Einnahmen und Ausgaben 40 Milliarden betragen, 15 Milliarden mehr als eingeplant, Das ist etwa ein Viertel des gesamten Haushalts.

Seine Ursache hat dieser Rückgang an Steuereinnahmen nicht etwa darin, daß die Besteuerung der Volksmassen verringert worden wäre. Vielmehr sind die Einkünfte insbesondere der Lohnabhängigen zurückgegangen, von denen die Masse der Steuereinkünfte des Staates abgepreßt wird. Der Rückgang der staatlichen Steuereinnahmen ist der bisher klarste Beweis dafür, daß die Summe der Löhne und Gehälter, die 1975 an die Arbeiter geht, durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Wegfall von Überstunden und Lohnkürzungen drastisch gesenkt wird.

### Die Bankiers führen die Regierung an der kurzen Leine

Diese Verringerung des Steuereinkommens bedeutet nun für die Regierung, daß sie entweder weitere Schulden machen muß, um die fehlenden 40 Milliarden aufzubringen. Oder sie muß die Staatsausgaben verringern. Um aber Schulden machen zu können, muß man jemanden finden, der Geld hat und es einem leiht. Leute zu finden, die Geld haben, ist für die Regierung leicht. Sie wendet sich an das Bankenkartell, das normalerweise die Bundesanleihen aufkauft, um an den Zinsen zu verdienen. Und Geld hätten die Banken im Augenblick tatsächlich verfügbar. In ihren Blättern stöhnen dieBankkapitalisten sogar über eine "Geldschwemme". Sie wollen sie allerdings nicht trockenlegen, indem sie das Geld langfristig an den Staat ausleihen. Vielmehr rechnen sie damit, bei einem Aufschwung in der Profitmacherei es gewinnbringender anlegen zu können durch Anlage im Industriekapital.

So ist die Bundesregierung in ihrer Not zwar schnell auf die Leute gestoßen, die Geld haben, aber diese Leute haben ihr auch deutlich zu verstehen gegeben, wer das Sagen hat und daß sie mit Krediten in der erforderlichen Höhe nicht zu rechnen braucht. Während am Mittwoch, dem 20. August, die Brahmsee-Konferenz tagte, tagte auch der Zentrale Kapitalmarktausschuß, das oberste Leitungsorgan jenes Bankenkartells, das unter Führung der drei Großbanken darüber entscheidet, ob und zu welchen Bedingungen die Bankkapitalisten dem Staat Geld ausleihen. Folgendes stand dazu im "Handelsblatt" am Donnerstag, dem 21. August: *"Der Zentrale Kapitalmarktausschuß, das Spitzengremium der Emissionsbanken* (der Banken, die Staatsanleihen aufkaufen und auf den Kapitalmarkt bringen) *unter Beteiligung der Bundesbank, hat sich am Mittwoch darauf geeinigt, vorerst keine neuen Inlandsanleihen, DM-Auslandsanleihen sowie Privatplazierungen aufzulegen."*

Im Klartext: Das oberste Gremium des Finanzkapitals hat beschlossen, die schon verhängte "Emissionspause" zu verlängern, d.h. der Regierung auch weiterhin den Kredit zu sperren. Unterstützung haben die Großbanken dabei im Zentralbankrat der Bundesbank gefunden. Der hatte am 14. August über den Nachtragshaushalt der Bundesregierung zur Deckung der Schulden für 1975 beraten. Auf dieser Sitzung gab sich Finanzminister Apel *"überzeugt davon, daß das Defizit zu finanzieren sein wird und zwar 'zu Konditionen (Bedingungen), die derzeit allgemein vorhanden sind'."* Der Zentralbankrat stellte sich quer: *"Die Feststellung, daß es bei der Diskussion über die Möglichkeit der Finanzierung 'weitgehende Übereinstimmung' gegeben habe, läßt erkennen, daß auch gegensätzliche Meinungen vertreten wurden"*, berichtet das "Handelsblatt" am 15. August.

Und am 25. August, nachdem sich die Großbankiers mit ihrer Kreditsperre schon durchgesetzt hatten, macht sich das "Handelsblatt" direkt über die Nöte der Regierung lustig und schreibt, *"daß die öffentliche Hand auch im kurzfristigen Bereich* (d.h. bei Aufnahme von Krediten mit kurzer Laufzeit) *sehr viel Phantasie wird aufbringen müssen, um bis zum Jahresende Woche für Woche rund zwei Milliarden DM zu mobilisieren"*.

Dem "Macher" Schmidt ist also schlicht der Geldhahn abgedreht worden durch die Spitzen des Finanzkapitals. Und diese haben ihm diktiert, was er zu tun hat: Diejenigen Ausgaben zu kürzen, die als Teil des Lohnes bzw. des Einkommens von Bauern und Studenten vom Staat zwangsverwaltet werden auf der einen Seite. Und mehr Geld aufzubringen für Konjunkturprogramme wie das für die Baukapitalisten und für andere. Die Spitzen des Finanzkapitals haben klargestellt, daß der Staat ihr Instrument ist, und setzen ihn gegenwärtig ein, um das Lebensniveau breiter Volksmassen zu senken und den Anteil der Kapitalisten am Reichtum, den die Werktätigen erarbeiten, zu steigern.

### "Männermut vor Wählerthronen"

Der Finanzminister Apel hat den von der Regierung auf Diktat der Bankiers beschlossenen Raubzug an den Volksmassen in einer Rede vor Bremer Kapitalisten als "Männermut vor Wählerthronen" bezeichnet. Die Regierung ist offenbar entschlossen, von dieser Sorte Mut noch mehr aufzubringen. Der "Spiegel" berichtet in seiner neuesten Ausgabe über den Plan, im nächsten Jahr die Mehrwertsteuer zu erhöhen und die von den Kapitalisten aufzubringenden Steuern zu senken: *"So zeichnet sich ein seltsamer Handel zwischen dem Freien und den Sozialdemokraten ab: Wenn Friderichs sich bei den Seinen für Apels Mehrwertsteuererhöhung stark macht, honoriert der Finanzminister im Gegenzug die Hilfe des liberalen Amtsbruders mit einer Steuererleichterung für die Unternehmer. Elf Milliarden Mark Steuern, fast so viel wie durch die Steuerreform in diesem Jahr weniger eingehen, würden dann neu verteilt – wohl überwiegend zu Lasten der Arbeitnehmer."* – (r/m)

### Ganz Laos ist befreit

Mit einer Massenkundgebung, an der über 100 000 Menschen teilnahmen, feierte am Samstag, dem 23. August, das laotische Volk in Vientiane die Errichtung der revolutionären Volksmacht in der Hauptstadt Vientiane. Sie ist das Ergebnis der breiten Erhebung der Volksmassen in der Stadt unter Führung des Pathet Lao für die Entmachtung aller Reaktionäre und Lakaien des US-Imperialismus (nach: Neue Zürcher Zeitung vom 25. August).

### Mehr Geld für Manager auch in der Krise

Die leitenden Angestellten brauchen sich wegen der Krise keine Sorge zu machen. In den USA hat die Unternehmensberatung McKinsey & Co. eine Umfrage durchgeführt, inwieweit eine Verlustbilanz der Firma sich auf das Einkommen der leitenden Angestellten auswirkt. Das Ergebnis: Noch nicht einmal bei einem Drittel der Verlustbetriebe wurden den Offizieren des Kapitals, die aus dem Mehrwert bezahlt werden, der den Arbeitern ausgepreßt wird, die Bezüge gekürzt. Von 183 Unternehmen, die eine Verlustbilanz aufgemacht hatten, zahlten 20 den leitenden Angestellten die gleiche Vergütung, 105 zahlten ihnen mehr, und nur bei 58 wurden die Einkünfte beschnitten. Im Durchschnitt bekamen 1974 die Manager der 577 größten amerikanischen Unternehmen 9,2 Prozent mehr als im Jahr vorher. Gleichzeitig sind die Löhne der Arbeiter in den USA gesenkt worden und herrschte eine Arbeitslosigkeit von bis zu 9,2 Prozent (nach: Blick durch die Wirtschaft, 25. August).

SPD-Regierungschef empfiehlt:
40 Milliarden betragen, 15 Milliarden mehr als eingeplant, Das ist etwa ein Viertel des gesamten Haushalts.
Seine Ursache hat dieser Rückgang
derlichen Höhe nicht zu rechnen braucht. Während am Mittwoch, dem 20. August, die Brahmsee-Konferenz tagte, tagte auch der Zentrale Kapi-
(d.h. bei Aufnahme von Krediten mit kurzer Laufzeit) sehr viel Phantasie wird aufbringen müssen, um bis zum Jahresende Woche für Woche rund
Jahr weniger eingehen, würden dann neu verteilt – wohl überwiegend zu Lasten der Arbeitnehmer." – (r/m)

Forts. von S. 1

## Imperialistische Rivalität um Portugal

schen Ost und West ausgetragen werden. (. . .) Da ist es ziemlich lächerlich, wenn die Pravda die Tatsache rügt, die Europäische Gemeinschaft wolle Lissabon wirtschaftlich bloß unter der Bedingung helfen, daß der Pluralismus unangetastet bleibt. Dies sei eine Einmischung, die gegen die Schlußakte von Helsinki verstoße? Da kann man nur lachen. Die KSZE-Dokumente verpflichten niemanden, gegen seine Interessen zu handeln, und sie setzen auch keinen Schlußpunkt hinter das, was die Essenz bisher stets internationaler Politik war: nämlich Rivalität und Reibung. In Osteuropa haben die sowjetischen Kommunisten den Platzvorteil, in Portugal die westeuropäischen Demokraten. Wer sollte da wen zum Verzicht bewegen?" (22. August)

Nicht weniger als die beiden Supermächte betreibt also die EG Einmischungsversuche. Allen voran geht die Bundesrepublik. Nicht umsonst ist der westdeutsche Imperialismus in Portugal die größte ausländische Kapitalmacht und haben sich westdeutsche Kapitalisten portugiesischen Grundbesitz besorgt. Der Bundeskanzler forderte in einem Interview mit dem ehemaligen amerikanischen Kriegsminister Melvin Laird dazu auf, "dritten Ländern klarzumachen, 'daß wir nicht gewillt sind, an der Westflanke des Bündnisses ein Vakuum entstehen zu lassen'. Die Entspannungsbemühungen dürften nicht den 'Willen aushöhlen, alle zur Verteidigung unserer Lebensinteressen notwendigen Schritte zu unternehmen'." (Süddeutsche Zeitung, 19. August) Im Vorbeigehen bezeichnet Helmut Schmidt also das portugiesische Volk als Null, beansprucht ein Naturrecht auf Intervention gegen ein der NATO angehöriges Land und bezeichnet die Einmischung in die inneren Verhältnisse Portugals als "unser" Lebensinteresse.

Portugal ist durch die Imperialisten nicht nur umstellt, sondern sie alle haben ihre Finger drin und versuchen Portugal unter ihre Fuchtel zu bekommen. Als "Testfall für die Entspannung" bezeichnen die Imperialisten aller Art die Entwicklung in Portugal. In Wirklichkeit ist es für sie ein Testfall für die herrschenden Kräfteverhältnisse. Für die Völker der Welt bedeutet Portugal einen ganz anderen "Testfall": Ob die revolutionäre Entschlossenheit eines Volkes, die Unabhängigkeit, Volksherrschaft und soziale Befreiung zu erringen, und die internationale Solidarität für diesen Kampf nicht bereits heute auch in einem europäischen Land fähig sind, dem Hegemonialstreben der beiden Supermächte und den Einmischungsversuchen aller Imperialisten eine Schlappe zu bereiten und einen wichtigen Beitrag zur proletarischen Weltrevolution zu leisten. – (js)

### SPD-Regierungschef empfiehlt: Kapitalisten, organisiert euch noch besser!

Die Springer-Zeitung "Die Welt" brachte am 15.8. folgende Meldung, die sie ihrem bürgerlichen Publikum zur Beachtung empfahl: *"Der Hamburger Bürgermeister Hans-Ulrich Klose (SPD) hat gefordert, die Unternehmer sollten 'ihre Abstinenz in der Politik aufgeben'. Er sagte vor der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer und dem Bund junger Unternehmer: 'Wir brauchen quer durch alle Parteien eine große Fraktion der Wirtschaft als Gegengewicht gegen die große Fraktion der Arbeitnehmer und Beamten.' Beide Organisationen stehen der CDU nahe."* Diese Meldung muß man auch der Arbeiterklasse zur Beachtung empfehlen, insbesondere den Arbeitern, die die SPD noch für eine Partei halten, die die Interessen der Arbeiter vertritt.

## *Kissingers Nahost-Diplomatie:* Geschäftsreise für Exxon und Co

US-Außenminister Kissinger ist gegenwärtig inmitten einer Pendel-Diplomatie begriffen. Es ist dies seine elfte Unternehmung dieser Art. Inzwischen liegt der Text einer Rede vor, die er kurz vor dem Abflug gehalten hat. In dieser Rede läßt er die wirklichen Interessen der USA am Nahen Osten heraus und die Beweggründe für seine erneute Reise. Gehalten hat er sie in Atlanta; in der westdeutschen bürgerlichen Presse ist kein Wort von ihr veröffentlicht worden.

Zunächst stellt Kissinger fest: "Unsere wichtigen Interessen in der arabischen Welt sind: ein Gebiet von mehr als 150 Millionen Menschen, die sich auf den größten Ölreserven der Welt befinden." In diesem einen Satz ist der Dreh- und Angelpunkt der ganzen US-Politik im Nahen Osten enthalten. Erdöl als einer der wichtigsten Rohstoffe, aus dessen rücksichtsloser Ausplünderung die großen Ölmonopole Riesenprofite ziehen. Gerade jetzt ist von der amerikanischen Zeitschrift "Fortune" die Liste der hundert größten Konzerne der Welt veröffentlicht worden. An der Spitze aller monopolkapitalistischen Konzerne stehen die großen Ölkonzerne: "Ölgesellschaften belegen in der Fortune-Liste acht von zehn ersten Plätzen. Sieben von zehn beim Gewinn. Unter den hundert größten Firmen der Welt handelt jetzt jede vierte mit Öl und Ölderivaten. Sie vereinen mehr als ein Drittel des Gesamtumsatzes, mehr als die Hälfte aller Gewinne auf sich." (Wirtschaftswoche Nr. 35, 22.8.75) Aufgeschlüsselt auf den Umsatz und die Profite der einzelnen Monopole sieht dies so aus: "Nie zuvor war ein Multi mächtiger und reicher als Exxon 1974. 42 Milliarden Dollar Umsatz meldete der New Yorker Energie-Gigant, über zwei Drittel mehr als im Vorjahr, Gewinne schwollen auf 3,1 Milliarde Dollar, knapp ein Drittel mehr als im Vorjahr. . . Preisgezündet schwollen die Gewinnzuwachsraten nach 1973 auch 1974 mächtig an: Royal-Dutch Shell (+ 52 %), BP (+ 50 %), Gulf Oil (+ 33 %), Exxon (+ 29 %), Texaco und Mobil Oil (+ 23 %)." (Wirtschaftswoche)

So erzielen die US-Monopole durch den hohen Verkaufspreis in den USA, Europa und Japan Rekorde an Umsatz und Profit mit dem Öl aus den arabischen Ländern. Westeuropa und Japan sind fast ausschließlich von Erdöleinfuhren aus dem Nahen Osten abhängig und haben infolge des Erdölboykotts der arabischen Staaten 1973 begonnen, ihre selbständigen Beziehungen zu diesen zu verstärken. Sie sind nicht mehr bereit, die US-Politik im Nahen Osten bedingungslos zu unterstützen, weil sie nicht nochmals vom Einsatz der Waffe des Erdölboykotts getroffen werden wollen. Deshalb stellt Kissinger fest: "Der Ausbruch einer Krise im Nahen Osten würde unsere Beziehungen mit Europa und Japan ernsthaft belasten."

Vor allem fürchtet der Geschäftsträger des US-Monopolkapitals die Fortsetzung des Kampfes der arabischen Staaten für die Erhaltung ihrer natürlichen Reichtümer, der Bodenschätze, durch gemeinsame Festlegung des Produktionsausstoßes und der Preise und den Einsatz des Erdöls als Waffe im Kampf gegen den zionistischen Aggressor: "Fortwährende Instabilität (im Nahen Osten) birgt eine neue internationale Krise wegen des Öls in sich und einen neuen Rückschlag für die Hoffnungen der Welt auf ökonomische Erholung, der nicht nur das Wohlergehen der industriellen, sondern der meisten Nationen auf dem Erdball bedroht." Kissingers "Hoffnungen auf Erholung" sind, daß wieder Zeiten einkehren, wo die US-Monopole rücksichtslos die Erdöllager der arabischen Staaten ohne jede Beschränkung plündern, ihnen das Öl zu Spottpreisen abnehmen können. Sie werden nicht in Erfüllung gehen. Kissingers "Instabilität und Krise" ist nichts anderes, als daß die arabischen Staaten in ihrem Kampf für wirtschaftliche Selbständigkeit und im Befreiungskampf gegen die zionistische Aggression weiter die Erdölwaffe einsetzen. Jeder Schlag der arabischen Staaten und jeder Einsatz der Erdölwaffe gegen die Ausplünderung durch den US-Imperialismus, gegen imperialistische Einmischung und zionistische Aggression ist ein derber Axtschlag gegen die Imperialisten, die von der Ausplünderung der Dritten Welt leben und sich ernähren auf Kosten dieser Nationen und ihrer Reichtümer. Deshalb sind sie ständig bemüht, den Kolonialstaat Israel als imperialistischen Brückenkopf aufrechtzuerhalten, um ihn als Mittel der Einmischung, Unterdrückung und Aggression benutzen zu können. In Kissingers Worten wird diese Politik, die ständig mit dem Blut des palästinensischen Volkes und der arabischen Nation erkauft wird, salbungsvoll verbrämt: "Die USA haben eine historische und moralische Verpflichtung für das Überleben und Wohlergehen Israels." Gleichzeitig weiß er genau, daß es sich die US-Monopole mit den arabischen Staaten, die im Besitz des Erdöls sind, nicht verderben wollen: "Wir können niemals die Tatsache aus den Augen verlieren, daß die US-Außenpolitik ihr Äußerstes tun muß, um all ihre Interessen im Nahen Osten wahrzunehmen und zu schützen." (Alle Zitate nach Guardian, 27.8.75)

Deshalb hetzt Kissinger im Nahen Osten hin und her und "vermittelt" zwischen Israel und den Staaten, denen der israelische Aggressor Land geraubt hat und besetzt hält. Seine "Friedensdiplomatie" ist nichts anderes als Geschäftsreisen im Dienst und Auftrag der imperialistischen Monopole. – (hjh)

### Saubere Gesellen

Am 17. August trafen sich Vertreter der schleswig-holsteinischen Unternehmerverbände und der evangelischen Landeskirche in Kiel. In einer gemeinsamen Erklärung heißt es über die gegenwärtige Krise, *"diese Situation zwinge den Menschen dazu, seine Vorstellungen von einem automatischen Wirtschaftswachstum und einem damit steigenden persönlichen Wohlstand zu überdenken"*. *"Geschlossenheit aller Gruppen"* sei notwendig, um den Staat zum *"Kappen sozialen Wildwuchses"* zu veranlassen, worunter sie etwa verstehen das Arbeitsförderungsgesetz. Schließlich heißt es in der Erklärung, *"Kirche und Unternehmer haben in den nächsten Jahren die gemeinsame Aufgabe, neue Zielvorstellungen für die Menschen in der Industriegesellschaft Bundesrepublik zu entwickeln."* Zu ihrem Angriff auf das Lebensniveau der Massen haben die Kapitalisten also den Segen der Pfaffen bekommen. Das ist kein Wunder. Auch die Pfaffen leben ja nicht vom himmlischen Manna, sondern verzehren, was die Hände der Arbeiter und Bauern geschaffen haben. Da liegt eine "gemeinsame Zielvorstellung" mit den Kapitalisten nahe: die Mehrarbeit zu erhöhen, die den Lohnabhängigen ausgepreßt wird.

## Portugal-Dokumentation

# „Machtorgane der Arbeiter müssen aufgebaut werden"

### Die Plattform einiger COPCON-Offiziere

**In der Bewegung der Streitkräfte (MFA) nehmen die Auseinandersetzungen über den künftigen Weg zu, den Portugal gehen soll, und treiben auf die Spaltung hin. Der ehemalige Außenminister Antunes, welcher der Sozialistischen Partei nahesteht, hatte vor drei Wochen mit acht anderen Offizieren eine Plattform vorgelegt ("Dokument der Neun"), die darauf hinausläuft, den Widerspruch von Arbeitern, Bauern und Kleinbürgern einerseits zur Großbourgeoisie, zum ausländischen Monopolkapital und zum bürgerlichen Staatsapparat andererseits nicht auszutragen, sondern abzustumpfen, was bedeutet, diese Feinde des Volkes in ihren herrschenden Positionen zu belassen. Wenige Tage später haben Offiziere der Sicherheitstruppe COPCON ein Dokument unterbreitet, in dem sie sowohl die reformistische Position Antunes' als auch die Politik der revisionistischen PCP kritisieren und ihre Auffassungen über die bisher gemachten Fehler und die nächsten Schritte darlegen. Dieses Dokument enthält die am weitesten links stehende Position, die aus der portugiesischen Armee bisher bekannt geworden ist. Wir veröffentlichen im folgenden aus diesem für die Beurteilung der Entwicklung in Portugal aufschlußreichen Dokument einige Passagen. Die Übersetzung stammt von uns und ist nicht autorisiert.**



Lissabon. Etwa 100 000 Menschen – überwiegend Arbeiter, Soldaten und Bauern aus den umliegenden Kooperativen – folgten am 20.8. dem Aufruf der Arbeiter- und Stadtteilräte von Lissabon. Sie demonstrierten unter den folgenden Forderungen: "Gegen den Faschismus, gegen das Kapital – die Offensive des Volkes! – Tod dem ELP und denen, die es unterstützen! (ELP ist die faschistische 'Widerstandsarmee', die sich in Spanien formiert hat.) – Gegen alle Spielarten des Imperialismus – nationale Unabhängigkeit! – Gegen die Supermächte – für das Bündnis mit der 3. Welt! – Gegen die Arbeitslosigkeit – Recht auf Arbeit! – Es leben die Bauern – Brüder der Arbeiter! – Schluß mit dem Elend der Bauern! – Schluß mit den Latifundien und den Ausbeutern der Bauern! – Revolutionäre Streitkräfte an die Seite des arbeitenden Volkes! – Sofortige Verwirklichung des COPCON-Dokuments! – Arbeiter und Bauern, Soldaten und Matrosen, vereint werden wir siegen! – Soldaten für immer an der Seite des Volkes! – Auflösung der verfassungsgebenden Versammlung – jetzt! – Arbeiter, Bauern, Volksversammlungen!" Die Demonstration war die größte in Lissabon seit dem 1. Mai. Eine Entscheidung in den Auseinandersetzungen um die Regierung ist bis heute noch nichtgefallen.

## I. Die gegenwärtige Situation

1. Die Situation, in die das Land geraten ist, ist die Konsequenz der Unfähigkeit, die konkreten Probleme zu lösen, die sich auf allen Ebenen der Staatsmacht gezeigt haben. Dies führte zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und zu einer Verschärfung des Ungleichgewichts zwischen den Staatsgebieten, den Landgebieten und der Industriezone Lissabon sowie anderen weniger entwickelten Industriezonen. Der verstärkte Dirigismus und die Versuche der Kontrolle durch den Staatsapparat, die von den Parteien und insbesondere von der PCP ausgehen, haben einige Militärs mit Verantwortungsbewußtsein im Hinblick auf den revolutionären Prozeß dazu veranlaßt, ein Dokument herauszugeben, das von sich beansprucht, die gegenwärtige Lage zu klären (gemeint ist offenbar das Antunes-Dokument, Anmerkung der Redaktion). In der Praxis ergab sich noch mehr Konfusion, was aus den offensichtlichen Widersprüchen, die das erwähnte Dokument enthält, leicht erklärlich ist.

2. Angesichts dieser Tatsachen erweist es sich als unumgänglich, die gegenwärtige Situation tatsächlich zu klären. Deshalb stellen wir dem Land hiermit unsere Position vor; denn wir sind der Meinung, daß die MFA ihre Fehler eingestehen muß, die sie bisher begangen hat, und ohne Ausflüchte ihre Ursachen benennen muß.

3. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und die entsprechenden sozialen und politischen Folgen für weite Massen des Volkes rührt vor allem her von der fehlenden Festlegung einer objektiven politischen Linie und eines konsequenten Regierungsprogramms. Nirgends sind Maßnahmen gefunden worden, die in der Lage wären, das Vakuum zu füllen, das durch den Abbau der bestehenden kapitalistischen Struktur entsteht. Auf der anderen Seite sind alle Abhängigkeiten vom Imperialismus erhalten geblieben mit allen ihren Konsequenzen wie Fabrikschließungen, Kapitalflucht, Arbeitslosigkeit und politischem Druck auf unsere Souveränität.

4. Die Arbeiterschaft der Städte und des Landes und ebenso weite Teile der Angestellten im Dienstleistungsbereich haben mit Hilfe ihrer Klassenorganisationen und ihrer reichen Kampftradition ihre wirtschaftlichen Verhältnisse sehr erfolgreich verteidigen können, obwohl sie am meisten von der Arbeitslosigkeit bedroht sind.

5. Bezüglich der überall verbreiteten Hilfsmaßnahmen für die kleinen und mittleren Händler muß man ihre totale Unwirksamkeit feststellen; man muß erkennen, daß im Gegenteil ihre Situation sich infolge der Steuererhöhungen und anderer Belastungen drastisch verschlechtert hat.

6. Für die kleinen und mittleren Bauern im Norden und im Zentrum hat sich seit dem 25. April die Lage ständig verschlechtert, durch Verteuerung ihrer Lebenshaltungskosten, ihrer Arbeitsmaterialien und -gegenstände, durch die wachsenden Schwierigkeiten, ihre Produkte abzusetzen. Nirgends ist der Binnenhandel wirksam organisiert worden unter Ausschaltung der Spekulanten-Zwischenhändler, und ein wirksames Verteilungsnetz, das die Zirkulation vom Produzenten zum Verbraucher zum gegenseitigen Vorteil organisiert, ist nicht geschaffen worden. Es sind ohne jeden Zweifel die kleinen und mittleren Bauern, die gegenwärtig unter der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage zu leiden haben. (...)

9. In der Bevölkerung muß man ein Klima wachsender Uneinigkeit und Enttäuschung feststellen, das sie für die Revolution gleichgültig werden läßt. Die Gründe für diese Tatsachen sind im wesentlichen folgende:

a. Die Ersetzung der faschistischen Verwaltung erfolgte in der Mehrzahl der Fälle durch Elemente der Klein- und mittleren Bourgeoisie, die der PCP und MDP/CDE anhängen und die sich als unfähig erwiesen, die prinzipiellen bestehenden Probleme zu lösen.

b. Die Verteilung der Unterstützungsmittel an den Kleinbauernbund, dessen Einrichtung einer alten Klassenforderung entsprach, erfolgte nach Gesichtspunkten, die die Zugehörigkeit zur Partei der Funktionäre des Kleinbauernbundes zum Maßstab machten. (...)

Die Feststellung dieser Tatsachen und die infolgedessen wachsende Unzufriedenheit sind von der Reaktion ausgenutzt worden, die mit dieser absolut gerechtfertigten Unzufriedenheit gespielt hat und eine Welle des gewalttätigen Protestes provoziert hat. Sie hat die Bevölkerung in offene Gegnerschaft gegen die MFA gebracht, indem sie sie mit der politischen Linie gleichgesetzt hat, die für die gegenwärtige Lage verantwortlich ist. (...)

11. Die Arbeitsunfähigkeit der vier provisorischen Regierungen ist nicht allein das Ergebnis des Dirigismus, den die PCP aufzwingen wollte, indem sie den Staatsapparat und die Kommunikationsmittel infiltriert hat, sondern die PS (Sozialistische Partei), die PPD (Volksdemokratische Partei) und die MDP/CDE (Demokratische Bewegung Portugals), die in diesen Regierungen waren, teilen die Verantwortlichkeit, aus der sie sich heute schmählich herausstehlen wollen. Von den Parteien rechts von der PS, einschließlich der Führungsgruppe der PS selbst, konnte man niemals etwas anderes erwarten, als daß sie versuchen würde, den Vormarsch des revolutionären Prozesses zu stören und umzulenken, um die Privilegien der Großbourgeoisie und die Ausbeutung der Arbeiter weiter zu garantieren.

12. Das Festhalten der MFA an den Versuchen, die Widersprüche über Kompromißlösungen zu überwinden, indem sie mit bürgerlichen Parteien verhandelte und sich auf Parteimanöver einließ, hat die Militärs bei den Arbeitern in Mißkredit gebracht. (...)

## III. Vorschläge

1. Ein revolutionäres Programm zur Lösung der Situation muß vor allem mit Hilfe der Verwirklichung des Projektes Allianz Volk–MFA voranschreiten, das die Leitung der Arbeiter bei der Lösung ihrer Probleme garantiert. Ohne diese Beteiligung ist der Sozialismus nicht möglich. Es muß also eine Organisierung der Volksmassen aufgebaut werden, durch den Aufbau und die Anerkennung von Land-, Fabrik- und Stadtteilräten, die die Organe sein müssen, über die die Arbeiter Entscheidungen im Sinn der Lösung ihrer Probleme fällen. Diese Machtorgane der Arbeiter müssen ein Instrument sein für Lösungen auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Sozialplanung (Schulen, Krankenhäuser, Wohnungen, Transportmittel), und sie müssen schließlich die wirklichen Organe der politischen Macht sein, das einzige Bollwerk, das sich der faschistischen und imperialistischen Aggression siegreich entgegenstellen kann.

2. Die wirtschaftlichen Lösungen für dieses Land müssen über eine Veränderung der Struktur gehen und zu einer Umkehr der Wirtschaft führen in Richtung auf eine vollständige und effektive Unterstützung der Landwirtschaft, so daß diese sehr schnell eine große Menge Nahrungsmittel produziert, deren Kauf im Ausland im Augenblick eine der Hauptursachen unseres Handelsdefizits ist. Um das zu erreichen, ist es notwendig, die Landwirtschaft zu planen, indem eine wirkliche Landreform durchgeführt wird, in Übereinstimmung mit den Forderungen der Volksversammlungen und der anderen demokratisch gewählten Organe der kleinen und mittleren Bauern und der Landarbeiter im Süden. Die technische und finanzielle Unterstützung muß ihnen Rentabilität garantieren und Lebensbedingungen, unter denen sie sich den Lebensbedingungen der Arbeiter in den Städten immer mehr annähern.

3. Es müssen Vorkehrungen geschaffen, die die wirksame und sofortige Hilfe für die kleinen und mittleren Händler gestatten und gleichzeitig Bedingungen herstellen, die den Willen zur Genossenschaftsbildung fördern.

4. Portugal muß mit der Abhängigkeit vom Imperialismus Schluß machen, die der Grund für die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist. Es muß also aufhören, technisch und finanziell von den imperialistischen Ländern abzuhängen, selbst wenn zu diesem Zweck Industrien stillgelegt oder umgestaltet werden müssen, die in unserem Land eingerichtet worden sind, um die billige Arbeitskraft der portugiesischen Arbeiter auszubeuten.

In diesem Sinn muß auch die Abhängigkeit von der EG und der EFTA beendet werden. Um zu einer Politik wirklicher nationaler Unabhängigkeit zu gelangen, muß unser Land:

a. Sich an die Länder der Dritten Welt anschließen, wobei es der Zusammenarbeit mit den ehemaligen portugiesischen Kolonien den Vorzug geben muß, unter neuen Vorzeichen der Gleichheit und Brüderlichkeit;

b. Wirtschaftsbeziehungen mit allen Ländern der Welt aufrechterhalten und ausbauen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und des beidseitigen Nutzens. Unter diesen Bedingungen wird unser Land in der Lage sein, die imperialistische Blockade zu überwinden, infolge der inneren Widersprüche dieser Länder und vor allem durch die Solidarität der Arbeiterklassen dieser Länder und der Völker der Dritten Welt, für die unser revolutionärer Prozeß eine enorme Hoffnung und einen Faktor der Einheit im Kampf bedeutet.

5. Das Problem der Hunderttausende von Arbeitslosen muß durch wirtschaftliche Planung gelöst werden, in Richtung auf die Vollbeschäftigung. Zu diesem Zweck müssen Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und im Hochbau geschaffen werden. Uns ist bewußt, daß die Umwälzung der Wirtschaft nach diesen Richtlinien, der Anfang einer sozialistischen Planwirtschaft, die Unabhängigkeit vom Imperialismus und die Vollbeschäftigung, große Schwierigkeiten und enorme Opfer bedeuten werden, aber diese müssen von allen getragen werden. Es geht nicht an, daß die Arbeiter sie allein tragen. In diesem Sinn müssen die nationalen Höchstgehälter drastisch gesenkt werden, was von einer kleinen Schicht der Bevölkerung einige Privilegien wegnehmen wird.

6. Bezüglich des Wohnungsproblems muß eine gerechte Politik festgelegt werden, die die großen Hausbesitzer frontal angreift; denn sie bestreiten von der Spekulation ihr Leben. Es muß eine Grenze für die Mieten festgesetzt werden, wobei die Einwohnerkommissionen bei der Festsetzung eine entscheidende Rolle spielen.

7. Im Gesundheitswesen muß die Medizin sozialisiert werden, damit der Gesundheitsdienst auf dem Land garantiert wird. Dabei müssen die technischen und personellen Möglichkeiten der Streitkräfte ausgenutzt werden. (...)

8. Im Schulwesen müssen Garantien geschaffen werden, daß es wirklich Grundschulunterricht für alle gibt und daß die höhere Ausbildung völlig den Interessen der Arbeiterklasse entspricht.

9. Neben diesem mittelfristig anzuwendenden Programm, das unter Mitarbeit aller Organe des Volks- und Armeewillens diskutiert, verbessert und verändert werden muß, müssen einige dringend notwendige Maßnahmen durchgeführt werden, und zwar die folgenden:

– Preissenkung der landwirtschaftlichen Arbeits- und Hilfsmittel, Aufkauf der Produkte zu Preisen, die die gerechte Entlohnung der Arbeit der kleinen und mittleren Bauern garantieren,

– Ausnutzung, wo immer notwendig, der Transportmittel der Streitkräfte für die Verteilung ihrer Produkte,

– Kontrolle der Lebensmitteleinfuhren, und, soweit möglich, Ersetzung durch im Land erzeugte Produkte,

– Garantien für Kreditvergabe zu niedrigen oder keinen Zinsen, je nach dem Fall, in ausreichender Höhe (...),

– Schaffung von Bedingungen für technische und tierärztliche Hilfe für die Klein- und Mittelbauern,

– Sofortmaßnahmen für die Angola-Auswanderer, die sie in die Politik der Vollbeschäftigung und Wohnungsversorgung einschließen, wie: Beschlagnahme von Hotels, Bau von Fertighäusern und andere dafür geeignete Formen, auch provisorische,

– Maßnahmen zur Durchsetzung der Alters- und Invalidenrenten,

– Planung, die die schnelle Verwandlung der durch Sabotageakte der Kapitalisten und Reaktionäre sowie des Imperialismus geschlossenen Fabriken in nützliche Produktionsstätten erreicht,

– Schaffung von Bedingungen, die die körperliche und moralische Unversehrtheit aller Personen gewährleisten in dem Sinn der Erhaltung des Rechts auf Privateigentum, wo es nicht als Instrument der Ausbeutung dient.

10. Die Nachrichtenmedien müssen im Dienst dieses Programms stehen, die freie, offene und vollständige Debatte fördern ohne irgendwelche Bedingungen und ein für alle mal Schluß machen mit jeder Form der Manipulation; denn unter diesem Prinzip allein dienen sie den Interessen der arbeitenden Klassen.

11. Um die Durchführung dieses Programms zu garantieren, ist es notwendig, die Exekutivorgane zu bestimmen, die es durchführen; sie müssen eine Form des Übergangs sein. Diese Übergangsmacht wird durch die MFA gestellt und durch alle wirklich revolutionären Organisationen, die die Macht für die Arbeiter verlangen und verteidigen. So kann das Programm der Allianz Volk–MFA verwirklicht werden. Diese Macht soll die politische Leitung übernehmen in der Übergangsperiode bis zur Nationalen Volksversammlung.

## IV. Innere Organisation der Streitkräfte

1. Wenn ein Dokument wie dieses, das sich als revolutionär versteht, insgesamt die Allianz Volk–MFA unterstützt und ausführlich den Aspekt des Volkes behandelt, nicht auf die innere Situation der Streitkräfte eingeht, und wenn auch nur oberflächlich, dann wäre das ein schwerer Fehler, dessen offensichtliche Widersprüche zu konterrevolutionären Ergebnissen führen könnten.

2. Deshalb erscheint es unumgänglich, daß die Struktur der Streitkräfte in allernächster Zukunft neu überdacht wird, wobei besonders die folgenden Aspekte berücksichtigt werden sollten:

a. Organisatorische Formen der Klassen

– Die Militärs müssen sich entsprechend der verschiedenen in ihnen vertretenen Klassen organisieren und ihre Vertreter in den ADU (Demokratische Soldatenversammlung) demokratisch wählen, die dann die Sprecher für die beschlossenen Ergebnisse sein müssen.

– Die in der ADU gefundenen Lösungen müssen, soweit sie Folgen tragen für das gemeinsame Leben der Einheit, in der AGU debattiert werden, in einem Sinn, der einen allgemeinen Konsens ermöglicht, ohne den kein Zusammenhalt und keine Disziplin möglich sind.

b. Soziale Fragen

– Es müssen Sofortmaßnahmen ergriffen werden zur Verbesserung der Lebensbedingungen für Soldaten (...), Verbesserung der Bauten, Familienurlaub u.a.

c. Stärkung der Disziplin

– Verstärkung der inneren Dynamisierung in den Einheiten, gemeinsame Debatte und Diskussion der Probleme ohne Einschränkungen, um so eine freiwillige, auf Einsicht beruhende Disziplin aufzubauen, die allein garantiert, daß der Soldat seiner patriotischen Mission der unverbrüchlichen Verteidigung der Interessen des portugiesischen Volkes nachkommt.

Aus: "Republica" vom 13. August 1975

# Die Situation in der Westberliner GEW spitzt sich weiter zu!

**Erster Vorsitzender der GEW bei einer Intrige ertappt**

**Am 4. September wird die Landesvertreterversammlung der GEW Westberlin erneut zusammentreten. Auf dieser Versammlung wird entschieden werden, ob der Landesverband Westberlin der GEW sich weiterhin weigert, dem Hauptvorstand der GEW das Recht zu erteilen, GEW-Mitglieder unter Berufung auf die Unvereinbarkeitsbeschlüsse auszuschließen, oder ob der Hauptvorstand sich dort mit seiner neuen Säuberungssatzung durchsetzen kann.**

Die Auseinandersetzung hat Geschichte. Die gegenwärtige Landesvertreterversammlung ist erst Ende Mai/Anfang Juni aus Neuwahlen hervorgegangen, die von den Anhängern der Säuberungssatzung angestrebt und – verloren wurden. Frister, erster Bundesvorsitzender der GEW, trat bei diesen Wahlen in Neukölln an und landete auf Platz 32. Die zweite Bundesvorsitzende der GEW, A. Hoppe, versuchte es in Wilmersdorf und rutschte über den 18., den vorletzten Platz gerade noch in die Landesvertreterversammlung.

Am 22./23. Juni trat die Landesvertreterversammlung erstmals zusammen. Frister blieb der Versammlung fern, geradeso A. Hoppe. Die Wahlniederlage steckte ihnen noch in den Knochen.

Die satzungsgemäße Zweidrittelmehrheit für die Satzungsänderung, die dem Hauptvorstand die Ausschlußvollmacht erteilt, kam dort nicht zustande. Die Versammlung vertagte sich auf den 4./5. September.

Seitdem übt der Hauptvorstand auf die Westberliner GEW systematisch Druck aus. Er droht mit Ausschluß des Landesverbandes.

In der Westberliner GEW gibt es eine geradewegs rechte Fraktion. Sie wird geführt von Vertretern des Senates und der Schulaufsichtsbehörde. Diese Leute haben schon im Frühsommer versucht, die GEW Westberlin zu spalten und einen Parallel-Landesverband zu gründen. Davon hatten sie Abstand genommen, als sich rasch zeigte, daß die gewerkschaftlich organisierten Lehrer Berlins für einen solchen Spalterverein nicht zu haben sind.

Gegenwärtig versuchen diese Leute, die man als Vertreter des staatlichen Dienstherrn in der Gewerkschaft werten muß, auf neue Art ihren Wunschtraum zu verwirklichen. Dieser Wunschtraum besteht darin, daß der gewerkschaftlich organisierte Lehrer in den Vorständen seiner Gewerkschaft die gleichen Schulräte vorfinden soll, die ihn schon während der Dienstzeit beaufsichtigen und auf die rechte Gesinnung hin überprüfen. Vor Jahren schon war für etliche Senatsbeamte dieser Wunschtraum jäh durch Abwahl aus gewerkschaftlichen Funktionen beendet worden.

Kurz, diese Leute, die in einer "Initiative Demokratische GEW" zusammenhecken, nahmen sich vor, auf der Vertreterversammlung vom 4. September einen Coup zu landen. Seine Basis sollte dieser Coup in der Spandauer Bezirkskonferenz haben, die als "rechts" gilt. Als Ziehvater der Unternehmung ließ sich der erste Bundesvorsitzende der GEW gewinnen.

Das nebenstehende Dokument beschreibt anschaulich, was vorgefallen ist. Es hat zur Konsequenz, daß Erich Frister offenbar zu jeder Lumperei bereit ist, um Freiheit und Demokratie in die Schranken des Beamtenrechtes zu verweisen. Angestrebt wird, daß der Landesdelegiertenkörper entweder erklärt, er verzichte auch auf jede satzungsmäßige Anstrengung, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu Fall zu bringen, oder aber es wird der Ausschluß betrieben.

Die "Frankfurter Rundschau" vom Montag schreibt: *"Die rigorose, offenbar erst in dieser Woche modifizierte Taktik des Bundesvorsitzenden dürfte nach Ansicht von GEW-Kennern das Erreichen einer Zweidrittelmehrheit eher erschweren."*

Man muß nicht gerade "GEW-Kenner" sein, um dies zu erkennen. Der erste Vorsitzende der GEW begibt sich in den Spandauer Ratskeller, um auszuhecken, wie einigen abgehalfterten Senatsbeamten die Führung der Westberliner GEW in die Hände gespielt werden kann, zu welchem hohen Zweck ohne weitere Bedenken angestrebt wird, an die zehntausend gewerkschaftlich organisierte Lehrer erst mal auszuschließen, sie erst wieder aufzunehmen, nachdem sie erklären, sie hätten jede Absicht aufgegeben, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse auch auf satzungsmäßigem Wege zu Fall zu bringen. Dieses Unternehmen, zumal es unleugbar aufgekommen ist, wird die GEW-Mitglieder nicht bewegen, diesem Hauptvorstand die Vollmacht zu erteilen, auszuschließen, wen er für richtig hält, Offenbar hält er allerhand für richtig.

Wenn der Hauptvorstand der GEW sich tatsächlich hinreißen läßt, den Ausschluß eines ganzen Landesverbandes zu betreiben, so wird ihm das die Probleme nicht vom Halse schaffen, sondern neue Probleme an den Hals schaffen.

Schon gegenwärtig wird aus etlichen Landesverbänden Kritik an der Politik des Hauptvorstandes laut. Gerade auch wegen der gegenwärtigen Säuberungswelle, durch die die Gewerkschaft oft ihrer aktivsten Mitglieder beraubt wird und anstelle der gewerkschaftlichen Arbeit ein "verbesserter Versicherungsschutz" tritt, den man bei der Allianz besser haben kann. In vielen Schulgruppen wird schon davon gesprochen, daß man eine außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz erkämpfen muß, die die Beschlüsse von Mainz und Köln revidiert und den einheitlichen Zusammenschluß der Lehrer gegen den staatlichen Dienstherrn bekräftigt.

Was die Lage in Berlin betrifft: Es wäre naiv, wer glaubt, die gewerkschaftlich organisierten Lehrer würden im Falle von Ausschluß und Neugründung es nicht verstehen, sich die Beamtenfräcke wiederum vom Halse zu schaffen, die dieses gewerkschaftsschädigende Gangsterstück angezettelt haben.

Auch werden die gewerkschaftlich organisierten Lehrer Berlins sich nicht um fünfzig Jahre zurückwerfen lassen und einen besonderen Berufsverband aufmachen. Denn, wie sie immer bekräftigt haben, zur Mitgliedschaft der gewerkschaftlich tätigen Lehrer im DGB und zur Verbindung mit der Arbeiterbewegung gibt es keine Alternative.

Hingegen ist es nicht richtig, daß es zu Frister und seiner Riege staatstreuer Beamtenseelen keine Alternative gäbe.

Durch Ratskellerintrigen wie die jüngst bekanntgewordene können die gewerkschaftlich organisierten Lehrer nichts erreichen. Das wird nicht beseitigen die steigende Belastung der Lehrer durch hohe Klassenfrequenzen, den Druck der Lehrerarbeitslosigkeit, die schlechten Schulraumverhältnisse, die penetrant verstärkte Dienstaufsicht. Es ist der Bankrott seiner Gewerkschaftspolitik, die Frister in den Ratskeller getrieben hat. Der Sozialdemokrat wird freilich bestrebt sein, diesen Bankrott seines Kurses der Staatsgläubigkeit von den Mitgliedermassen der GEW bezahlen zu lassen. Das muß aber nicht so ausgehen. – (Nach Berichten aus Westberlin, m.f.)

Anmerkung der Redaktion:
Vergleiche zu dieser Auseinandersetzung die Berichte in KVZ Nr. 22, 23 und 25

WAS WILL DIE GEW-OPPOSITION?

(Neuere Erfahrungen mit Mitgliedern der ehemaligen "Initiative demokratische GEW")

Die Unterzeichner der beiden Berichte halten es für notwendig, folgende Erlebnisse allen GEW-Mitgliedern bekanntzugeben, da sie einen wichtigen Eindruck von dem in die GEW hineingetragenen Arbeitsklima in der letzten Zeit vermitteln.

1.

Äußerungen und Verhaltensweisen des Spandauer Bezirksvorsitzenden, Ulrich Voigt

- In einem Telefongespräch am 13.8.75 mit dem Spandauer GEW-Mitglied Ulla Widmer-Rockstroh erklärte Koll. Voigt:
  Wenn bei der Berliner Vertreterversammlung (VV) am 4.9.75 der Übernahme der Bundessatzung in die Berliner Landessatzung zugestimmt werden würde, werde er von seinem Amt als Bezirksvorsitzender zurücktreten, da er mit dem "kommunistischen Vorstand" der GEW BERLIN nicht weiter zusammenarbeiten könne. Werde die Übernahme der Bundessatzung jedoch abgelehnt, dann werde die GEW BERLIN ja ohnehin aufgelöst werden und eine neue GEW BERLIN mit einem anderen Vorstand gegründet werden. Hier sei er interessiert und bereit, mitzuarbeiten. Er werde also "in der derzeitigen GEW BERLIN" auf keinen Fall über den 4.9. hinaus tätig sein wollen, werde aber vorher nicht zurücktreten, "da er keine Einzelaktion starten" wolle.

  Koll. Voigt versucht, den Vorstand des Landesverbandes Berlin mit Antikommunismus-Formulierungen pauschal zu diffamieren. Er ist offensichtlich nicht mehr an effektiver Mitarbeit in der GEW BERLIN interessiert. Positive Aktivität aber ist von einem Bezirksvorsitzenden unbedingt zu erwarten.

- Die Rücktrittserklärung des Spandauer Kollegen Rolf Meißner vom Delegierten- und Bezirksleitungsmandat nach der Juni-VV nannte Koll. Voigt in demselben Telefongespräch "noch nicht endgültig" und "nicht amtlich".

  Nach seiner eigenen Auskunft jedoch hatte Koll. Meißner noch während der Sommerferien dem Bezirksvorsitzenden Voigt seine Rücktritte schriftlich mitgeteilt. Diese Erklärungen waren jedoch vom Koll. Voigt nicht an die Geschäftsstelle der GEW BERLIN weitergeleitet worden.

- Am 14.8.75 fand eine Spandauer Delegierten-Versammlung statt, zu der Koll. Voigt, mit Spandauer GEW-Briefkopf, offiziell eingeladen hatte. Entgegen jeder früheren Gewohnheit wurden zu dieser Versammlung die folgenden Spandauer GEW-Mitglieder nicht eingeladen: Bieling und Daerr (Spandauer Delegierte), Mayer, Widmer-Rockstroh und Isensee (Fachgruppen-Vorsitzende), Deneffe, Schatte und Winnefeld (Delegierte von Fachgruppen). (Diese Kolleginnen und Kollegen zählen nicht zur GEW-Opposition!)

  Auf Befragen, warum diese Spandauer Mitglieder keine Einladung erhalten hätten, erklärte Koll. Voigt, die Kolln. Bieling sei eingeladen worden; die übrigen seien keine Spandauer Delegierten. Gäste seien zu dieser Delegierten-Versammlung nach seinem "Gutdünken" zugelassen.

- Den drei Unterzeichnenden (nicht offiziell eingeladen) war es möglich, am Abend zu der Delegierten-Versammlung zu kommen, zu der sie sich selbstverständlich genauso zugehörig fühlten wie zu allen früheren Spandauer GEW-Veranstaltungen. Dort spielte sich folgendes ab:

  Als wir am Versammlungsort (Konkordia-Grundschule Spandau) erschienen, standen ca. 35 Spandauer Delegierte vor dem Gebäude. Wir betraten den leeren Versammlungsraum als einzige. Und wir blieben allein! Man hatte sich verabredet, an anderem Ort zu tagen und informierte uns darüber nicht.

  Koll. Voigt, der mit zwei anderen Spandauer Delegierten schweigend auf unsere Reaktion wartete und den wir nach zehnminütigem Warten fragten, was hier mit dieser Versammlung geplant sei, stellte nur lakonisch fest: "Es scheint, als ob wir alleine blieben."

  Nachdem wir daraufhin den Versammlungsort verlassen hatten, fuhr er mit den beiden anderen, wie wir nachträglich hörten, zu dem neu vereinbarten Tagungsort.

17. August 1975

gez. Elisabeth Daerr
gez. Ulla Widmer-Rockstroh
gez. Karin Winnefeld

- 2 -

2.

Ein Treffen der ehemaligen "Initiative demokratische GEW" am 14. August 1975

Als Delegierter des Bezirks Spandau hatte ich die Einladung zu der Spandauer Delegiertenversammlung am 14.8.75 erhalten. Auf dem Weg zum Versammlungsort (Konkordia-Grundschule Spandau) wurde ich umgeleitet zum "Ratskeller" Spandau. Dort traf ich zunächst kaum Spandauer Delegierte, sondern die Kollegen Frister (1. Bundesvorsitzender der GEW), Seiring (Vorsitzender der Fachgruppe Schulaufsicht in der GEW BERLIN), Lehmkuhl (ehemaliger Bezirksvorsitzender Neukölln), Bittner (Delegierter Wedding, GEW-Beauftragter für Versicherungsfragen), Dr. Lutze (ehemaliger 2. Vorsitzender des Bezirks Zehlendorf), Wolfgang Schulz (Professor PH Berlin) sowie weitere Mitglieder anderer Bezirke. (Kolln. Hoppe, 2. Bundesvorsitzende der GEW, ließ sich später durch Koll. Frister entschuldigen.)

Nachdem auch fast alle Spandauer Delegierten eingetroffen waren, eröffnete der Bezirksvorsitzende Voigt die Versammlung, die er als "eine private Zusammenkunft" beschrieb.

In der folgenden, ca. zweistündigen Diskussion wurden folgende Erwägungen bezüglich der Vertreterversammlung am 4.9.75 und der Situation danach angestellt:

- Möglichkeiten bei einer Ablehnung der uneingeschränkten Verankerung der Bundessatzung in der Berliner Satzung
  Findet die Verankerung der Bundessatzung in der Berliner Landessatzung keine 2/3-Mehrheit, so wird Koll. Frister auf der Bundes-Hauptausschußsitzung am 6.9.75 den Antrag auf Ausschluß des Landesverbandes Berlin aus der GEW und gleichzeitig den Antrag auf Neugründung eines Landesverbandes Berlin stellen. Dieser neue Landesverband soll durch die Anhänger der ehemaligen "Initiative demokratische GEW" getragen werden. Insbesondere die oben bereits namentlich genannten Anwesenden erklärten ihr Interesse, Funktionen in diesem neuen Landesverband zu übernehmen. Auf die Frage, ob der neue Landesverband Aussicht habe, genügend Mitglieder zu gewinnen, wurde festgestellt:

  a) Die "graue, schweigende Mehrheit" solle übernommen werden bzw. ausgetretene Mitglieder sollten wieder aufgenommen werden. (Die Vorstellungen hierüber blieben unpräzise.)

  b) Das Interesse der Mitglieder an dem neuen Landesverband solle vermittels des angebotenen Versicherungsschutzes gewonnen werden. Koll. Bittner erklärte dazu: Aufgrund seiner Kontakte zu den Versicherungsgesellschaften der GEW könne er versichern, daß die Rechte der Mitglieder der GEW BERLIN auf die Mitgliedschaft im neuen Landesverband übertragen werden würden.

- Möglichkeiten bei einer Übernahme der Bundessatzung
  Findet die uneingeschränkte Übernahme und die uneingeschränkte Zustimmung zum Unvereinbarkeitsbeschluß jedoch die Mehrheit, dann stelle sich für die ehemalige "Initiative demokratische GEW" die Aufgabe, die Kolleginnen und Kollegen für die GEW zu erhalten, die den Landesverband mit seinem jetzigen Vorstand und seiner "Volksfrontpolitik" durch ihre Beiträge nicht unterstützen wollen und die sich durch ihn nicht repräsentiert sehen. Wie das geschehen solle, kam nicht differenziert zur Sprache. Einige der Anwesenden meinten, daß angesichts der Mehrheitsverhältnisse in der VV und bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Vorstands keine Chancen bestünden, ihre Überzeugungen durchzusetzen; sie sähen für sich aber keine Möglichkeit, mit "Kommunisten" und "Volksfrontanhängern" in einem Verband zu sein. Andererseits wollten sie in GEW und DGB bleiben.

  Koll. Frister stellte in diesem Zusammenhang nur fest, daß die Organisierung in einem anderen Landesverband möglich sei, allerdings ohne Stimmrecht.

  Die jungen Kollegen, die mit anderen politischen Vorstellungen als "denen der hinter uns liegenden Studentenbewegung" in den Schuldienst treten, müssen für die GEW gewonnen werden, damit sie nicht den Weg zum VBE finden. Aber sie müssen gegen den derzeitigen Vorstand mobilisiert werden.

- Diese mögliche Situation (Übernahme der Bundessatzung und des Unvereinbarkeitsbeschlusses) wurde nicht differenziert diskutiert. Man rechnete angesichts der derzeitigen Mehrheitsverhältnisse in der VV nicht mit einer solchen Mehrheit.

  Für den Fall, daß dennoch unerwarteterweise die Stimmung im Verlauf der VV am 4.9. zu dem Eindruck führen könnte, daß eine solche mehrheitliche Zustimmung zu erwarten sei, ging überwiegend die Meinung dahin, daß die Delegierten der "Opposition" mit NEIN stimmen oder sich der Stimme enthalten sollten, um die Übernahme der Satzung zu verhindern – und um damit die Neugründung einer GEW BERLIN zu erreichen. Koll. Frister erklärte in diesem Zusammenhang, er könne hier den Delegierten keinen Rat für ihr Votum geben, jeder einzelne müsse selbst entscheiden, wie er stimmen wolle. Er appellierte aber an alle, einheitlich zu votieren und sich abzusprechen.

  Angesichts des hier deutlich zum Ausdruck gebrachten Ziels, die GEW BERLIN zu zerstören, warnte Koll. Frister weder vor einem NEIN bzw. der Enthaltung, noch zog er in dieser Situation irgendwelche anderen Konsequenzen.

17. August 1975 gez. Udo Wünsche

## ÖTV-Beschlüsse

**Frankfurt/Main.** Der Vertrauensleutekörper der ÖTV-Betriebsgruppe Kernbereich hat auf seinen letzten beiden Sitzungen Anträge für die kommende Delegiertenkonferenz der Hauptabteilung Land diskutiert und beschlossen und die Delegierten damit beauftragt, sie zu vertreten. U. a. wurde beschlossen:

– die ersatzlose Streichung des Paragrafen 218;

– die sofortige Zurücknahme der von der hessischen Landesregierung verhängten Stellensperre für den öffentlichen Dienst;

– die ersatzlose Streichung des Radikalenerlasses und damit auch sich einzusetzen gegen das besondere Dienstrecht für Arbeiter, Angestellte und Beamte im öffentlichen Dienst, auf das sich dieser Erlaß stützt;

– Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!

– Über Verhandlungsergebnisse von Tarifverhandlungen ist vor Tarifabschluß eine Urabstimmung der Mitglieder durchzuführen. Jede Betriebsgruppe ist berechtigt, ein Mitteilungsblatt für die Kollegen in ihrem Bereich herauszugeben, ebenfalls die Kreisvorstände zur besseren Information der Mitglieder. – (m, Zelle Universität Kernbereich Frankfurt)

Stillegung des VW–Werkes in Emden geplant/ 14 Sonderschichten in Emden und Wolfsburg/ Erhöhung der Stückzahlen

# Sonderschichten und Stillegungspläne bei VW

**Wolfsburg.** Bei VW wurden Sonderschichten angekündigt. Noch vor kurzer Zeit waren die Zeitungen voll von Schilderungen über die Krise bei VW. Als Weg, aus dieser Krise herauszukommen, in der VW steckt, wurde ein "Sanierungsplan" des Vorstandes erstellt. Dieser Plan ist immer noch in Anwendung. Derzeit mit Hochdruck, wie Schmücker auf der Aktionärs-Hauptversammlung sagte.

Saniert wurde und wird der "Kostenfaktor Mensch". Im Laufe des letzten halben Jahres wurden durch Umsetzungen, Auflösungsverträge und Entlassungen über 14 900 Arbeiter aus dem Produktionsprozeß geworfen. Das sind zirka 14 Prozent der Gesamtbelegschaft.

Parallel und in Verbindung damit wurden weitere Maßnahmen eingeleitet, wie Verlegung des Fahrzeugbaus aus Salzgitter, langsames Totschrumpfen in Neckarsulm, Planung eines US-Werkes und Bau von Montagefabriken in Ländern wie dem Irak, was unter "Überprüfung unserer Standortstrategie" für den Konzern fällt.

In den letzten Wochen kam auf, daß das Werk in Emden geschlossen werden soll.

In demselben Werk, das Ende des Jahres geschlossen werden soll, sind jetzt 14 Sonderschichten bis Ende des Jahres angesetzt, ebenso in Wolfsburg.

Die Arbeiter in Emden sollen damit ihr eigenes Überflüssigwerden produzieren. In den USA soll jetzt ein Werk aufgemacht werden aus Profiten, die vorher den Arbeitern in Westdeutschland ausgepreßt wurden. Allein im letzten Jahr waren das 700 Millionen für Auslandsinvestitionen.



Außenhafen von Emden, wo die Volkswagen für die USA verladen werden.

### "Fünf Tage sind genug"

Der Betriebsrat hat seine Zustimmung zu den Sonderschichten gegeben, als die geplante Schließung Emdens noch nicht bekannt war. Doch schon damals zogen die Kollegen in den Gesprächen die Verbindung zwischen Entlassungen, Betriebsschließungen und Überstunden. Die Mehrzahl ist jetzt dagegen, weil sie samstags arbeiten muß. "Fünf Tage sind genug bei dem Geklotze, und finanziell kommt nicht viel dabei heraus."

"Ich habe eine Dauerkarte bei Eintracht Braunschweig und lasse mir von denen nicht das Wochenende versauern", lautet die spontane Empörung.

Für viele Kollegen ist diese Entwicklung der Politik des VW-Vorstandes unverständlich: "Das darf man keinem erzählen. Erst wollen sie ganze Werke schließen und werfen die Leute raus, und jetzt sollen wir Überstunden machen. Die sind vollkommen verrückt." "Von richtiger Planung verstehen die aber auch gar nichts. Erst so und jetzt wieder so."

Was hier unverständlich erscheint, ist die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise, die im Falle VW besonders scharf hervortritt. VW steckt in einem erbitterten Konkurrenzkampf um die Absatzmärkte in aller Welt. Will das VW-Kapital die Oberhand in diesem Konkurrenzkampf gewinnen, dann muß es die Kosten für die Produktion weiter senken und die Produktivität erhöhen.

Das ist der Grund, warum sie Arbeiter rausschmeißen und warum bei steigender Nachfrage mit der kleineren Belegschaft ein noch höherer Produktionsausstoß erzielt werden soll.

Wurden in der Schicht 2 am Passat in Wolfsburg vor dem Urlaub mit weniger Arbeitern im Durchschnitt 240 Wagen durchgezogen, so werden nach dem Urlaub volle 285 gezogen. Das Tempo war so hoch, daß während der Hitze zwei Kollegen dabei starben. Erst dann wurde um fünf Wagen pro Schicht reduziert, das aber auch nur während der Hitze. Vor Augen hat die Leitung bereits 300 Wagen pro Schicht.

Schon in den Wochen vorher wurde in den Abteilungen des Karosseriebaus täglich zwei Stunden mehr produziert und samstags acht Stunden, weil zu wenig Karossen für die Lackiererei vorhanden waren und die Audi-, Golf- und Polobänder teilweise nicht beliefert werden konnten.

Den Höchstprofit holen die Kapitalisten heraus, wenn sie die noch beschäftigten Arbeiter mehr arbeiten lassen. Durch höhere Akkorde und Überstunden wie bei den Sonderschichten. Stundenlohn plus 50 Prozent Überstundenzuschlag bei Samstagsarbeit sind kostengünstiger als Einstellungen. Von diesen 50 Prozent Überstundenzuschlag bleiben dann auch noch über die Hälfte bei der Steuer.

Wahrscheinlich haben die Kollegen recht, wenn sie sagen, daß im nächsten Jahr wieder Kurzarbeit sein wird. Produziert wird jetzt auf Teufel komm raus. Wenn aber dann der Absatz stockt, dann läßt man die Belegschaft kurzarbeiten oder entläßt einen Teil von ihnen. - (k., Wolfsburg)

## Mailänder: Lohnraub nicht gefallen lassen !

*"Alle übertariflichen Zulagen werden ab 1. August gekürzt."* Lohnkürzung bis zu 320 DM monatlich hatte damit der Inhaber der Druckmaschinenfabrik Mailänder in Bietigheim bei Ludwigsburg angekündigt. Auf einer Betriebsversammlung ließ er weiter verlauten, daß sich die Kapitalisten in Ludwigsburg einig seien, diese Maßnahmen in allen Betrieben vorzunehmen. Mailänder sei nur der Anfang. Mit einer Protestdemonstration am 7. Juli (siehe KVZ Nr. 27) antworteten die Arbeiter von Mailänder, gemeinsam mit Kollegen aus anderen Betrieben, die auf Plakaten und Transparenten ihre Solidarität ausdrückten. Darunter Kollegen von Hüller. Mailänder hat bis jetzt seine Ankündigung nicht zurückgezogen. In einer Resolution erklären der Betriebsrat, die Vertrauensleute und die Jugendvertretung von Hüller, daß die Angriffe auf den Lohn geschlossen und solidarisch zurückgeschlagen werden müssen:

**Ludwigsburg, 18.8.1975**

(...)

Gleichzeitig werden die Unternehmer versuchen, unter Ausnutzung der derzeitigen wirtschaftlichen Situation noch stärkere Angriffe auf unseren Lohn durchzuführen. Je weniger wir uns gegen diese Angriffe wehren, desto mehr werden sie uns zu drücken versuchen.

Deshalb fordern wir die Kollegen bei der Firma Mailänder auf, den Angriff des Unternehmers entschlossen abzuwehren.

**Laßt Euch den Lohnraub nicht gefallen!**

Wir verurteilen diese Aktion auf das schärfste und erklären, daß wir hinter jeder Aktion stehen, die Ihr durchführt.

Wir erklären uns solidarisch mit allem, was dazu dient, diesen Angriff zurückzuschlagen und werden Euch dabei nach besten Kräften unterstützen.

Stahlwerke Peine/ Salzgitter

# 130 DM Verlust im Monat

**Peine. Am 31. Oktober, also zwei Wochen nach den Tarifen in der Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen, laufen bei den Stahlwerken P & S in Peine/Salzgitter die Tarife aus. P & S hat einen Haustarif. Betroffen sind rund 19 000 Arbeiter und Angestellte in Peine und Salzgitter.**

Versuchten die Kapitalisten im letzten Jahr durch Überstunden mehr aus den Kollegen herauszuholen, so sind seit Anfang des Jahres Überstunden gestrichen. Viele Kollegen waren zu den Überstunden gezwungen, um einigermaßen über die Runden zu kommen. Jetzt stehen sie mit weniger Geld da. Zum Beispiel fallen die Reparaturschichten, die im letzten Jahr Überschichten waren, weg. Eine Reparaturschicht, die im allgemeinen sonntags war, machte gut hundert Mark aus. Im Mai wurde Kurzarbeit eingeführt, ab Juni einen Tag pro Woche für die meisten Kollegen. Dadurch sparen die Kapitalisten Lohnkosten. Zwar hat der Betriebsrat Vereinbarungen ausgehandelt, daß die steuerfreien Schichtzulagen von den Kapitalisten weiter bezahlt werden, trotzdem haben die Kollegen 130 bis 150 DM Verlust im Monat.

Die Vereinbarung, daß die steuerfreien Schichtzulagen weiter gezahlt werden, gilt aber nur bis Ende September. Die Kurzarbeit wird dagegen mit Sicherheit bis Jahresende weiterlaufen. Nach Aussage eines Betriebsrates hat der Betriebsrat eine Vereinbarung durchgesetzt, daß zwar die Schichtzulagen bei Kurzarbeit ab Oktober weiter gezahlt werden, aber Steuern dafür gezahlt werden müssen. Das heißt, daß also noch weniger Geld für die Kollegen übrigbleibt.

Vor kurzem wurde die Thomasschlackenmahlanlage, wo etwa 70 Kollegen arbeiten, von vier Schichten – das war kontinuierlicher Betrieb über die Wochenenden hinweg – auf drei Schichten zurückgefahren. Dadurch fallen die sonntäglichen Schichtzulagen weg, was gut zweihundert Mark Verlust im Monat ausmacht, wie ein Kollege sagte.

Man kann hieran sehen, daß der Reallohn schon abgebaut wird. Die Kollegen gehen mit weniger Geld in der Tüte nach Hause. Bei den letzten Tarifverhandlungen kamen für die Kollegen 9 Prozent heraus. Bei zwanzig Punkten (bei Peine und Salzgitter gib es eine analytische Arbeitsplatzbewertung, wodurch die Löhne der Kollegen zersplittert werden in viele verschiedene Löhne) waren das nur 104,40 DM im Monat. Bei 25 Punkten nur 111,36 DM im Monat. Weniger also, als durch Kurzarbeit und Wegfall der Überstunden 1975 weggefallen ist.

Hinzu kam eine Zahlung von dreihundert Mark im November letzten Jahres und die Erhöhung der Jahresabschlußvergütung um 15 Prozent, mindestens 300 DM, wovon dreihundert Mark als Abschlag im Juni gezahlt wurden. Diese zweimal dreihundert Mark spielen aber keine Rolle bei den kommenden Tarifverhandlungen. Die Preissteigerungsrate liegt über 6 Prozent, für die unteren Löhne noch höher. In den kommenden Tarifverhandlungen werden die Kapitalisten versuchen, die Löhne weiter abzubauen. Vorstandssprecher Putsch beschwört dazu in einem Interview in der Werkszeitschrift, daß alle gemeinsam Anstrengungen unternehmen müßten, gerade wo Peine und Salzgitter zu über 94 Prozent direkt dem Steuerzahler gehöre, also jeder seine Verantwortung habe. Er sagte: "Wenn uns allen eingeht, daß wir im Augenblick, was unsere Wünsche angeht, etwas kürzer treten müssen, dann ist die Hoffnung, daß es bald wieder aufwärts geht, berechtigter, vorausgesetzt, daß alle am Wirtschaftsprozeß beteiligten Gruppen sich entsprechend verhalten." Von der "gemeinsamen Verantwortung" haben die Arbeiter nicht viel gemerkt. Für sie stieg die Arbeitshetze, für den Konzern steigen die Gewinne. Im Geschäftsjahr 1973/74 auf nahezu das Doppelte des schon guten Jahres 1972/7 3. In der Krise wird erst recht deutlich, daß es keine Gemeinsamkeit zwischen Arbeitern und Kapitalisten gibt. Der Druck auf die Arbeiter nimmt noch mehr zu. Denn obwohl die Produktion erheblich eingeschränkt wurde, ist die Leistung der Arbeiter auf der einzelnen Schicht nicht weniger geworden. Viele müssen mehr arbeiten.

Seit Anfang des Jahres herrscht Einstellungsstopp. Eine Reihe Ausländer wurde entlassen. Im Werk Peine waren im letzten Monat; nach Aussagen eines Betriebsrates, 320 Planstellen nicht besetzt. Wenn z. B. im Blasstahlwerk normalerweise 47 Arbeiter und 4 Angestellte auf einer Schicht waren, so waren in den letzten Wochen auf der einen Schicht 41 Arbeiter und Angestellte, die Grenze dafür, daß überhaupt zwei Konverter betrieben werden können. Und 41 Kollegen waren es auch nur dadurch, daß oft aus anderen Betrieben ein oder zwei Kollegen zusätzlich geholt wurden, die ohne Einarbeitungszeit mitarbeiten mußten.

Auf einer Betriebsversammlung im März sagte ein Kollege, in seiner Abteilung waren immer 16, jetzt sind bei praktisch der gleichen Arbeit nur noch 11 Kollegen auf einer Abteilung. Auf der letzten Betriebsversammlung forderte deshalb ein Kollege auch: keine Entlassungen und Einstellungen für Abgänge. Deutlich wird hieran: Die Kollegen müssen Forderungen aufstellen, die ihren Bedürfnissen entsprechen. Sie müssen dem Lohnabbau durch die Kapitalisten entgegentreten und dürfen nicht auf einen gemeinsamen Weg aus der Krise setzen. – (w., Peine)

## Akkordsätze gesenkt: Streik!

**Westberlin.** Nach vier Stunden Streik zwangen die Kollegen aus der Gießerei der Werkzeugmaschinenfabrik Fritz Werner die Geschäftsleitung zu Verhandlungen. Nach dem Urlaub hatte der Gießereileiter kurzerhand die Akkordsätze um rund 1 DM gesenkt. Längere Kurzarbeitsetappen und Zwangsurlaub, den alle Kollegen zur selben Zeit nehmen mußten, waren der Akkordsenkung vorausgegangen. Diese Maßnahme brachte das Faß zum Überlaufen. Die Verhandlungen ergaben, daß die Senkung zwar bleibt, daß aber die Schmutzzulage entsprechend erhöht wird, so daß die Kollegen auf das Geld wie vor dem Urlaub kommen. Der Leiter der Gießerei, ein Antreiber übelster Machart, mußte von seinem Posten zurücktreten.

## Kurzarbeit bei Stahl

**Osnabrück.** Bei der Klöckner-Hütte (4 000 Beschäftigte) sind von der Kurzarbeit ab September 280 aus dem Schmelzbetrieb betroffen.

**Krefeld.** Ab September wird bei Thyssen-Edelstahl-Werke in Krefeld für die 1 300 Beschäftigten Kurzarbeit durchgeführt.

**Bremen.** Bei Klöckner Bremen wird zwischen dem 25. August und dem 6. September nicht gearbeitet. Die Geschäftsleitung begründet die Kurzarbeit mit der schlechten Auftragslage.

## Bayer–Leverkusen

**Leverkusen.** Bei Bayer werden im September etwa 7 600 und im Oktober rund 7 900 Arbeiter und Angestellte kurzarbeiten. Bereits im Juni und Juli war bei Bayer kurzgearbeitet worden. Die Kurzarbeit betrifft die Bereiche organische und anorganische Chemikalien, Kautschuk, Farben. (Handelsblatt, 22. August 1975) In den Sparten Pflanzenschutz und Pharma läuft die Produktion auf Hochtouren. Neben dem Lohnausfall bedeutet die Kurzarbeit für die Kollegen einen Abzug von der Jahresprämie.

## 8 Prozent gefordert

Die IG Chemie, Papier, Keramik forderte für die Papier, Pappe, Papierpappe, Zellstoff und Holzstoff erzeugende Industrie in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg 8 Prozent.

## Erwitte– Löhne überwiesen

**Erwitte.** Der Zementkapitalist Seibel mußte zur Auslösung der von der IG Chemie gepfändeten 1 200 Tonnen Zement 3 400 DM überweisen. Diesen Betrag schuldete Seibel den Zementarbeitern noch für Löhne des Monats Februar. Die Zementarbeiter hatten gegen Entlassungen durch Seibel das Werk besetzt

## Konzentration und Konkurse

Durch die Zusammenfügung von Monopolkonzernen, z.B. Rheinstahl mit Thyssen oder Gelsenberg mit Veba, in letzter Zeit hat sich die Produktion auf immer weniger Konzerne konzentriert. Von dem Gesamtumsatz der 100 größten Konzerne Westdeutschlands entfielen auf die zehn größten 1960 33 Prozent, 1974 aber schon 38 Prozent. Um 23,9 Prozent stieg 1974 der Umsatz der 100 größten Firmen gegenüber 1973 auf 472,8 Milliarden.

In der Krise wächst die Konzentration des Kapitals und zugleich werden große Teile der Produktivkräfte vernichtet.

Im ersten Halbjahr 1975 wurden 4 481 Konkurse und Vergleiche registriert. Das sind 961 oder 27,3 Prozent mehr als im ersten Halbjahr 1974. Im letzten Jahr gab es die höchste Zahl an Konkursen und Vergleichen seit dem Zweiten Weltkrieg, insgesamt 7 722. Noch einmal so viele in der amtlichen Statistik nicht erfaßte Firmenzusammenbrüche müssen nach Ansicht des "Verbandes der Vereine Creditreform e.V.", einem Zusammenschluß von 103 örtlichen Wirtschaftsauskunfteien, noch dazugerechnet werden (Handelsblatt, 8. August).

**Arbeitsanalytiker aus dem Operationsbereich des Schwetzinger Krankenhauses vertrieben:**

# Die „Stopper" sind wieder weg!

**Schwetzingen. Am Montag, dem 11.8. erschien der Verwaltungsdirektor des Krankenhauses Schwetzingen mit einem Helfer im Operations- und Anästhesiebereich des Kreiskrankenhauses in Schwetzingen, um eine "Arbeitsanalyse" durchzuführen.**

Beide hatten einen Stapel von Papieren in der Hand, auf dem alle Schwestern und Pfleger beider Abteilungen notiert waren. Sofort hefteten sie sich den Kollegen an die Fersen, folgten ihnen auf Schritt und Tritt und notierten genau, was und in welcher Zeit die einzelnen Kollegen taten, wieviel Zeit zum Ab- und Auflegen der Patienten benötigt wurde, wieviel Springer im OP-Saal waren und womit diese beschäftigt waren. Auch jede einzelne Pause der Kollegen wurde aufgeschrieben. Es kam sogar vor, daß sich Kollegen beim "Stopper", wie die Kontrolleure genannt wurden, beim Verlassen eines OP-Saales abmelden mußten.

Den meisten Kollegen schmeckte das aber gar nicht, daß dauernd jemand hinter ihnen herlief, noch dazu der Verwaltungsdirektor persönlich, und ihnen auf die Finger schaute. Manche fühlten sich gehetzt, einigen schlug die Kontrolle regelrecht auf den Magen. Die Mehrzahl der Kollegen war sich einig: **"Die 'Stopper' müssen unbedingt verschwinden!"**

Denn über eins war man sich klar: Etwas Gutes für die Kollegen, etwa zusätzliche Stellen, würde bei der Analyse kaum herauskommen, wo doch der Verwaltungsdirektor erst vor kurzem in einem Rundschreiben zu rigoroser Sparsamkeit gemahnt hatte.

Alles das wurde unter den Kollegen diskutiert und vielen war klar, daß die Arbeitsanalyse auf Kosten der Kollegen ging und höchstwahrscheinlich Material gesammelt wurde, um am Stellenplan herumzudoktern oder durch rationelleren Einsatz den Kollegen noch mehr Arbeit aufzulasten.

Vertrauensleute der ÖTV nahmen sich der Sache an und fanden, daß nach § 65 des Personalvertretungsgesetzes, das ansonsten dem Personal nur äußerst schmale Rechte gewährt, der Arbeitgeber bei Maßnahmen wie Arbeitsanalysen die Zustimmung des Personalrats einholen muß.

Das wurde dem Personalrat vorgelegt, der zunächst nur unwillig mitzog und sich vertagte. Daraufhin schickten die Vertrauensleute den ÖTV-Sekretär der Kreisverwaltung zum Personalrat und stärkten zusätzlich denjenigen Kollegen im Personalrat, die voll auf seiten der Kollegen waren, mit einer Unterschriftensammlung gegen die Maßnahme des Dienstherrn den Rücken.

Beides veranlaßte den Personalrat, einen Beschluß zu fassen, der vom Personal freudig begrüßt wurde: Der Verwaltungsdirektor wurde aufgefordert, die "Arbeitsanalyse" sofort zu stoppen.

Das Schreiben an den Verwaltungsdirektor wurde vervielfältigt und an allen möglichen Stellen des Krankenhauses aufgehängt. Der Beschluß hatte den Verwaltungsdirektor so verwirrt, daß er danach wie ein aufgescheuchtes Kaninchen in grüner OP-Kleidung im Haus herumlief, obwohl er selbst kurz vorher wegen desselben "Deliktes" einer Kollegin die Kündigung angedroht hatte.

Am nächsten Tag war die Stimmung in den OP-Sälen ausgezeichnet: Die Stopper waren weg. Eine Kollegin meinte: **"Eigentlich sollte man mal dem Landrat (der der Vorgesetzte ist) auf die Bude rücken und die Herren selbst stoppen, die uns solche Maßnahmen einbrocken."** – (n, Schwetzingen)

# „Für die Vorgesetzten bin ich ein Brandstifter"

**Für die Mehrheit der Kollegen sieht das anders aus**

**Bremen. Vor zwei Monaten hatte ich einen Anhörungstermin beim Leiter meiner Dienststelle, des Ausgleichsamtes Bremen. Grund: Als Beamter kandidiere ich für den Kommunistischen Bund Westdeutschland zu den Wahlen für die Bremische Bürgerschaft. Es sei zu prüfen, ob ich deswegen entlassen werde.**

Seitdem habe ich von seiten des Senats noch nichts wieder gehört. Offensichtlich will er die Sache hinauszögern, bis die Wahlen vorbei sind. Bei der großen Mehrheit meiner Kollegen ist die angedrohte Entlassung auf Empörung gestoßen. Von Mitgliedern der Ausbildungspersonalräte bei der Verwaltungsschule, des Zentralkrankenhauses St. Jürgen-Straße, Zentralkrankenhauses Bremen-Nord, Krankenhauses Bremen-Ost, Finanzamtes Bremen West und Bremen Ost, beim Studienseminar, der Jugendvertretung beim Gesamtpersonalrat und des Finanzamtes Bremen-West habe ich Solidaritätsadressen erhalten. Sie fordern den Personalrat des Ausgleichsamtes auf, der Entlassung die Zustimmung zu verweigern. In einer Solidaritätserklärung heißt es: "Die Entlassungsdrohung gründet sich auf den Radikalenerlaß und das Beamtenrecht, mit dem die Beamten gefesselt, ihnen ihre Rechte genommen werden sollen (z.B. das Streikrecht). Hiergegen muß unserer Meinung nach die freie gewerkschaftliche und politische Betätigung gefordert werden."

Auf einer Versammlung der Auszubildenden beim Jugendamt wurde von zirka dreißig Anwesenden einstimmig bei zwei Enthaltungen eine Solidaritätserklärung beschlossen, in der es heißt: "Die Entlassung eines Kommunisten bedeutet einen Angriff gegen alle Kollegen, denn es soll die konsequente Interessenvertretung verhindert, es sollen alle Kollegen eingeschüchtert werden."

In zwei Behörden sind Unterschriften gegen die mir angedrohte Entlassung gesammelt worden, im Staatlichen Hygiene Institut und im Ausgleichsamt. Die Kollegen, die unterschrieben haben, haben meist spontan unterschrieben. Meine politische Meinung teilen sie nicht. Das Recht auf Meinungsfreiheit muß jedoch gewährleistet sein.

Viele Kollegen, die gegen meine Entlassung sind, unterschreiben nicht. Sie wollen sich nicht schriftlich festlegen, befürchten zum Teil Repressalien oder meinen, daß es ihnen bei einer Pöstchenschieberei schaden könnte.

## Die Beamten sind von ihren Interessen her in sich gespalten

Dann gibt es "Kollegen", die für meine Entlassung sind, meist unter den Abschnittsleitern. Für sie bin ich ein Brandstifter. Sie betrachten den Staat als ihr Haus, das ich abbrennen will. Sie fühlen sich durch das Beamtenrecht nicht in der Vertretung ihrer Interessen geknebelt, sondern geschützt. Die Schweige- und Treuepflicht wirkt sich für sie zum Beispiel so aus, daß sie jede persönliche Verantwortung ablehnen können, wenn sie sich gegen die Interessen des Volkes stellen. Auf gewerkschaftliche Rechte können sie pfeifen, denn der Staat sorgt gut für sie. Sie sind im Gegenteil stinksauer, wenn sie darüber klagen, daß die Facharbeiter schon bald so viel Geld kriegen würden wie sie selbst, wenn das so weitergehe mit den Streiks. Die höheren Beamten stehen, durch Privilegien gekauft, auf seiten des bürgerlichen Staates.

Für die Masse der kleinen Beamten und Angestellten sieht das anders aus. Ihre Lage verschlechtert sich zusehends und von Privilegien bleibt für sie nichts übrig. Was nützt es noch, wenn man unkündbar ist, aber den notwendigen Kampf für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen oder mehr Gehalt nicht führen kann, weil man damit seine Beamtenpflichten verletzen würde und Gefahr läuft, nun doch gekündigt zu werden?

Der Staatsapparat ist brüchig geworden, weil die große Mehrheit der Beamten das Beamtenrecht nicht als Schutz, sondern als Fessel zu spüren bekommt. Die Bourgeoisie wünscht sich natürlich, daß alle ihre Diener im Staatsapparat genauso denken und handeln wie die höheren Beamten. Aber sie kann nicht alle bestechen und der Widerspruch, daß die einen die Arbeit verteilen und die anderen die Arbeit machen, ist gerade dann nicht auflösbar, wenn die Arbeitsbedingungen immer schlechter werden.

Der Staat hat keine getreue Gefolgschaft in seinen mittleren und unteren Beamten. Das bemerke ich immer wieder, wenn ich mit den Kollegen über meine Entlassungsdrohung diskutiere. Unter den unteren Beamten gibt es nur ganz wenige, die nicht gegen meine Entlassung sind. Der überwiegenden Mehrheit steht die Solidarität mit einem kommunistischen Kollegen höher als der Schutz des Staates vor einem "Brandstifter".

Natürlich heißt das nicht, daß sie sich alle an der Aufrichtung einer politischen Front gegen das Berufsbeamtentum beteiligen.

Ich bin davon überzeugt, daß meine Entlassung den Herren vom Senat mehr schadet als nützt, falls sie über die Bühne geht.

Die Bedingungen des Kampfes gegen die mir angedrohte Entlassung sind recht gut. Gerade unter den gewerkschaftlich aktiven Kollegen hat sich eine große Wut gegen die ständigen Disziplinierungen angesammelt. Wenn es gelingt, in gewerkschaftlichen Organen, betrieblichen Vertretungskörperschaften und in den einzelnen Betriebsgruppen Beschlüsse gegen meine Entlassung und die politischen Disziplinierungen überhaupt zu fassen und Anträge an die kommende Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV zu formulieren, dann wird dies ein gutes Mittel sein, um den Kampf gegen die politischen Disziplinierungen zusammenzufassen und seiner Stärke Ausdruck zu geben. – **Günter Rockel**, Bürgerschaftskandidat des KBW

# Erpressung zu Massengelöbnissen

**An der Orthopädischen Klinik in Heidelberg**

**Heidelberg. Anfang August erhielt jeder Beschäftigte der Heidelberger Orthopädischen Universitätsklinik eine Aufforderung, an einem Massengelöbnis teilzunehmen, bei dem er geloben sollte: *"Ich werde meine Dienstobliegenheiten gewissenhaft erfüllen und das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland sowie die Gesetze wahren."***

Jedem, der die Unterschrift unter das Gelöbnis verweigerte, drohte die Klinikverwaltung mit Kündigung.

Was war dieser Sache vorausgegangen?

In der Orthopädie hat die Verwaltung den Kollegen Döhring, Arzt in der Querschnittgelähmtenabteilung, vor der Einführung des Schieß-Erlasses im März 1975 vom Verfassungsschutz überprüfen lassen. Es wurde ihm vorgehalten, daß er vor Jahren mal für das Heidelberger Studentenparlament kandidiert habe auf einer Plattform der Kommunistischen Gruppe (Neues Rotes Forum). Nun sollte er eine Stellungnahme über seine politische Einstellung abgeben. Für den Fall, daß der Kollege das nicht tun sollte oder daß die Stellungnahme unzureichend sei, wurde ihm die Kündigung angedroht.

Nachdem er seine Kollegen und auch den Personalrat davon informiert hatte, wurde in der ganzen Klinik über den Schieß-Erlaß diskutiert. So faßte dann auch am 13. Mai die Personalversammlung mit überwältigender Mehrheit einen ablehnenden Beschluß gegen den Schieß-Erlaß und seine Anwendung. Auch faßten der Personalrat und die ÖTV-Mitgliederversammlung einen Beschluß dagegen.

Das Kultusministerium und die Klinikleitung wollten jetzt an dieser Belegschaft, die sich nicht duckte, ein Exempel setzen. Die Klinikleitung kündigte für alle Beschäftigten Gelöbnisversammlungen an. Die Verpflichtung zu diesen Gelöbnissen steht im Bundesangestelltentarifvertrag und in einem Manteltarifvertrag für die Arbeiter, den jeder Beschäftigte in seinem Arbeitsvertrag unterschrieben hat. Bisher waren nie solche Gelöbnisse von den Beschäftigten verlangt worden, jetzt sollen das alle auf einen Schlag nachholen.

Es entstanden überall in der Klinik Diskussionen: *"Jetzt kommt es noch so weit, daß man gar nichts mehr sagen oder machen darf, das ist ja bald wie damals bei den Nazis!"*

Andere empfanden es als Unverschämtheit, daß ihnen, nachdem sie jetzt jahrelang in der Orthopädie gearbeitet haben, gekündigt werden soll, wenn sie nicht schwören. Ihre Arbeit oder die Versorgung der Patienten wird dadurch ja wohl nicht besser.

Wie die Kollegen das Ganze empfanden, hat man auch am Ablauf der einzelnen Versammlungen gesehen. Vierzehn Tage lang mußten je 60 Kollegen antreten. Die Klinikleitung wollte Feierstunden, auf denen sich die Belegschaft still verpflichten läßt und sich von den alten "Sünden", nämlich gegen die Entrechtung aufgemuckt zu haben, trennt.

Auf den Versammlungen protestierten Kollegen und forderten auf, nicht zu unterschreiben, da einmal jeder Kollege bereits bei seiner Einstellung im Arbeitsvertrag gelobt hat, zum anderen es unzumutbar ist, in aller Schnelle einen ganzen Hefter mit Bestimmungen von BAT, MTL bis Strafgesetzbuch durchzulesen und zu unterschreiben. Viele Kollegen nahmen daraufhin diesen Hefter mit und gelobten nicht. Diese Kollegen wurden aufgefordert, auf die letzte Versammlung, die durchgeführt wurde, zu kommen. Schließlich unterschrieben alle Kollegen unter dem Druck der Erpressung mit der Kündigung. Gleichzeitig wurde aber von den Anwesenden auch eine Aufforderung an den Personalrat unterschrieben, daß er sich endlich mal in der nächsten Sitzung mit dieser Massenweihe beschäftigen soll, ob es zulässig ist, Gelöbnisversammlungen überhaupt durchzuführen. Jetzt hat die Klinikleitung zwar die Unterschriften, aber ihr Ziel hat sie dadurch nicht erreicht.

Im Gegenteil, vielen Kollegen ist klarer als zuvor: Sie brauchen dieses besondere Dienstrecht nicht, es dient allein dazu, die Beschäftigten niederzuhalten.

Der nächste richtige Schritt ist es, daß bei den Vertrauensleute- und Delegiertenwahlen die Kandidaten auf die Forderungen festgelegt werden:

**Weg mit einem besonderen Dienstrecht im öffentlichen Dienst!**

**Weg mit dem Schieß-Erlaß!**

**Freie politische Betätigung in Ausbildung und am Arbeitsplatz!** – (Zelle Orthopädie Heidelberg)

# Wie soll man so seine Kinder grossziehen?

**Eine Arbeiterin aus Hamburg: Der Kampf gegen den § 218 hat mir wieder Mut gemacht**

Ich bin 26 Jahre alt, verheiratet, mein Mann und ich haben zwei Kinder, 3 und 7 Jahre alt. Während meiner 7-jährigen Ehe mußte ich ständig mitarbeiten, in der Fabrik, am Fließband, im Haushalt durch Reinemachen oder Heimarbeit. Ich erhielt keine gute Schulausbildung und lernte keinen Beruf, so daß ich mich nur als ungelernte Arbeitskraft verkaufen kann. Das Geld meines Mannes reicht nur für das Allernotwendigste.

Zuletzt habe ich zweimal wöchentlich die Treppen in einem Privathaus gereinigt und jeden Tag 5 Stunden abends als Aushilfe bei der Firma Otto in Bramfeld am Fließband gearbeitet. Unser Familienleben sah so aus: Mein Mann ging morgens aus dem Haus, während ich noch schlief. Ich versorgte morgens die Kinder und den Haushalt und ging zweimal in der Woche zum Treppenreinigen, wobei ich die Jüngste meist mitnehmen mußte, wenn nicht eine Nachbarin mal auf sie aufpaßte. Wenn mein Mann um halb fünf von der Arbeit kam, stand das Essen für ihn fertig da, aber ich stürzte zur selben Zeit aus dem Haus zur Arbeit. Jetzt versorgte er die Kinder. Kam ich kurz nach 10 Uhr nach Hause, schlief er oft schon vor Müdigkeit, schließlich hatte auch er, genau wie ich, einen "doppelten Beruf". Ich konnte meist erst gegen Morgen einschlafen, weil mir der Fabriklärm noch im Kopf dröhnte. Bald lebte ich nur noch von Schlaftabletten. Das bewirkte aber, daß ich morgens ganz benommen war und oft verpaßte, meinen Sohn rechtzeitig in die Schule zu schicken. Zum Glück hatte die Lehrerin Verständnis dafür und verhinderte, daß die Kinder meinen Jungen allzusehr auslachten, wenn er zu spät kam.

Mein Mann und ich waren beide sehr nervös im Umgang mit unseren Kindern. Ich mußte fast immer sagen: "Keine Zeit, laß mich in Ruhe – ich muß jetzt arbeiten!" Nie konnte ich ihnen etwas gründlich erklären, wenn sie mich fragten. Bei Streit mischte ich mich des lieben Friedens willens sehr schnell und meist ungerecht ein. Da ich merkte, wie die Kinder unter allem zu leiden hatten, ärgerte ich mich über mich selbst, aber das verbesserte die Lage überhaupt nicht.

Einen Kindergartenplatz zu bekommen, schaffte ich nur, weil eine Lehrerin ihre guten Beziehungen für mich einsetzte und die Wartezeit verkürzte. Der Platz verschlang aber 1/3 meines verdienten Geldes, so daß kaum 200 DM netto monatlich bei all der Arbeitshetze am Schluß für uns übrig blieben.

Gerade, weil ich nie richtig Zeit für meinen Sohn hatte, klammert er sich besonders ängstlich an mich, weint viel, wenn ich weggehen muß und ist mit anderen Kindern unverträglich. Ein drittes Kind ist bei uns finanziell und nervlich überhaupt nicht drin, schon die beiden Kinder sind für uns eine große Belastung – und das, obwohl ich Kinder sehr gerne mag und auch gerne mehr hätte.

So wie mir geht es allen Frauen, die bei OTTO zur Aushilfe arbeiten. Keine ist dort aus Spaß oder weil sie sich emanzipieren und ihre Persönlichkeit entfalten will. Wir müssen arbeiten, weil wir das Geld dringend brauchen. Und obwohl wir diese Arbeit hassen, weil sie uns die Zeit für unsere Familie und die Nerven stiehlt und doch nicht viel einbringt, haben wir jeden Tag Angst, daß wir die Arbeitsstelle verlieren. Wir sind jeden Tag kündbar. Unsere Arbeitsverträge laufen nur über 4 bis 6 Wochen und müssen dann erneuert werden, was oft verzögert wird. Bei längerer Krankheit einer Arbeiterin ist der Betrieb schnell "aus dem Schneider", weil mit Ablaufen des Vertrages die Firma OTTO kein Krankengeld zu zahlen braucht. Sie hält sich ein Heer von billigen Arbeitskräften, die wenig soziale Unkosten verursachen und die wegen der wachsenden Arbeitslosigkeit ständig austauschbar sind und unter Druck gesetzt werden können. Wer aus irgendwelchen Gründen – wie z. B. krankes Kind, dringende Familienangelegenheiten – abends mal zu Hause bleiben muß, wird gleich mit Rausschmiß bedroht. Am Fließband ist es ähnlich: wir arbeiten zwar keinen Akkord – wir kontrollieren zurückgesandte Waren – aber bei den kleinsten Fehlern und auch sonst werden wir sofort von den Vorarbeiterinnen ausgemeckert.

Ich sah meine Situation in den letzten Jahren als ziemlich ausweglos an, vor allem auch, was die Lebenschancen für meine Kinder anbelangte. Die Kampagne gegen den § 218 hat mir zum erstenmal wieder richtig Mut gemacht. Ich habe erkannt: wenn wir uns gemeinsam gegen diese sozialen Zustände zur Wehr setzen, können wir unsere Lage verbessern und die herrschenden Zustände beseitigen. Ich habe zum erstenmal seit langem wieder mit Freude eine Sache getan: Unterschriften gegen den § 218 zu sammeln – und dabei viel Erfolg gehabt. In meiner Abteilung habe ich eine Liste am Fließband entlanggeschickt und fast alle Frauen haben unterschrieben. Sogar die Vorarbeiterin mußte unter dem Druck der Mehrheit ihren Namen darauf setzen.

Gerade die Arbeiterinnen wissen, was für eine zusätzliche Schikane dieser Paragraf für uns ist. Wir werden mit Strafe bedroht von denen, die diese sozialen Zustände schaffen und uns also zur Abtreibung zwingen. Eigentlich müßten die bestraft werden, die solche Zustände aufrechterhalten und uns davon abhalten, soviel Kinder zu bekommen, wie wir eigentlich wollen und sie mit der dafür notwendigen Zeit und Kraft zu erziehen.

Tagessprecherwahlen an der Berufsschule

# Der Kollege mit dem Programm wurde gewählt

**Wiesbaden. In der vergangenen Woche fanden an der Kerschensteiner-Berufsschule Tagessprecherwahlen statt.**

Die Situation, unter der sie stattfinden, ist gekennzeichnet durch eine zunehmend verschlechterte Ausbildung der Arbeiterjugend. Viele, die nach dem Urlaub auf dem Stundenplan schauten, mußten feststellen, daß der Unterricht gegenüber dem letzten Jahr noch weiter zusammengestrichen worden ist. So hat z. B. eine Chemiefacharbeiter-Klasse nur noch 7 Stunden Berufsschule. Viele Klassen und selbst die Lehrer wissen noch gar nicht, wann sie überhaupt Unterricht haben, da der Gesamtstundenplan der Schule scheinbar noch nicht fertiggestellt worden ist. Um diese chaotischen Zustände zu rechtfertigen, wird gesagt, der stellvertretende Direktor habe einen Herzinfarkt bekommen. Der soll nämlich den Stundenplan machen. Aber offensichtlich liegt das nicht daran, sondern daß Lehrer fehlen und zuwenig Stunden gegeben werden.

Eine große Zahl von Schülern muß nach dem anstrengenden Unterricht noch in den Betrieb. Das stinkt allen.

Die Ausbildung in den Betrieben ist auch nicht wesentlich besser. In den meisten Kleinbetrieben und Klitschen gibt es weder Lehrwerkstätten noch Werksschulen, und die Lehrlinge werden von Anfang an in der Produktion eingesetzt, wobei sie gerade die wichtigsten Handfertigkeiten erlernen. Das Resultat sieht man bei den Abschlußprüfungen. Von den Friseuren sind 70 Prozent durchgefallen – von 50 haben nur ca. 15 die Prüfung geschafft.

In den Großbetrieben ist es mit der Ausbildung nicht viel besser. Kommen die Lehrlinge nach der Anfangszeit aus den Lehrwerkstätten in die Betriebe, dann machen sie in der Produktion entweder die gleiche Arbeit wie die älteren Kollegen, machen Handlangerdienste oder stehen einfach nur herum.

Auf der Versammlung zur Tagessprecherwahl hielt ein Lehrling einen Redebeitrag, in dem dieser die jetzigen Verhältnisse anprangerte und ein Programm zur Tagessprecherwahl vorschlug:

"1. Wir haben zuwenig theoretischen Unterricht und selbst der wird ständig gekürzt. Nach vier oder fünf Schulstunden müssen wir noch in den Betrieb, obwohl die Schule ganz schön schlaucht. Es fehlen Lehrer für ausreichenden Unterricht, obwohl es genug Lehramtsanwärter gibt. Deshalb: 12 Stunden Berufsschule pro Woche an zwei arbeitsfreien Tagen und Einstellung aller Lehramtsanwärter und ausgebildeten Referendare.

2. Oft müssen wir Lernmittel von unserem wenigen Lehrlingslohn zahlen. Wir fordern: Bereitstellung aller Lehr- und Lernmittel durch die Schule.

3. Die Zahl der Jugendlichen ohne Arbeit und Ausbildung wird immer größer. Deren miserable Lage nutzen die Unternehmer aus, um Druck auf die Lehrlinge auszuüben. Sie versuchen also, Lehrlinge und arbeitslose gegeneinander auszuspielen. Erreichen können wir jedoch nur dann etwas, wenn wir gemeinsam mit den arlosen Jugendlichen für unsere Forderungen eintreten. Deswegen: Anerkennung aller Jugendlichen, die keine Arbeit finden, als Arbeitslose! Recht für jugendliche Arbeitslose wie auch für jugendliche Hilfsarbeiter auf Teilnahme an einer Facharbeiterklasse ihrer Wahl in der Berufsschule! Recht auf Unterricht in solchem Umfang, daß sie die Facharbeiterprüfung ablegen können!"

Zwei andere Kandidaten stellten sich ebenfalls auf das Programm, während einer das Programm nur große Worte nannte, daß es nichts nützen würde. Er hatte großen Beifall. Daraufhin wurde er aber heftig von einer Friseuse angegriffen, die sagte, daß seine Kritik nur große Worte seien und sie unterstütze das Programm. Auch sie erhielt Beifall. Anschließend nahm noch einmal der Kandidat mit dem Programm zur Kritik Stellung.

Er nahm sich noch einmal jeden Programmpunkt vor und verglich ihn mit der konkreten Situation der Berufsschule. Er vertrat, daß die einzelnen Forderungen geeignet sind, um Lehrlinge und arbeitslose Jugendliche im Kampf gegen die beschissene Ausbildung zusammenzufassen und machte Vorschläge, welche Schritte demnächst durchzuführen sind, um den Kampf aufzunehmen. Er schlug vor, die Situation genau zu untersuchen, die Lage der Klassen in einem Bericht zusammenzufassen, auf einer Versammlung die Lage zu besprechen und die Forderungen aufzustellen. Mit dem Bericht über die Lage der Ausbildung und den Forderungen sollte man sich an die Öffentlichkeit wenden, um die Bevölkerung für die Forderungen zu gewinnen, weiterhin könnte man eine Demonstration durchführen, wie es die Bielefelder Berufsschüler getan haben und man soll sich an den Aktivitäten des DGB beteiligen.

Anschließend wurde gewählt. Der Kollege mit dem Programm erhielt 50 Stimmen, ein anderer, der es unterstützte, 17 Stimmen und der Gegner des Programms 12 Stimmen.

Das Ergebnis zeigte klar: die Arbeiterjugendlichen wollen sich mit der miserablen Ausbildung nicht abfinden, sondern wollen kämpfen. Die Forderungen des Programms werden eine gute Grundlage dazu bieten. – (D., aus: Ortsbeilage Wiesbaden, KVZ Nr. 33/75)



Über ein Drittel aller Arbeitslosen erhalten gegenwärtig weder Arbeitslosenunterstützung noch Arbeitslosenhilfe. Betroffen davon sind vor allem die Schulabgänger, die keine Lehrstelle finden. Dies führt dazu, daß sie weiterhin auf das Geld der Eltern angewiesen sind, wodurch sich die Lebenslage für viele Arbeiterfamilien zusätzlich verschlechtert.

Gewerbeschule 1 Hamburg:

# 'Die Forderung nach zwei Stunden Sport geben wir nicht auf'

**Am Donnerstag, dem 14. August, fand an der Gewerbeschule 1 in Hamburg ein zweistündiger Warnstreik statt für die Forderung nach zwei Stunden Sport in der Woche (siehe KVZ Nr. 33). Wie ging es weiter?**

Auf den Streik reagierte der Schulleiter mit einem Brief an den Blocksprecher, in dem er darauf hinwies, daß ein Schulstreik rechtswidrig sei und der Schülerrat die Verantwortung dafür trage. Weiter schlug die Behörde den Lehrern und dem Schulleiter vor, an alle Schüler Verweise auszuteilen und die Betriebe zu benachrichtigen. Auf einer kurzfristig einberufenen Lehrerkonferenz, die noch nicht einmal abstimmungsberechtigt war, lehnten die Lehrer diese Vorschläge ab mit der Begründung: Sonst entscheidet doch auch immer die Schulbehörde, dann soll sie das doch auch diesmal tun. In den folgenden Tagen ist dann gar nichts mehr gekommen, und es sieht so aus, daß die Behörde hofft, daß die Bewegung im Sande verläuft.

In der Schülerschaft war es zunächst so, daß wir auf Maßnahmen von der Behörde warteten. Als aber nichts kam, haben wir uns im Schülerrat und in der Klasse überlegt: Was machen wir jetzt? Dabei gab es die unterschiedlichsten Auffassungen. Einige waren fest entschlossen, ähnliche Aktionen zu wiederholen, auch auf die Gefahr hin, daß es Verweise gibt. Andere waren sich unsicher und sagten: Lohnt sich der ganze Aufwand und das Risiko für die zwei Sportstunden? Und wieder andere sind der Ansicht, daß wir uns die zwei Sportstunden sowieso nicht erkämpfen können.

Festgestellt werden konnte, daß der Wunsch nach den zwei Stunden Sport weiter groß ist.

In den Auseinandersetzungen wiesen wir darauf hin, daß der Senat unsere Ausbildung immer weiter verschlechtert, wie z.B. durch die Streichung der kleinen Lernmittelfreiheit, und daß wir das nicht hinnehmen dürfen und uns deshalb auch an diesem konkreten Punkt dagegen wehren müssen. Wir sagten auch immer wieder, daß ein Erfolg möglich ist, weil eine breite Einheit hinter der Forderung steht, und daß die Behörde wenig machen kann, solange wir einheitlich vorgehen.

Noch haben wir aber keine Einheit in einem neuen Kampfschritt herstellen können. Aber es ist auch nicht so, daß wir sagen könnten: Jetzt ist der Ofen aus.

So hat sich eine Klasse am Mittwoch eine Stunde Sport genommen und an den Schulleiter Schmiedgen einen Brief geschrieben, in dem ihm mitgeteilt wird, daß sie dafür am Freitag eine Stunde früher gehen. Sie haben ihm die Möglichkeit offengelassen, mit der Klasse am Freitag in der letzten Stunde zu diskutieren. Eine Antwort wollten sie bis Donnerstag 12 Uhr haben. Punkt 12 Uhr erschien dann auch Schmiedgen in der Klasse und versuchte mit einer Diskussion die Schüler davon abzuhalten, zu gehen. Als dies aber nichts fruchtete, drohte er jedem Schüler einen Verweis an, wenn sie das Schulgelände verlassen würden. Daraufhin haben die Schüler das Schulgelände nicht verlassen, aber sie haben sich am Freitag in der letzten Stunde auf den Rasen in der Schule gestellt mit dem Transparent: Mindestens zwei Sportstunden für alle Berufsschüler!

Eine weitere Klasse hat diese Aktion unterstützt, indem sie sich während der Unterrichtszeit mit auf den Rasen stellte. Insgesamt hat diese Aktion unter den Kollegen Sympathie hervorgerufen.

Weiter ist an unserer Schule folgendes passiert:

Wie in der letzten KVZ schon berichtet, hat der Senat die kleine Lernmittelfreiheit gestrichen. Dies wirkt sich an unserer Schule so aus, daß wir alles selbst zahlen müssen (Zeichenbretter, Rechenschieber, Papier usw.). Gegen diese Maßnahmen ist auch auf der letzten Vollversammlung eine Resolution verabschiedet worden mit nur einer Gegenstimme und wenigen Enthaltungen.

Eine Klasse hat jetzt damit angefangen, sich dem zu widersetzen. So kam der Zeichenlehrer in die Klasse und hat der Klasse versucht klarzumachen, daß ab jetzt sie das Zeichenpapier selbst mitbringen müßten. Nach kurzer Diskussion kamen dann die Schüler zu dem Entschluß: Das geht nicht. Sie sind dann geschlossen zum Schulleiter runtergegangen, der aber leider nicht da war. Sie haben sich deshalb an seinen Stellvertreter gewandt, der nur noch große Augen machen konnte, als er alle vor sich sah. Er ist dann auch ohne jegliche Diskussion sofort zum Papierlager gegangen und hat der Klasse Zeichenpapier gegeben. – (b., Hamburg)

# Gegen die Saalveranstaltung – Für eine zentrale Demonstration

Der Jugendausschuß des DGB-Frankfurt hat sich in einem Brief an den DGB-Bundesvorstand gegen dessen Beschluß ausgesprochen, keine zentrale Demonstration gegen die Folgen der Jugendarbeitslosigkeit und für eine bessere Berufsausbildung durchzuführen. Der Jugendausschuß stellt in seinem Brief fest:

"Die Erfahrungen der Gewerkschaftsbewegung haben gezeigt, daß eine "Saalveranstaltung" zur Durchsetzung unserer Forderungen in keiner Weise ausreicht. Die Aktionen zu den JV-Rausschmissen bestätigen dieses.

Der DGB und die Einzelgewerkschaften müssen massiv für die Durchsetzung unserer Forderungen eintreten, da erst mit der Erfüllung der Forderungen die Möglichkeit gegeben ist, jugendlichen Arbeitslosen zu helfen und genügend qualifizierte Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, damit alle Jugendlichen eine qualifizierte Berufsausbildung erhalten.

Im Antrag A 221 vom DGB-Bundeskongreß wird noch einmal die Notwendigkeit von Demonstrationen und Kundgebungen für unsere Forderungen zum Ausdruck gebracht.

Deshalb fordern wir den DGB-Bundesvorstand auf, noch in diesem Jahr eine zentrale Demonstration auf Bundesebene für eine Reform der Beruflichen Bildung zu organisieren.

Nur mit Aktionen auf breitester Basis werden wir unsere berechtigten Forderungen durchsetzen können.

**Hamburg.** Der Jugendarbeitskreis Hamburg der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) hat die Absetzung der zentralen Demonstration und die Umwandlung in eine Saalveranstaltung kritisiert und hat in einem Schreiben den DGB-Bundesvorstand aufgefordert, den Beschluß "noch einmal zu überdenken".

**Hamburg.** Die Teilnehmer des Vorbereitungsseminars zur Hamburger Kreisjugendkonferenz vom 23./24.8.75 forderten in einer einstimmig gefaßten Resolution den DGB-Bundesvorstand auf, entsprechend den ursprünglichen Vorstellungen des Bundesjugendausschusses im Herbst dieses Jahres eine bundeseinheitliche Demonstration zur Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsmisere durchzuführen. In der Begründung heißt es unter anderem: "Angesichts wachsender Jugendarbeitslosigkeit und der Tatsache, daß die Berufsausbildung unter der Verfügungsgewalt der Unternehmer und ihrer Kammern gescheitert ist, ist es für die Gewerkschaftsjugend unerläßlich, ihre Forderungen in die Öffentlichkeit zu tragen."

# Arbeitslosenausschuss nimmt Arbeit auf

**Gewerkschaftliche Vertrauensleute werden mitarbeiten/Arbeitslosenausschuß des DGB Hildesheim**

**Hildesheim.** Der DGB-Kreisvorstand hat auf Initiative der Jugend hin Forderungen zur Verbesserung der Ausbildung und gegen die Folgen der Jugendarbeitslosigkeit aufgestellt:

– Die Arbeitslosen müssen sich in der Gewerkschaft organisieren können

– Zwölf Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Wochentagen

– Arbeitslose Schulabgänger müssen in der Berufsschule am Unterricht in einer Facharbeiterklasse ihrer eigenen Wahl teilnehmen können und Unterricht in einem solchen Umfang erhalten, daß sie die Facharbeiterprüfung ablegen können

– Angliederung von Ausbildungsstätten an die Berufsschule

– Zugangs- und Inspektionsrecht für Gewerkschaften und Betriebsräte

– Wir müssen uns in Zukunft dafür einsetzen, daß die Jugendlichen einen Existenzlohn bekommen, kurzfristig aber sollen die arbeitslosen Jugendlichen ein Arbeitslosengeld in Höhe der durchschnittlichen Ausbildungsvergütung erhalten.

Die Forderungen wurden auf einem Flugblatt zusammengefaßt und das erste Mal am 1. Mai verteilt. Ein Jugendlicher legte in seiner Rede die Forderungen dar und rief zur breiten Diskussion in der Öffentlichkeit auf und zur Teilnahme an den Veranstaltungen des DGB-Kreisjugendausschusses.

Die DGB-Jugend informierte in den darauf folgenden Tagen die Öffentlichkeit über die Jugendarbeitslosigkeit und die Ausbildungsmisere durch Informationsstände in der Stadt. Daraufhin wurde in mehreren Stadtteilen ein Film gezeigt, der den erfolgreichen Kampf von den Belegschaften eines multinationalen Konzerns in verschiedenen Ländern zeigt um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze.

Der DGB-Kreisvorstand Hildesheim hat beschlossen, einen "Arbeitskreis zur Berufsausbildung und Jugendarbeitslosigkeit" einzurichten. Dieser trifft sich das erste Mal am 2. September um 17 Uhr im DGB-Jugendheim. In diesem Arbeitskreis – wir nennen ihn Arbeitslosenausschuß – werden neben jugendlichen Arbeitslosen auch Erwachsene mitmachen.

Gerade aufgrund der bevorstehenden Lohnauseinandersetzung und der großen industriellen Reservearmee ist es die wesentliche Aufgabe des Arbeitslosenausschusses, die Einheit zwischen Arbeitern in Arbeit und Arbeitern ohne Arbeit herzustellen. Dies muß geschehen, indem die Arbeitslosen in der Gewerkschaft organisiert werden und dort auch mitarbeiten.

Es ist deshalb wichtig, daß über die Vertrauensleutekörper der Kontakt und die Zusammenarbeit mit den arbeitslosen Kollegen erhalten bleiben. Beschlüsse des Vertrauensleutekörpers über Tarifforderungen und Kampfmaßnahmen sollten von den Vertrauensleuten in den Arbeitslosenausschuß hineingetragen werden und können dort unterstützt werden. Deshalb werden in Hildesheim auch gewerkschaftliche Vertrauensleute im Arbeitslosenausschuß mitmachen. Sie können den Kollegen ohne Arbeit verdeutlichen, wie die Situation im Betrieb ist, und die Vorschläge des Vertrauensleutekörpers, wie der Arbeitslosenausschuß den Kampf der Kollegen im Betrieb unterstützen kann, aufzeigen, oder gemeinsam werden Maßnahmen diskutiert. Die Forderungen und Vorschläge des Arbeitslosenausschusses müssen auch unbedingt in die Betriebe und in die Öffentlichkeit getragen werden, durch Veranstaltungen, über die örtliche Presse und durch die Gewerkschaftszeitungen. Zu Tarifversammlungen sollten wir auch immer Kollegen aus dem Arbeitslosenausschuß einladen, denn so können wir die falsche Bescheidenheit bei Lohnforderungen "wegen der Solidarität mit den Arbeitslosen" am leichtesten zurückdrängen. Mit solchen Maßnahmen werden wir die gewerkschaftliche Organisierung unter den Arbeitslosen vorantreiben.

Der DGB wird den Arbeitslosenausschuß über die örtliche Presse bekanntmachen, an der Berufsschule werden Aushänge gemacht, ebenso im Arbeitsamt; außerdem existiert eine Liste von jugendlichen Arbeitslosen, zu denen von den jungen Kollegen aus den Einzelgewerkschaften Kontakt aufgenommen wird. – (Ein Gewerkschaftskollege aus Hildesheim)

# Bundesregierung: Parasitentum als Ideal

**Monopolisierung des Kapitals und Kapitalexport sind Kennzeichen des Imperialismus als höchstem Stadium des Kapitalismus. Diese Tendenzen bestimmen auch die Wirtschaft des westdeutschen Imperialismus (vgl. KVZ Nr. 32/75). Ein weiteres Kennzeichen ist das Parasitentum der herrschenden Klasse. Sie entwickelt zunehmend die Mentalität von Couponschneidern.**

Dieses Ideal hat die SPD und die jetzige Bundesregierung zum Programm erhoben. Trotz Konjunkturprogrammen ist ihr langfristiges Ziel nicht die Entwicklung der Produktion in Westdeutschland, sondern die Umwandlung Westdeutschlands in ein Paradies von Parasiten, die im Ausland für sich produzieren lassen und im Inland sich bedienen lassen. Nicht anders ist es zu verstehen, wenn Bundeskanzler Schmidt vor kurzem zum "Umdenken" aufgerufen und vom "Heraufziehen eines neuen Zeitalters" gesprochen hat, in dem "Volkswirtschaften wie die deutsche im wesentlichen Patente, Verfahrenstechniken und Blaupausen exportieren werden". Eine Handvoll Kapitalisten, die es sich gut gehen läßt, ein paar Regimenter von hochqualifizierten Forschern, die für die Kapitalisten Ideen "produzieren", und ein Heer von Bediensteten der Kapitalisten, und all dies auf dem Rücken der Entwicklungsländer – das ließe sich Bundeskanzler Schmidt als "neues Zeitalter" gefallen.

Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts hat der englische Kritiker des Imperialismus, Hobson, eine solche "Perspektive" sich herausbilden sehen: "Der größte Teil Westeuropas könnte dann das Aussehen und den Charakter annehmen, die einige Gegenden in Süd-England, an der Riviera sowie in den von Touristen am meisten besuchten und von den reichen Leuten bewohnten Teilen Italiens und der Schweiz bereits haben: ein Häuflein Aristokraten, die Dividenden und Pensionen aus dem Fernen Osten beziehen, mit einer etwas größeren Gruppe von Angestellten und Händlern und einer noch größeren Anzahl von Dienstboten und Arbeitern im Transportgewerbe und in den letzten Stadien der Produktion leicht verderblicher Waren; die wichtigsten Industrien wären verschwunden, die Lebensmittel und Industriefabrikate für den Massenkonsum würden als Tribut aus Afrika und Asien kommen."

Gerade davon träumt auch Kanzler Schmidt und die Regierung. Freilich, wie der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Volker Hauff vom Bundesforschungsministerium feststellt: "Diese Entwicklung kommt nicht von alleine. Wir müssen auf sie zuarbeiten, und zwar Staat und Wirtschaft gemeinsam." (Die Welt, 14. August 1975) Notwendig ist dafür die Verstärkung des Kapitalexports, und notwendig sind große Investitionen in Forschungsvorhaben und Wirtschaftsbereiche, die teuer verkaufbare "Patente, Verfahrenstechniken und Blaupausen" versprechen. "Diese strategische Operation kann nur gelingen, wenn Staat und Wirtschaft ein neues Verhältnis zueinander finden. Ich glaube, daß die Bereitschaft dazu wächst. Das zeigen viele Gespräche mit verantwortlichen Unternehmern." (Die Welt, 14. August 1975) Wahrlich seltsam wäre es auch, wenn "verantwortliche Unternehmer" nicht bereit wären, Steuergelder in Anspruch zu nehmen als Garantien und Subventionen für Kapitalexport und Forschungsvorhaben, mit deren Hilfe sie besser ins Auslandsgeschäft einsteigen können. Der Staatssekretär hat auch schon ein gutes Beispiel für seine Pläne: "Ein Beispiel für eine gelungene staatliche Förderung mit anschließender schrittweiser Übertragung der Kenntnisse und Verantwortung auf den industriellen Partner ist die Entwicklung der Kernindustrie: Die Leichtwasserreaktoren der KWU (= Kraftwerksunion, die Red.) sind heute international konkurrenzfähig, wie der gerade besiegelte Großauftrag nach Brasilien zeigt." Kein Zweifel, die bürgerlichen Politiker gehen zielstrebig daran, eine Perspektive zu verwirklichen, die Hobson um die Jahrhundertwende so beschrieb:

"Wir haben die Möglichkeit einer noch umfassenderen Vereinigung der westlichen Länder angedeutet, eine europäische Föderation der Großmächte, die, weit entfernt, die Sache der Weltzivilisation voranzubringen, die ungeheure Gefahr eines westlichen Parasitismus heraufbeschwören könnte: eine Gruppe fortgeschrittener Industrienationen, deren obere Klassen aus Asien und Afrika gewaltige Tribute beziehen und mit Hilfe dieser Tribute große Massen gefügigen Personals unterhalten, die nicht mehr in der Produktion von landwirtschaftlichen und industriellen Massenerzeugnissen, sondern mit persönlichen Dienstleistungen oder untergeordneter Industriearbeit unter der Kontrolle einer neuen Finanzaristokratie beschäftigt werden."

Kein Zweifel, daß die imperialistische Bourgeoisie gerade solchen Wunschträumen nachhängt. Aber obwohl sie durchaus Schritte in diese Richtung unternimmt und gegenwärtig einen neuen Anlauf nehmen will, um ihr Ideal zu verwirklichen, bleibt diese Perspektive letztlich ein leerer Wunschtraum. Lenin hat seinerzeit zu der Voraussage Hobsons folgendermaßen Stellung genommen: "Der Verfasser hat vollkommen recht. **Würden** die Kräfte des Imperialismus nicht auf Widerstand stoßen, so würden sie eben dahin führen." Aber die Kräfte des Imperialismus stoßen notwendig auf Widerstand. Sie stoßen auf den Widerstand der Arbeiterklasse, die durch den Imperialismus und insbesondere durch den Kapitalexport immer mehr ihrer Existenzgrundlage beraubt wird, und sie stoßen auf den Widerstand der Völker der Dritten Welt, die immer weniger bereit sind, Tribut zu zahlen an die "oberen Klassen" einiger fortgeschrittener Industrienationen. Der Imperialismus hat durch seine Machenschaften die Völker der Dritten Welt gerade in die Geschichte hineingerissen; zunehmend sind sie erwacht, wehren sich gegen die politische Unterdrückung und die wirtschaftliche Tributzahlung. Durch ihren Widerstand gegen den Imperialismus sind sie zu einer Haupttriebkraft der Geschichte geworden, an der die Wunschträume der imperialistischen Parasiten zerschellen werden und bereits zu zerschellen beginnen. Die Erdölländer haben hier ein historisches Zeichen gesetzt.

Aber auch die Arbeiterklasse der imperialistischen Länder wird sich niemals mit einer Perspektive abfinden, die für sie Arbeitslosigkeit oder das würdelose Dasein eines Bediensteten der herrschenden Klasse verspricht. Sie wird dies um so weniger, weil diese ganze Perspektive auf der verschärften Ausbeutung der Masse der Arbeiterklasse beruht. Das Kapital, das exportiert werden soll, muß schließlich erst durch die Arbeitermassen der imperialistischen Länder produziert werden. Daß die Arbeiterklasse sich nicht mit der ihr zugedachten Perspektive abfinden wird, ahnt auch der sozialdemokratische Staatssekretär. Er meint:

"Freilich wird es immer unterschiedliche Auffassungen geben. Niemand kann von einem Textilarbeiter verlangen, daß er die Abschaffung seines Arbeitsplatzes empfiehlt." Obwohl der Herr Staatssekretär gerade dies tut und die von ihm empfohlene "strategische Operation" gerade darauf hinausläuft, ein Paradies für die Kapitalisten und die Hölle für die Massen zu schaffen, schreibt er: "Unterschiedliche Interessen und Ansichten müssen unmißverständlich vertreten werden. Deswegen brauchen wir starke und handlungsfähige Gewerkschaften." Unter starken und handlungsfähigen Gewerkschaften versteht er aber Gewerkschaften, deren Führung selber durch die imperialistischen Parasitenträume infiziert ist und sich selbst längst in Parasiten verwandelt hat und deshalb die Perspektive der Kapitalisten teilt. Für die Arbeiterklasse kommt es angesichts dieser Perspektiven und der herrschenden Verhältnisse darauf an, ihre Interessen in der Weise zu vertreten, daß sie **durchgesetzt** werden. Das geht, wenn die Arbeiterklasse mit dem Imperialismus und dem Parasitentum der herrschenden Klasse Schluß macht, indem sie die Herrschaft der Bourgeoisie stürzt und den Imperialismus besiegt. Dabei findet sie in den Völkern der Dritten Welt hervorragende Verbündete. – (js)

# Schon unter der CDU Regierung: Haushaltssicherungsgesetz 1965

**Die Kapitalisten gewährten der Regierung 1965 keine Kredite mehr/ Bezahlen mußten die Lohnabhängigen und das Volk**

**Die Bundesregierung will ein Haushaltssicherungsgesetz verabschieden lassen. Sie nennt es anders, aber es ist eines. Ein solches Gesetz gab es vor zehn Jahren schon einmal. Damals wurde es von der Regierung Erhard/Mende aus CDU und FDP vorgelegt. Zwischen beiden Vorgängen werden jetzt oft Vergleiche angestellt.**

In der Begründung für das "Gesetz zur Sicherung des Haushalts", das im Dezember 1965 im Bundestag beraten und beschlossen wurde, heißt es: *"Für das Rechnungsjahr 1966 ergaben sich für den Haushaltsausgleich besondere Schwierigkeiten: Auf der einen Seite sollte aus konjunkturpolitischen Gründen eine Steigerung über die Zunahme des Bruttosozialprodukts hinaus vermieden werden ... Auf der anderen Seite standen Mehraufwendungen, die insbesondere durch Beschlüsse des Bundestags am Ende der vierten Legislaturperiode (also kurz vor der Bundestagswahl 1965) verursacht wurden. Die Bundesressorts hatten für 1966 insgesamt 12,7 Milliarden DM Mehrforderungen angemeldet, denen lediglich 5,5 Milliarden DM Mehreinnahmen gegenüberstanden."*

Bereits im ersten Halbjahr 1965 waren die Ausgaben des Bundes um 12 Prozent gestiegen, und bis Oktober stellte sich für Bund und Länder ein Defizit von 3,5 Milliarden DM ein. Die Kasse des Bundes hatte am Jahresende ein Defizit von 1,5 Milliarden DM, trotz gestiegener Schulden.

## Auch damals: Die Kapitalisten diktierten die Streichung

An einem so hohen Defizit aber konnte der Kapitalistenklasse nicht gelegen sein. Wenn die Ausgaben des Staates die Einnahmen überschreiten, so wird Geld in Umlauf gebracht, ohne daß gleichzeitig auch neue Waren auf den Markt kommen. Dadurch werden die Preise hochgetrieben. Bereits jetzt betrug die Steigerung der Lebenshaltungskosten 4,2 Prozent, was damals ein neuer Höhepunkt war. Vor allem für das Exportgeschäft, das für die westdeutschen Kapitalisten lebensnotwendig ist, war dies ungünstig. Der Exportüberschuß sank auf 1,2 Milliarden DM gegenüber 6 Milliarden DM 1964. Außer in Großbritannien stiegen in den anderen wichtigen kapitalistischen Ländern die Industriepreise weniger schnell.

Nach Angaben des Sachverständigenrats stieg die Kreditaufnahme des gesamten Staatsapparates in einem einzigen Jahr um 25,6 Prozent.

Mehr Geld wollten die Banken nicht mehr anlegen, an einer größeren Aufblähung der Staatsfinanzen und -kredite waren sie nicht interessiert. *"Ursache für die Entwicklung des Bundeshaushaltes ist dann im wesentlichen die ... nicht vorgesehene schlechte Entwicklung des Kapitalmarktes gewesen, die es nicht zuläßt, etwa 600 Millionen DM an Kreditmitteln, die im Bundeshaushalt vorgesehen sind, unterzubringen"*, berichtete der damalige Finanzminister Dahlgrün im Bundestag, ebenso der CDU-Abgeordnete Pohle, persönlich haftender Gesellschafter der Friedrich Flick KG.

Drastische Einschränkungen waren also erforderlich, sollte 1966 nicht der "Staatsbankrott" eintreten. *"Das Haushaltssicherungsgesetz ist die Voraussetzung für die Aufstellung des Bundeshaushalts 1966"*, erklärte der Finanzminister; man könne also auch nicht von Sparen sprechen: *"Es ist ein Einschränkungsprogramm, kein Sparprogramm."*

Dies alles war kurz nach den Bundestagswahlen. Vor der Wahl hatten die Regierungsparteien nochmal kräftig in die Steuerkasse gelangt. Allein 16 Milliarden DM wollten einige CDU-Abgeordnete den Kapitalisten als "Entschädigung von Reparationsschäden" zukommen lassen. Dies allerdings war dann doch zu dick und scheiterte. In einem vertraulichen Brief an die Kapitalisten stellte die CDU-Geschäftsführung diese Gaunerei als besonders wirkungsvoll dar. *"Die Häufung von Gesetzgebungsbeschlüssen ... in der Schlußphase einer jeglichen Legislaturperiode entsprich dem normalen Arbeitsrhytmus eines auf Zeit gewählten Parlaments"*, führte der Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Leicht, bei der Debatte im Bundestag aus.

So waren kurz vor der Wahl noch in 56 Gesetzen Ausgaben von rund 6 Milliarden DM beschlossen worden. Auch die SPD, damals noch Oppositionspartei im Bundestag, hatte sämtlichen Gesetzen zugestimmt. Ihr Fraktionsvorsitzender Erler verteidigte dies gegen die Vorhaltungen der CDU so: *"Wer hat hier im Haus die Mehrheit? Sie haben nur darauf gewartet, daß Sie eine Reihe der von Ihnen beabsichtigten Geschenke gegen unseren Widerstand hätten beschließen und dann außerdem noch draußen im Lande die betroffene Bevölkerung gegen uns hätten aufhetzen können."*

Vor der Wahl meinte der damalige Bundeskanzler Erhard, auf die bedrohliche Finanzlage angesprochen: *"Nehmen Sie es nicht ernst, nehmen Sie es heiter."* Nach der Wahl legte er mit dem Regierungsprogramm gleich sein Haushaltssicherungsgesetz vor. Einerseits waren Kürzungen der Staatsausgaben unumgänglich geworden, andererseits sollte der Wahlbetrug vollendet werden. Vier Tage lang, vom 29. November bis zum 2. Dezember, stritten CDU, FDP und SPD, wer am freigiebigsten mit den Steuergeldern umgesprungen ist bzw. umgesprungen wäre, wenn er gekonnt hätte.

## Die Einsparungen trafen Lohnabhängige und Bauern

Für 1965 war das Defizit nicht mehr zu beheben, so sollten für 1966 wenigstens Ausgaben von 3,2 Milliarden DM im voraus gestrichen werden. Dazu das Haushaltssicherungsgesetz. Den Bauern und Werktätigen wurden Zahlungen gestrichen, auf die ihnen gesetzlicher Anspruch zugesichert war. Vor allem folgende Gesetze wurden dazu wieder rückgängig gemacht:

1. zur Verbesserung der Subventionen für die Landwirtschaft (EWG-Anpassungsgesetz), in Kraft getreten am 9.9.1965, Einsparung 260 Millionen DM;
2. zur Erweiterung der Bestimmungen des Mutterschutzgesetzes, in Kraft getreten am 24.8.1965, Einsparung 260 Millionen DM;
3. zur Einführung einer Ausbildungszulage (Gesetz zur Anwendung und Ergänzung des Bundeskindergeldgesetzes), in Kraft getreten am 1.4.1965, Einsparung 150 Millionen DM;
4. zur Unterstützung der beruflichen Leistungsförderung (Leistungsförderungsgesetz), in Kraft getreten am 24.8.1965, Einsparung 50 Millionen DM.

Die Bundesregierung hatte darüberhinaus am 1. Juli 1965 vor dem Bundestag fest zugesagt, die Beamtengehälter 1966 in zwei Raten, am 1.1. und am 1.6.1966, um jeweils 4 Prozent zu erhöhen. Die zweite Erhöhung wurde aber erst am 1.10.1966 durchgeführt, wodurch sich eine Einsparung für den Bundeshaushalt von 260 Millionen DM ergab.

Einzige Maßnahme, von der auch die Angehörigen der Kapitalistenklasse betroffen gewesen sein dürften, war die Erhöhung der Schaumweinsteuer um 50 Prozent und des Branntweinmonopols um 20 Prozent; zusammen Mehreinnahmen für 1966 von 380 Millionen DM. Weitere 750 Millionen DM holte sich der Staatsapparat in Form einer Zwangsanleihe bei den Sozialversicherungen der Werktätigen.

Am 9. Dezember 1965 beschloß der Bundestag im Haushaltssicherungsgesetz die Rücknahme dieser Gesetze mit den Stimmen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der SPD und eines FDP-Abgeordneten.

Grundlage der Krise der Staatsfinanzen war die Krise der Profitproduktion, die mit Beginn der sechziger Jahre zunahm und 1966/67 erstmals offen zum Ausbruch kam. So wie die Krise selbst gelöst wird auf dem Rücken der Arbeiter unter Vernichtung einer Masse von Produktionsmitteln, so wird auch die einhergehende Krise der Staatsfinanzen bereinigt auf Kosten der Werktätigen.

## Das Gesetz war ein Vorbote der Krise

Damals hatte die Krise ein geringes Ausmaß gegen die heutige. Damals war das Haushaltsdefizit Vorbote, heute ist die Krise in voller Reife. Kein Wunder also, daß das neue Haushaltssicherungsgesetz das alte im Umfang übertrifft. Schon seit dem Antritt der Schmidt-Regierung sind "Reformen, die etwas kosten", gestrichen; jetzt werden Gesetze zurückgenommen, die schon jahrelang in Kraft sind.

Die Regierung Erhard hat ihr Haushaltssicherungsgesetz kein Jahr überdauert. Und auch das jetzige Gesetz wird politische Erschütterungen hervorrufen.

Damals war die CDU Regierungspartei und die SPD Oppositionspartei. Heute ist die SPD Regierungspartei und die CDU Oppositionspartei.

Letzten Sonntag konnte man in "Bild" lesen, was Helmut Kohl – CDU-Vorsitzender – meint: *"Die Regierung treibt ein unseriöses Spiel. Erst gibt sie Gelder hemmungslos aus, und jetzt steht sie vor dem Debakel. Die SPD kann einfach nicht solide mit Geld umgehen."*

Bei der Debatte im Dezember 1965 warf der heutige Bundeskanzler Schmidt der Regierung vor, man könne *"nicht daran vorbeisehen, daß vieles von dem, was versprochen wurde, eben nicht gehalten werden konnte"*. Und der Sprecher der SPD, Möller, fügte hinzu, die SPD könne nicht *"durch eine Zustimmung zu dem vorliegenden Gesetz das Versagen der bisherigen Bundesregierung decken, zumal rechtzeitige Warnungen der SPD vor dieser Finanzsituation in den Wind geschlagen worden sind"*. Wie eine CDU-Regierung verfährt, wurde damals vorgeführt. Was eine SPD-Regierung dem Volk bringt, darüber gab es damals noch keinen Nachweis. Heute gibt es auch den.

Eines ist also damals wie heute gleich. Es kommt nicht darauf an, welche der bürgerlichen Parteien die Ministersessel besitzt. – (fb)

Zitate aus dem Bundestag nach den stenografischen Berichten, Band 60

# Herr Börnsen warnt vor Mißbrauch

## "Kommunisten wollen den Protest gegen den § 218 nur ausnützen"

*"Zur Unterstützung der SPD/FDP-Vorschläge zur Reform des § 218 hat der Kieler Landtagsabgeordnete Börnsen die Komitees und Unterschriftensammler der Kampagne 'Weg mit dem § 218!' aufgerufen."* (Kieler Nachrichten, 23. August) Man sieht, der Kampf gegen den § 218 gewinnt an Breite und Tiefe. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien sehen sich gezwungen, darauf zu reagieren.

Wie nun reagiert dieser SPD-Vertreter? Hilflos reagiert er. Die Bewegung ignorieren kann er nicht. Gegen die Bewegung sich zu stellen hält er für unklug. So hofft er den immer stärker hervortretenden Widerspruch zwischen den Forderungen der Volksmassen und der Politik des bürgerlichen Staates parlamentarisch zu lösen. Das Volk solle doch die bürgerlichen Politiker in ihrem komplizierten Gesetzesvorhaben unterstützen.

Die Volksmassen sehen das anders. Ihre Forderung ist schlicht: **Der Paragraf muß weg!** Sie fragen sich, welche Partei ihre Forderungen unterstützt. Sie stellen fest, keine der bürgerlichen Parteien, nicht die SPD, nicht die FDP, nicht die CDU. Also werden sie die Forderung nach der ersatzlosen Streichung nicht mit den bürgerlichen Parteien **parlamentarisch**, sondern gegen die bürgerlichen Parteien und gegen den bürgerlichen Staat **selbständig** durchsetzen müssen.

Wer unterstützt die Forderung nach der ersatzlosen Streichung des Schandparagrafen? Dazu Herr Börnsen: *"Die Unterschriftensammler fordert der SPD-Politiker auf, sich nicht von den kommunistischen Splittergruppen an der Universität für dubiose Parolen von gestern mißbrauchen zu lassen."* (Kieler Nachrichten, 23. August) Tatsache ist, alle bürgerlichen Politiker sind Feinde der Forderungen des Volkes. Tatsache ist, allein die Kommunisten unterstützen die Forderungen des Volkes nach ersatzloser Streichung und Volksentscheid. Forderungen von gestern nennt Herr Börnsen diese Ziele des Kampfes gegen den § 218. Was die Forderung nach der ersatzlosen Streichung angeht, so hat Herr Börnsen sogar recht. Seit Jahrzehnten ist das Volk gezwungen, den Kampf gegen den § 218 zu führen. Was die Forderung nach dem Volksentscheid Forderung nach dem Volksentscheid gegen den § 218 betrifft, so ist es eine Forderung von heute. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist offensichtlich, daß gegen den Richterspruch die Forderung nach Volksentscheid erhoben werden muß, um dem Gericht zu bestreiten, daß es im Namen des Volkes gesprochen hat, und um die ersatzlose Streichung des § 218 gegen das oberste Gericht durchzusetzen.

Herr Börnsen warnt vor Mißbrauch. Die Kommunisten wollten den Protest gegen den § 218 nur für ihre Ziele ausnutzen. Richtig ist, daß allein die Kommunisten die Forderung nach Beseitigung des § 218 bedingungslos unterstützen, weil sie weitergehende Ziele haben und sich bei der Vertretung der Interessen des Volkes durch keine Rücksichten auf den bürgerlichen Staat hemmen lassen, der den Paragrafen aufrechterhält. Herr Börnsen verwechselt anscheinend die Politik der bürgerlichen Parteien mit der der Arbeiterklasse. Denn zu mißbrauchen versuchten die bürgerlichen Parteien, voran die SPD, die Empörung und Rebellion gegen den Schandparagrafen, um sie auf die Mühlen ihrer Reformpolitik zu lenken. Aber das scheitert um so mehr, je mehr die Klarheit über die praktischen Kampfschritte gegen den Paragrafen zunimmt und die Einheit der Bewegung wächst. Dazu braucht die Bewegung gegen den § 218 eine klare Leitlinie in dem Kampf gegen den bürgerlichen Staat, wie sie in der Forderung "Volksentscheid gegen den § 218!" vom KBW vorgeschlagen wurde.

*"Wer den Frauen wirklich helfen will, müsse sich auf eine schnelle Verabschiedung des SPD/FDP-Gesetzentwurfes für die zügige Einrichtung einer entsprechenden Beratungsstelle in Kiel und für die umfassende Information der Betroffenen einsetzen."* (Kieler Nachrichten)

Den Frauen, die durch die sozialen Verhältnisse zur Abtreibung gezwungen sind und durch den § 218 kriminalisiert werden sollen, kann nur geholfen werden durch eine ersatzlose Streichung des § 218. Nicht nur den Frauen: Das ganze Volk wird durch diesen Paragrafen unterdrückt, schikaniert und bevormundet. Gegen die Gesetzesvorhaben der bürgerlichen Parteien, die dem entgegenstehen, kommt es jetzt darauf an, alle Kräfte für die zentrale Demonstration gegen den § 218 am 21. September in Bonn zusammenzufassen. Information der Betroffenen, aber Information ganz anderer Art sind dazu notwendig. Die Informationen nämlich, die die Klarheit über den Gegner und über die eigenen Ziele und Kampfschritte erhöhen.

Dazu ist es nützlich, daß das Komitee den Politiker Börnsen zu einer Veranstaltung eingeladen hat, auf der er Rede und Antwort stehen soll zu seiner Politik. – (c., Kiel)



Braunschweig: Aufschrift auf einem alten Bunker

## Türkin bei einer Abtreibung Sterilisation aufgezwungen

Westberlin. Während S. im Wartezimmer der Entbindungsstation des Virchow-Krankenhauses sitzt, bekommt sie folgenden Vorfall mit: Mit ihr wartet ein türkisches Ehepaar. Die Frau will legal abtreiben. Ein Arzt kommt herein und sagt: *"Wir werden bei Ihnen ja nur abtreiben, wenn Sie sich sterilisieren lassen. Sonst sind Sie ja in drei Monaten wieder da!"* Die Frau wehrt sich: Zwar kann sie sich zur Zeit kein Kind leisten, aber vielleicht später. Ihr Mann stimmt ihr zu. Da beide nur gebrochen deutsch sprechen, geht S. dazu und versucht, die Türkin zu unterstützen. Der Arzt wird wütend: Sie solle sich gefälligst nicht einmischen, sonst nähme er die türkische Frau in ein Extrazimmer. Schließlich müsse ihre Intimsphäre gewahrt bleiben! S. wird zur Untersuchung gerufen. Ihre Mutter, die ebenfalls im Wartezimmer ist, berichtet später, daß die Türkin auf die Erpressung des Arztes eingegangen ist. Sie war kurz vor Ende des dritten Monats und Weihnachten stand vor der Tür; da war keine Zeit, ein anderes Krankenhaus zu suchen. Der Arzt bestand darauf, daß auch der Mann in die Sterilisation einwilligt. Das erspart Papierkram mit der Ärztekammer. – (th)

## Lebensgefährliche Pfuscherei

Ungläubig starrte ich die Pillenkarte an. Mir wurde klar, daß ich eine vergessen hatte, und ich bekam einen großen Schreck. Was nun, dachte ich; in unserer Zweizimmerwohnung sollte nun noch ein drittes Kind ankommen. Mein Mann beruhigte mich, und ich ließ erst einmal den Froschtest machen. Aber das Ergebnis war hart, ich war schwanger. Wir bemühten uns um eine größere Wohnung, aber leider umsonst; ich war nur noch ein Nervenbündel. Eine Bekannte sagte mir, daß sie einen Arzt wüßte, der mir helfen würde. Mein Mann und ich waren einverstanden.

Im Oktober 1972 wurde der Eingriff gemacht. Eine Flüssigkeit wurde mir in die Gebärmutter eingespritzt, nachdem der Arzt den Muttermund geöffnet hatte. In 24 Stunden sollte nun alles vorbei sein. Ich war in einer sehr schlechten Verfassung; mir war übel und ich bekam große Schmerzen, aber weiter auch nichts. Der Arzt kam zwar jeden Tag und sagte mir, daß es nicht mehr lange dauern würde. Ich fühlte aber, daß er auch unruhig geworden war, und ich hatte große Angst bekommen. Nun waren 96 Stunden vergangen; endlich tat sich was. Unter Schmerzen größer als bei einer Geburt, bekomme ich ein Kind, das voll entwickelt war. Mir blieb die Luft weg, das konnte doch nicht sein, nach unserer Rechnung war es erst Anfang des dritten Monats, aber dieses war Ende des vierten Monats. Uns wurde klar, daß ich trotz der Pille schwanger geworden war. Dieses können wir uns heute nicht erklären.

Nun fuhr der Arzt nach Hause zurück und war um 1 500 DM reicher. Ich mußte nun sehen, wie wir das geliehene Geld zurückerstatteten. Aber es sollte noch besser kommen. Nun waren sechs Wochen vergangen, und ich hörte nicht auf zu bluten. Die meiste Zeit mußte ich im Bett verbringen, da mein Blutverlust schon ganz schön groß war. Meinem Mann spielte ich die gesunde Frau vor, und dies konnte ich ein paar Monate durchführen, mit Hilfe von Tampons. Doch dann geschah es im März 1973:

Ich hatte so große Schmerzen, daß ich es nicht mehr aushalten konnte. Mein Mann war wie von Sinnen, er wollte mich sofort ins Krankenhaus bringen, doch ich bettelte und weinte so sehr, daß mein Mann erst davon abließ, mir seine Hand gab, was mich beruhigte. Ich bekam einen Blutsturz, und danach hatte ich keine Schmerzen mehr; ich schlief ein und erwachte durch ein unangenehmes Gefühl. Als ich nun noch sah, was da so kühl zwischen mir sei, dachte ich, mich trifft der Schlag. Nach fünf Monaten hatte ich einen Zwilling verloren und die Nachgeburt. Wochenlang habe ich mit dem Tode gerungen. – (m.

## Heidelberg: Hausdurchsuchungen bei Paragraf 218-Gegnern

**Heidelberg. Am Montag, dem 25.8., wurden die Wohnung eines Mitglieds des Heidelberger Komitees "Weg mit dem § 218!" und die Praxis eines Arztes, der die Unterschriftensammlung des Komitees unterstützt, von der Polizei untersucht. Dabei wurden zwei Unterschriftenlisten, die im Wartezimmer des Arztes auslagen, beschlagnahmt. Ohne einen Hausdurchsuchungsbefehl vorzuweisen, drangen die Polizisten in die Wohung des Komitee-Mitglieds ein, durchsuchten u. a. den Kleiderschrank und beschlagnahmten die Ansteckplakette des Komitees, die an einer Anzugjacke steckte.**

Diese Überfälle sind bisher die frechsten Angriffe auf die Gegner des § 218 in Heidelberg. Bereits seit Wochen versucht die Polizei, Informationsstände des Komitees abzuräumen. Der Rektor der Heidelberger Universität hat, wie bereits gemeldet, gegen sieben Studenten wegen der Unterschriftensammlung in der Universität Relegationsverfahren eingeleitet.

Das Heidelberger Komitee hat beschlossen, am kommenden Samstag gegen alle diese Maßnahmen eine Protestdemonstration in Heidelberg zu organisieren.

**Offener Brief der Bochumer Komitees gegen den § 218 an den Oberstadtdirektor**

## „Bis dieser Schandparagraf weg ist"

**Bochum. Nachdem den Bochumer Komitees schon eine Kundgebung gegen den § 218 verboten worden ist, hat ihnen jetzt der Oberstadtdirektor 1 000 DM "Reinigungskosten" angedroht, wenn die vielen Plakate gegen den § 218 in der Stadt nicht entfernt werden. Die Komitees haben daraufhin auf einer Sitzung am 22.8., auf der zirka 50 Menschen anwesend waren, den folgenden Offenen Brief an den Oberstadtdirektor verabschiedet, den sie zusammen mit einem Interview und Fotos über die Lage der in dem Brief genannten Familie als Wandzeitungsplakat in der Stadt verbreiten werden.**

**Bochumer Komitees gegen den § 218**

**Bochum, 22.8.75**

**An den**
**Oberstadtdirektor der Stadt Bochum**
**z.Hd. Herrn Jepp**

Sehr geehrter Herr Oberstadtdirektor!

Ihren Brief vom 19.8. haben wir auf unserer öffentlichen Mitgliederversammlung am 22.8. verlesen und stellen dazu folgendes fest:

In Bochum gibt es derzeit fünf Komitees, die sich für die Abschaffung des § 218 und die Durchführung eines Volksentscheids gegen diesen § einsetzen. Für unsere vier Forderungen haben sich bisher innerhalb von zweieinhalb Monaten über 6 000 Menschen in Bochum durch ihre Unterschrift ausgesprochen, die unsere Arbeit unterstützen. In einer Reihe von Betrieben, Schulklassen, Seminaren und Siedlungen haben jeweils mehrheitlich die Menschen unsere Forderungen unterschrieben. In einigen Gewerkschaftsgremien sind diese Forderungen ebenfalls beschlossen worden. Mehrere hundert Informationsbroschüren sind verkauft und weit über 10 000 Flugblätter sind verteilt und mit Interesse aufgenommen worden.

In der ganzen BRD sind bisher schon über 300 000 Unterschriften gesammelt worden.

Sie sehen also, daß es nicht wenige sind, die die Ziele, für die wir uns zusammengeschlossen haben, unterstützen. Da ist es natürlich auch kein Wunder, wenn heute in der Stadt viele Plakate zu finden sind mit diesen Forderungen.

Was nun Ihr Anliegen angeht, so müssen wir Ihnen mitteilen, daß wir erstens niemanden mit dem Verkleben der angesprochenen Plakate beauftragt haben und daß es uns zweitens fernliegt, irgendjemand am Verkleben dieser Plakate zu hindern – handelt es sich doch um Forderungen, die eine große Zahl von Menschen durch ihre Unterschrift ausdrücklich für gerecht erklärt haben und die im Interesse der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung sind, die durch den § 218 der Unterdrückung und Bevormundung ausgeliefert werden. Bei diesen Menschen stoßen unsere Forderungen – und wir nehmen an auch Plakate mit diesen Forderungen – auf großes Interesse und große Zustimmung. Dem Zweck unserer Tätigkeit würde es deshalb gänzlich zuwiderlaufen, wenn die von Ihnen angesprochenen Plakate entfernt würden. Jeder, der die Lage des Volkes kennt – und das sollte auch ein Oberstadtdirektor – und die Häufigkeit, mit der die Familien aus den besitzlosen Klassen zur Abtreibung von Kindern gezwungen werden, die sie ansonsten gerne hätten, würde dafür kein Verständnis haben.

Überdies ist im Aufruf, auf dessen Grundlage wir arbeiten, ausgeführt: "Der § 218 ist von Menschen gemacht und er muß durch Menschen beseitigt werden. Gemacht hat ihn die herrschende Klasse, die Reichen und ihre politischen und kirchlichen Handlanger. Beseitigt werden muß er durch die Unterdrückten und die Besitzlosen, durch das Volk und den Kampf der Arbeiterklasse."

Sie sehen: Wir haben uns ein großes Ziel gesteckt und können heute sagen, daß durch die Arbeit der Komitees in der ganzen BRD die Bewegung gegen den § 218 diesem Ziel ein wichtiges Stück näher gekommen ist. Im Vergleich zu diesem Ziel nimmt sich das Verkleben eines Plakats mit den genannten Forderungen gering aus und es wird unvermeidlich sein, daß die Bewegung zur Durchsetzung des Volksentscheids gegen den § 218 noch eine ganze Menge solcher Plakate verklebt, bis dieser Schandparagraf weg ist – auch wenn das Leuten wie Ihnen und Ihren Auftraggebern im Bochumer Stadtrat nicht angenehm ist.

Aus den angeführten Gründen können wir Ihren Wunsch nach Entfernung der Plakate nicht unterstützen und sind sicher, daß dies auch ganz nutzlos wäre. Denn wie gesagt: Die Bewegung ist nicht klein und sie wächst.

Was nun Ihre Kostenberechnung von 1 000 DM für das Entfernen der Plakate angeht, so möchten wir Ihre Aufmerksamkeit kurz auf einen anderen Sachverhalt lenken: In der Obdachlosensiedlung in Bochum-Riemke, dem sogenannten Zillertal, wohnt eine Familie auf zweieinhalb kleinen Zimmern (insgesamt ca.40 qm) mit sechs Kindern. Hineingekommen in diese Siedlung ist die Familie, weil der Vater aufgrund eines schweren Magenleidens seinen gelernten Beruf nicht mehr ausüben kann und er eine ärztlich vorgeschriebene "leichte Arbeit" bis heute nicht finden konnte. Die Familie lebt von der Sozialfürsorge.

Das sechste Kind ist erst kürzlich gegen den Wunsch der Eltern – wie man sich leicht vorstellen kann – und trotz Pille zur Welt gekommen. Für eine Abtreibung, die die Eltern unter diesen Umständen befürwortet hätten, fehlte ihnen das Geld und die nötigen Beziehungen, wie sie für betuchte Damen in solcher Lage leicht zugänglich sind.

Dies ist nur einer der Fälle, auf die wir in unserer bisherigen Arbeit gestoßen sind. Sie können daran sehr gut sehen, welche Auswirkungen der § 218 für die besitzlosen und unterdrückten Klassen hat. Zweifellos gibt es zahllose ähnliche Fälle.

Wir berichten Ihnen dies so ausführlich, um Ihnen die Verhältnismäßigkeit Ihrer geplanten Plakat-Entfernung für 1 000 DM vor Augen zu führen. Denn diese 1 000 DM, die Sie für etwas aufbringen wollen, was niemand aus dem Volk etwas nützt, wären in der Hand der Familie aus dem Zillertal zweifellos besser angelegt.

Wir verbleiben in der Hoffnung auf baldige Antwort und mit dem Hinweis, daß wir unsern Briefwechsel in geeigneter Form der Öffentlichkeit bekanntmachen werden.

Bochumer Komitees
gegen den § 218

(PS: Sollten Sie über die Verwendung der 1 000 DM mit uns zu einer Meinung kommen, teilen wir Ihnen Namen und Anschrift der Familie gern mit.)

# „Wir als Lehrer begrüssen diesen Schritt"

## Die Eltern und Schüler der Klasse 6 begannen das Schuljahr mit einem Streik

**Das neue Schuljahr begann in Offenburg mit einem dreitägigen Schulstreik der Eltern und Schüler der 6. Klasse der Waldbachschule 1 (Hauptschule). Sie protestierten damit gegen die Verlegung der 6. Klasse an die am anderen Ende der Stadt liegende, abbruchreife Anne-Frank-Schule, an der die Schüler so stark lärm- und abgasgefährdet sind, daß selbst die Stadt ihr früheres Vorhaben, diese Schule für ein Jugendzentrum freizugeben, mit dem Hinweis auf diese Gefährdung wieder aufgab.**

Nachdem Schulamt und Stadtverwaltung vom Streik aus dem Radio erfahren hatten, fanden sogleich "vermittelnde" und "klärende" Gespräche zwischen Oberbürgermeister und den Spitzen der Stadtverwaltung, Schulamtsdirektor und mehreren Rektoren auf der einen Seite sowie den Elternvertretern auf der anderen Seite statt. Ergebnis: Die Elternvertretung fordert die betroffenen Eltern auf, den ursprünglich auf eine Woche geplanten Streik abzubrechen. Die Elternvertretung stellte fest: *"Wir möchten allerdings betonen, daß wir auch in Zukunft nicht bereit sind, Maßnahmen, die ohne Rücksprache mit den Eltern getroffen werden, ohne weiteres hinzunehmen, und bitten, unser Nachgeben nicht falsch zu verstehen. Wir erwarten von der im Herbst dieses Jahres stattfindenden Generalschuldebatte eine Lösung dieser Probleme. . ."* (Aus dem Brief des Elternbeiratsvorsitzenden an den Oberbürgermeister)

Daß die Eltern der Sechstklässler in ihrem Kampf gegen die Verschlechterung der Schulverhältnisse nicht alleine stehen, zeigte sich schon in den folgenden Tagen: Elf Lehrer – fast alle GEW-Mitglieder – unterstützten in einem Brief an die Lokalzeitungen, an den Elternbeirat der 6. Klasse und an die Lehrergewerkschaft GEW die Forderungen und den Streik der Eltern:

*"Wir als Lehrer begrüßen diesen Schritt. Wir erfahren ebenfalls täglich, was es heißt, wenn Klassen von Zimmer zu Zimmer oder von Schulhaus zu Schulhaus wandern müssen; wenn Fachräume als Klassenzimmer verwendet werden müssen; wenn Rektoren die Lehrer um Überstunden bitten müssen und trotzdem noch Unterricht ausfällt, während gleichzeitig Lehrer arbeitslos sind. Diese Zustände beeinträchtigen in beträchtlichem Ausmaß die Ausbildung der Kinder und erschweren die Arbeit des Lehrers erheblich."*

Sie fordern gleichzeitig die GEW auf, *"sich mit dem Schulstreik an der Waldbachschule 1 solidarisch zu erklären und die Mitglieder der GEW gegen die genannten Zustände an den Schulen zu mobilisieren"*.

Auch die Eltern der Klasse 7c der Waldbachschule 2 (Sonderschule) solidarisieren sich in einem Leserbrief mit den Eltern der Klasse 6. Sie schreiben u.a.: *"Die Eltern aller Schulen erleben gegenwärtig, wie an den Schulen immer stärker gespart wird durch den Staat. Viele Beispiele wären zu nennen. Z.B. die Raumnot, die an allen Schulen da ist, oder der Lehrermangel, oder die Tatsache, daß Lernmittel unseren Kindern nicht bezahlt werden, oder zuletzt die Tatsache, daß vielen Eltern, vor allem denen vom Land, die Fahrtkostenzuschüsse entweder ganz gestrichen wurden oder der Eigenanteil um 50 Prozent heraufgesetzt wurde. . . Es wird behauptet, daß der Staat kein Geld mehr hat. Das ist nicht richtig. Wir zahlen ja immer mehr Steuern von unserem Lohn. Die Tatsache ist eben die, daß der Staat für die Schulen des Volkes kein Geld mehr hat, dagegen aber sehr wohl z.B. hier für einen millionenschweren Flugplatzbau, der nur den Reichen was nützt. Wir rufen alle Eltern, die diesen unseren Brief lesen, auf, auch öffentlich ihre Solidarität mit den Eltern der Klasse 6 der Waldbachschule zu erklären."*

Gleichzeitig mit dem Leserbrief der Eltern erschien eine Erklärung des Oberschulamtes Freiburg in der Lokalzeitung. Inhalt: *"Unhaltbare und pauschale Vorwürfe"* der Lehrer, die Schulverhältnisse seien nicht schlecht; *"von einer allgemeinen Schulraumnot im Ortenaukreis kann nicht gesprochen werden"*, *"gegenwärtig geringfügige Engpässe in der Schulraumversorgung werden sich mit dem von Jahr zu Jahr zunehmenden Rückgang der Einschulungsjahrgänge von selbst lösen"*. Überstunden seien nicht die Regel.

Diese Stellungnahme des Oberschulamtes zeigt, daß es durch den Streik und die Solidaritätserklärungen aufgeschreckt wurde und jetzt versucht, das Heil in der Behauptung zu finden, alles sei doch gar nicht so schlimm.

Erfolg wird das Oberschulamt mit dieser Abwiegelei wenig haben, weil die Schulverhältnisse für die Jugendlichen der besitzlosen Klassen immer schlimmer werden. Da wird es noch viel Unruhe unter Schülern und Eltern geben. – (j., Kommunistische Gruppe Offenburg, Sympathisanten des KBW)

# Oberschulräte: So teuer wie die Lehrmittel

**Hamburg.** Zum Schuljahresbeginn verfügte der Senat die Streichung der kleinen Lernmittelfreiheit an den Volks- und Realschulen, um vier Millionen DM zu "sparen". Gleichzeitig wurden am 16.6. drei neue Oberschulratsstellen ausgeschrieben, womit sich die Zahl von 18 Oberschulräten (1959) auf 65 (1975) erhöht hat. Gab es 1959 noch 7 Schulräte, so wurden mittlerweile die Schulratsstellen gänzlich abgeschafft und in Oberschulratsplanstellen verwandelt. Bezahlt werden Oberschulräte nach A 15 oder A 16, das heißt ab 3 500,– bis 4 500 Mark. Rechnet man mal 4 000 pro Oberschulrat, so kostet einer 48 000 im Jahr. Dies mal 65 ergibt: 3,12 Millionen DM im Jahr. Rechnet man nun noch das Gehalt des Schulsenators Apel (154 400 DM) und des Landesschulrates Neckel (mindestens 70 000 DM) dazu, dann kosten die 67 Oberlumpen des Hamburger Schulwesens über 3,3 Millionen DM. Bezahlen sollen die Werktätigen Bleistifte, Hefte, Tusch- und Zirkelkästen und ähnliches, *"wobei"*, so der Herr Schulsenator Apel kürzlich auf einer Veranstaltung in Bergedorf, *"ihm keiner weismachen könne, das ginge nicht zu bezahlen, solange die Gabentische an Weihnachten noch so voll sind."*

Bezahlen sollen sie, damit Oberschulräte in Polizeiautos die Namen streikender Schüler und Streikposten stehender Eltern aufschreiben und in Lehrerkollegien herumspitzeln, für welche Tätigkeit die Zahl der zu "betreuenden" Lehrer pro Oberschulrat von 367 (1959) auf 199 (1975) heruntergesetzt wurde. Wenn das keine Verschwendung ist! – (t., Hamburg)

# Ein persönliches Gespräch

## Erfahrungen bei einem Anhörungsgespräch im Oberschulamt

In der KVZ Nr. 30 vom 31. Juli 1975 ("Der Beamte soll seinen Herrn lieben") wurde berichtet über das neueste Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVG) darüber, wer in diesem Land in den Staatsdienst dürfen soll und wer nicht. Inzwischen wenden die staatlichen Behörden dieses Urteil offensichtlich schon recht eifrig an, was sich auch an meinem Beispiel zeigen läßt.

Seit einem Jahr wird allen Prüflingen der Pädagogischen Hochschulen in Baden-Württemberg schon bei der Meldung zum Examen bzw. der Bewerbung für die hinterherige Übernahme in den Schuldienst ein Papier zur Unterschrift vorgelegt, das sich auf den Schieß-Erlaß bezieht.

Im Mai habe ich deshalb zusammen mit acht weiteren Prüflingen eine "öffentliche Erklärung von Prüflingen der Pädagogischen Hochschule" unterschrieben, in der wir sagten, daß diese Vorgehensweise der Landesregierung Erpressung sei. Daraufhin wurde ich nun eine Woche vor Schulbeginn vom Oberschulamt Stuttgart zu einer schriftlichen Stellungnahme und einem "persönlichen Gespräch" aufgefordert.

Das Oberschulamt befindet sich in einem Hinterhof, der durch ein Gittertor abgesperrt ist. Nach der Anmeldung beim Pförtner bekommt man einen sogenannten "Besucherschein", der nachher von dem "Besuchten" unterschrieben werden muß – sonst kommt man am Ende überhaupt nicht wieder raus. Daß man dabei nicht noch untersucht wird, ist alles.

Der Regierungsassessor, der das Verhör mit führte, meinte zu Beginn: *"Fühlen Sie sich immer noch mit der Unterschrift erpreßt, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten zu müssen? Es könnte doch auch sein, daß Ihre Unterschrift unter die 'öffentliche Erklärung gegen den Schieß-Erlaß' rein zufällig darunter geraten ist oder Sie sie nicht bei vollem Bewußtsein über den Inhalt abgegeben haben."* Anscheinend meinen diese hohen Beamten, mit Einschüchterung oder dem Versuch, einen zu kaufen, könnten sie alles erreichen.

Als ich aber nichts zurücknehmen wollte, stellte mir der Beamte die Gretchenfrage: *"Wollen Sie nun als Beamter Partei für den Staat ergreifen oder nicht, und was halten Sie von den Grundprinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung: Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Gerichte usw.?"* Zur Erläuterung erklärte er mir, was seiner Ansicht nach Volkssouveränität bedeutet: *"Für mich heißt das, alle Gewalt geht vom Volke aus, und diese wird alle vier Jahre bei den Wahlen durch den Stimmzettel zum Ausdruck gebracht. Ich bin gegen ein imperatives Mandat."*

Diese Art von "Volkssouveränität" muß dem Regierungsassessor wohl selbst etwas dürftig geklungen haben, denn als er damit nicht so recht weiter kam, griff er zum neuesten Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

Hier fühlte er sich wieder sicherer, und stolz las er mir gleich fast drei Seiten daraus vor (vgl. dazu KVZ Nr. 30). Dankbarerweise konkretisierte er die "politische Treuepflicht des Beamten" auch gleich für das Verhalten der Lehrer: *"Als Lehrer müssen Sie immer jeden Erlaß des Schulamtes und des Kultusministeriums befolgen."*

Auf meine Frage, ob dies auch dann gelte, wenn er gegen die Interessen der betroffenen Bevölkerung verstoße, hieß es nur: *"Dies kann man nicht beantworten."*

Sicher bin ich, daß jeder Lohnabhängige da anderer Ansicht sein wird und diese Frage beantworten kann. – (m., Heidelberg)

# Unterricht mit Zeichensprache

## Durch Zeichensprache sollen die Schüler an's parieren gewöhnt werden

**Folgendes konnte man in einer 2. Klasse der Gemeinschaftsschule in Essen/Vogelheim erleben, in die vorwiegend Arbeiterkinder gehen.**

Der Unterricht des noch jungen Lehrers besteht nicht nur darin, daß er die Kinder im Unterrichtsgespräch abwürgt und wie ein Irrer rumtobt, wenn er mit seinen Schülern nicht klarkommt. Er hat sich da noch mehr ausgedacht.

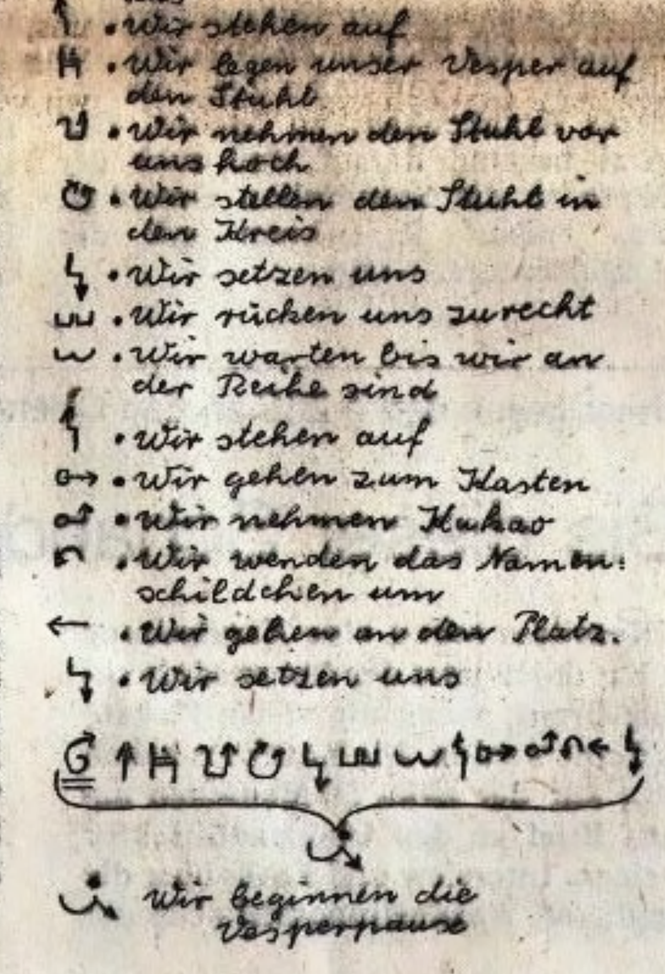
Das abgedruckte Beispiel "Handlungsfolgen bei der neuen Kakaoverteilung" (siehe Bild) macht das deutlich.

Besagter Lehrer schreibt diese Zeichen an die Tafel. Die müssen die Schüler dann abschreiben, "übersetzen" und die durch diese Zeichen gegebenen Befehle befolgen.

Das Ganze dann nochmal als Hausaufgabe, damit's auch schon im Blut steckt. Dieser Lehrer meint offensichtlich, ein Arbeiterkind könne sowas schon gebrauchen, für später, wenn es als Hilfsarbeiter an der Maschine oder am Fließband steht, immer denselben Handgriff macht, bis er ins Blut übergeht.

Ein Bourgeoiskind kann solch einen Unterricht für seine spätere Tätigkeit als Ausbeuter nicht gebrauchen, deshalb darf solch ein Lehrer sich diesen Unterricht nicht an Schulen erlauben, in die Bürgerkinder gehen. So ist leicht einzusehen, daß dieser Lehrer auch gleich aus einem "besseren Viertel" von Essen nach Essen/Vogelheim strafversetzt wurde, weil er zwar Arbeiterkinder verprügeln darf, aber nicht die Kinder "feiner Leute".

Man sieht, wo es hinkommt, wenn der bürgerliche Staat die Verfügungsgewalt über die Schulen und die Lehrer hat und die Lehrer sich als Büttel dieses Staates betätigen müssen. Notwendig ist es also, dem Staat jeden Einfluß auf die Schule streitig zu machen. Noch mehr: Es "bedarf umgekehrt der Staat einer sehr rauhen Erziehung durch das Volk" (Marx, Marx-Engels-Werke Bd. 19, S. 31). – (hb, Gießen)




### Weg mit dem Fahrtkostenerlaß!

**Die SMV der Gewerbeschule Emmendingen hat sich auf ihrer Sitzung am Montag, 25.8.75, einstimmig gegen den Erlaß der Landesregierung zur Einschränkung der Fahrkostenerstattung für Schüler ausgesprochen.**

Auf der Grundlage von Debatten und Abstimmungen, die zuvor in verschiedenen Klassen durchgeführt worden waren, hat die SMV folgende Resolution einstimmig angenommen, die wir auszugsweise wiedergeben:

"Ab 1. August wurden die Fahrtkostenrückerstattungen für Schüler und Lehrlinge gekürzt oder ganz gestrichen. Die Schüler müssen statt wie früher 8,– DM jetzt 12,– DM bezahlen, Schüler der Oberstufe müssen die Fahrtkosten völlig selbst tragen.

Dies ist für die Mehrzahl der Schüler eine fast unerträgliche finanzielle Mehrbelastung, die sie selbst oder ihre Eltern aufbringen müssen. So müssen Schüler oder deren Eltern teilweise über 50,– DM monatlich bezahlen.

Die SMV als Vertreter der Schüler der Emmendinger Gewerbeschule ist nicht bereit, die steigende finanzielle Belastung der Schüler und ihrer Eltern hinzunehmen und fordert deshalb:

**Weg mit dem Fahrtkostenerlaß!"**

# Durch Eignungstests sollen die Hochschulen dicht gemacht werden

**Die Psychologiestudenten in Heidelberg trauten kürzlich ihren Augen nicht. Für zwei Stunden Testbögen Ausfüllen gab es 50 Mark. Für soviel Geld arbeiten andere einen ganzen Tag. Mißtrauisch konnte man schon werden, denn worum es bei diesen Tests ging, erfuhr man nicht.**

Da mußte man unter anderem verschiedene Tests ausfüllen, mit denen *"Persönlichkeitsmerkmale"* festgestellt werden sollen.

Man schaue sich einmal die folgende Testfrage an: *"Wenn ich Zuflucht zu körperlicher Gewalt nehmen muß, um meine Rechte zu verteidigen, so tue ich es."* Diese Frage muß man mit ja oder nein ankreuzen. Kreuzt man das "ja" an, wird dies als der Wunsch bewertet, andere beherrschen zu wollen. Erwünscht ist also, daß man das "nein" ankreuzt.

Dabei liegt auf der Hand, daß diese Bewertung mit der Wirklichkeit wenig zu schaffen hat.

Wenn zum Beispiel Studenten an der Universität Unterschriften gegen den § 218 sammeln und sich dagegen wehren, daß der Rektor ihnen dieses Recht streitig macht, wollen sie dann den Rektor beherrschen? Offensichtlicher Unsinn. Gut bewertet wird also durch solche Tests, wenn man sich seine Rechte nehmen läßt, nicht dagegen aufmuckt.

Was hinter dem Ganzen steckt, haben wir dann kurze Zeit darauf erfahren. Die Kultusminister der Länder haben beschlossen, daß die Hochschulen weiter dicht gemacht werden sollen, daß an Geldern für die Hochschulen gespart werden soll.

Eine der Methoden, mit denen sie dieses Ziel verfolgen, ist, daß nur der auf die Universität dürfen soll, der neben guten Noten auch noch die geeigneten *"Persönlichkeitsmerkmale"* mitbringt. Diese *"Studieneignung"* soll durch diese Tests festgestellt werden und deshalb haben die Minister ein paar Professoren angeheuert, um solche Tests zu entwickeln.

Bereitgestellt für diesen Auftrag haben sich die Herren Amelang (Hamburg/Heidelberg) und Hitpass (Köln), Professoren der Psychologie.

Geld für solche Forschungen ist natürlich da und die "Studienstiftung des Deutschen Volkes" hat sich bereiterklärt, die Kosten für dieses Projekt, die zirka zwei Millionen betragen, zu übernehmen.

Bewirken soll diese Feststellung der *"Studieneignung"*, daß künftig nur der Student werden kann, dessen Verhaltensweisen und Moralvorstellungen der bürgerlichen Klasse entsprechen und der sich dieser unterwirft. Das sind in erster Linie natürlich die Kinder der bürgerlichen Klasse.

Für diese, wo sie Eignung und Geld haben, wird die Hochschule offen bleiben. Geschlossen haben deswegen Studenten in Hamburg ihre Teilnahme an den Versuchen des Herrn Amelang eingestellt, als sie erfuhren, für was sie da herhalten sollten.

Auch Teile des Lehrkörpers in Heidelberg haben wenig Lust, sich an diesen Machenschaften des Herrn Amelang zu beteiligen. Sie haben ihm einen Brief geschickt mit der Aufforderung, seine Pläne offenzulegen. Man kann gespannt sein, ob er dieser Aufforderung nachkommen wird.

Sicher aber ist, daß die Studenten dieser Sorte Wissenschaft, die das Geschäft der Kapitalisten besorgt, eine Absage erteilt werden. – (k., c., Kommunistische Hochschulgruppe Heidelberg/Red.)

### Protest gegen politische Entlassungen

Am 21.8. fand in Frankfurt eine Protestveranstaltung gegen die politische Entlassung zweier Lehrerinnen der Ernst-Teuer-Schule statt. Der hessische Kultusminister hatte die Entlassung wegen ihrer Zugehörigkeit zur DKP verfügt. Zu der Veranstaltung, die vom Personalrat, der Schulleitung und dem Elternbeirat durchgeführt wurde, hatte auch der Bezirksverband Frankfurt der GEW aufgerufen. Es kamen etwa 800 Menschen. In zahlreichen Resolutionen drückten u.a. die Jungsozialisten, der Stadtschülerrat sowie Personal- und Betriebsräte ihre Solidarität aus. Auf der Veranstaltung wurde eine Resolution verabschiedet, in der die Ansicht vertreten wird, daß die Entlassungen "mit den Prinzipien des Rechtsstaates" nicht zu vereinbaren sind. Für den Fall, daß die Landesregierung die beiden Lehrerinnen nicht in den Schuldienst einstellt, sollen weitere Protestmaßnahmen folgen.

**Nordrhein-Westfalen.** Daß die schlechten Schulverhältnisse hauptsächlich die Jugend der besitzlosen Klassen treffen, erhellt sich aus folgenden Zahlen. In Nordrhein-Westfalen kommt in den Gymnasien ein Lehrer auf 21 Schüler, in den Realschulen kommt ein Lehrer auf 22,7 Schüler und in den Hauptschulen kommt ein Lehrer auf 25,8 Schüler.

# Köln: 1300 demonstrieren gegen Fahrpreiserhöhung

**Köln. Erneut haben am 25. August 1 300 Menschen gegen Fahrpreiserhöhungen bis zu 50 Prozent demonstriert. An diesem Tag traten die vom Stadtrat beschlossenen Fahrpreiserhöhungen in Kraft.**

Mit der brutalen Zerschlagung ihrer ersten Demonstration vom 11. Juli, an der 1 500 Menschen teilgenommen hatten, ist es dem Stadtrat nicht gelungen, den Widerstand gegen seine Ausplünderungspolitik auszuräumen. Zwar war die erneute Demonstration nicht stark genug, den Stadtratsbeschluß wieder zu Fall zu bringen. Die in Anbetracht der Urlaubszeit große Beteiligung an der Demonstration zeigt aber, daß in Köln die Politik des Stadtrats nicht mehr widerspruchslos hingenommen wird. Dafür spricht auch die Tatsache, daß nahezu 6 000 Broschüren gegen die Raubpolitik des Stadtrats von der Ortsgruppe des KBW im Verlauf der Kämpfe verkauft werden konnten.

Auf Initiative des KBW hatte sich nach der Demonstration vom 11. Juli ein Ausschuß von Funktionsträgern aus Betrieben und Gewerkschaften, Schulen und Hochschulen gebildet, der sich mit einem als Plakat verbreiteten Aufruf an die Volksmassen gewendet hat mit den Forderungen "Keine Fahrpreiserhöhungen bei der KVB! Weg mit dem Beschluß des Stadtrates!" und dem Vorschlag, dafür am 25. August auf die Straße zu gehen. Mit mehreren Veranstaltungen und Kundgebungen und kleinen Umzügen in den Stadtteilen war die erneute Demonstration mehrere Wochen vorbereitet worden. In der gesamten Innenstadt und am Rathaus waren Polizeihundertschaften aus ganz Nordrhein-Westfalen und Einheiten des Bundesgrenzschutzes zusammengezogen worden. – (j., Köln)




Köln: Die Politik des Stadtrats wird nicht widerspruchslos hingenommen

# Bremen: Mit dem Polizeiknüppel kann man die Forderung nach einem Jugendzentrum nicht unterdrücken

**Bremen. Am Freitag, dem 22. August, demonstrierten in der Bremer Neustadt etwa 300 Jugendliche für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum. Sie forderten ein leerstehendes Haus im Buntentorsteinweg. Seit fünf Monaten treten die Jugendlichen gegenüber dem Senat für die Übergabe dieses Hauses ein. Der Senat reagierte mit Ausflüchten und letztlich mit einem strikten Nein. Nachdem alles nichts nützte, beschlossen die Jugendlichen das Haus zu besetzen. Gegen diesen Versuch hetzte der Bremer Senat seine Polizei. Über den Verlauf der Auseinandersetzung und wie die Jugendlichen den Kampf weiterführen werden, berichtet die folgende Reportage:**

Vor fünf Monaten ist das staatliche Jugendfreizeitheim Thedinghauser Straße abgebrannt. Die Jugendlichen organisierten sofort eine Initiative für den Wiederaufbau des Jugendfreizeitheims. Zunächst wurde die Initiative vertröstet: "Gleich wenn die Versicherungsfrage gelöst ist, wird mit den Bauarbeiten begonnen."

Als nach drei Monaten noch immer kein Stein bewegt worden war, organisierte die Initiative eine Versammlung, auf der Vertreter des Jugendamtes Stellung nehmen sollten. Mittlerweile war klar, daß vor einem guten Jahr das Haus nicht wieder hergerichtet sein wird. Deshalb hatten wir uns nach einer geeigneten Übergangslösung umgesehen. Ein Haus am Buntentorsteinweg schien uns gut geeignet. Das Haus gehört der Stadt, die dort alte Möbel unterstellt.

Auf der Versammlung wurden die Jugendamtsleute gefragt, was sie davon halten. Ob das Haus nicht der Neustädter Jugend übergeben werden könnte. "Das Haus bekommt ihr nicht, das ist baulich überhaupt nicht als Jugendzentrum geeignet, und außerdem wird das Haus zur Unterbringung der Möbel gebraucht."

Wir haben den Braten gleich gerochen. Diese Argumente sind Vorwände, weil die vom Amt nicht offen sagen mögen: "Ihr bekommt kein Haus, weil es gar nicht schlimm ist, wenn ihr kein Dach über'm Kopf habt. Es wäre sogar riskant, euch das Haus zu geben. Ihr seid dort schlecht zu kontrollieren, und ohne Kontrolle kommen Jugendliche leicht auf dumme Gedanken."

Deshalb haben wir beschlossen, sofort loszugehen und das Haus zu besichtigen. Mit dem Streifenwagen vorm Haus hatten wir nicht viel Mühe. Nachdem wir uns alle Räume genau angesehen hatten, führten wir eine kleine Versammlung durch, um über das weitere Vorgehen zu beraten. Die meisten wollten in einer Woche in Urlaub fahren. Also wurde festgelegt: Am 22. August wird in der Neustadt demonstriert – dann kommen wir wieder.



Polizeiüberfall am Freitag. Wen sie isolieren konnte, schlug die Polizei zusammen.

## Von den Knüppeln lassen wir uns nicht entmutigen

Am 22. August kamen 300 Jugendliche aus der Neustadt zur Demonstration. Solidaritätsadressen aus vielen Stadtteilen wurden verlesen. Nach einigen Zwischenkundgebungen kamen wir vor unserem Haus an. Spanische Reiter, massenweise Polizei mit gezücktem Knüppel und Schilden empfing uns. Einige rüttelten versuchsweise an der Absperrung. Plötzlich drängte sich ein Dutzend Männer mit grünen Parkas und gepflegten Bärten unter die Demonstranten, riß einzelne zu Boden, trat mit Füßen und setzte Chemical-Mace-Pistolen ein, immer genau ins Gesicht, so nah wie möglich.

Dann sprang die uniformierte Polizei über die spanischen Reiter, hetzte Hunde auf die Demonstranten und drosch mit Gummiknüppeln auf alles ein, was dort stand. Die Polizeihunde mußten sich aber bald vor herumliegenden Ammoniaklappen zurückziehen. Als wir uns das erste Mal zurückziehen mußten, waren einige uniformierte Polizisten so in Rage, daß sie einen Polizisten vom Mobilen Einsatzkommando (MEK) gleich mit verdroschen. Erst nach einiger Zeit merkten sie, daß sie einen aus ihren eigenen Reihen zusammengeschlagen hatten.

Von diesen Angriffen lassen wir uns nicht entmutigen. Wir warfen Farbeier auf die Polizisten, die von nun an gezeichnet durch die Gegend liefen. Entweder dachte die Polizei, es seien Handgranaten, oder der Senat hatte mehr vor, als dieses Haus vor einer Nutzung als Jugendzentrum zu "schützen". Jedenfalls begann jetzt ein Vorgehen, das viele von uns nicht für möglich gehalten hatten. Nachdem wir uns wieder einigermaßen geordnet hatten, fielen wieder die Zivilen über uns her und zwei Züge der Uniformierten. Bei allen diesen Angriffen war nie eine Aufforderung, zu räumen, vorweggekommen. Bei diesen Angriffen gelang es der Polizei, Einzelne von uns herauszugreifen und auf den Hof des Hauses zu schleppen. Dort wurde die Knüppelei unter den Worten "Da habt ihr euer Haus!" weiter getrieben. Besonders haben sich dabei die Kerle vom MEK hervorgetan. Offiziere standen dabei und feuerten ihre Mannschaften an. Brach ein Demonstrant zusammen, wurde er mit Fußtritten weiter traktiert.

Dann trafen drei Wagen Bereitschaftspolizei ein und versuchten die Demonstration weiter auseinanderzutreiben. Hin und wieder gelang es uns, Widerstand zu organisieren – bald mußten wir aber zusehen, daß wir wegkamen.

## Am Morgen wird mobilisiert

Die Polizei verfolgte uns durch die ganze Neustadt. Immer wieder wurden die Demonstrationstrupps angegriffen. In einer Nebenstraße gelang es, mehrere kurze Ansprachen an die Bevölkerung zu halten. Die Menschen hörten aufmerksam zu. Überall war die Empörung über die Polizei in der Bevölkerung groß. Türen von Wohnhäusern und Kneipen wurden uns geöffnet, um die Augen von Tränengas und Chemical Mace auszuwaschen.

Schließlich versammelten sich 130 von uns im Jugendfreizeitheim Geschworenenweg.

Eine riesige Wut war im Raum. Über die Ereignisse der letzten zwei Stunden wurde gesprochen; die wichtigste Frage war: Was machen wir jetzt? Auf diese Sauerei muß gehörig geantwortet werden! Wir müssen die Jugend der ganzen Stadt für unsere Forderung gegen die Knüppelpolitik des Senats gewinnen. Wir müssen um die Unterstützung der Bevölkerung kämpfen. Morgen früh wird mobilisiert, um 12 Uhr machen wir eine Kundgebung und Demonstration. Fünf wurden eingeteilt, um die Gefangenen abzuholen. Die Nacht haben wir genutzt, ein Flugblatt und ein Plakat zu machen.

Am Samstag flitzten ab 8 Uhr fünfzig Jugendliche durch die Stadt, klebten Plakate, hielten Ansprachen auf den Schulhöfen und verteilten Flugblätter. In der Neustadt selbst war eine eigentümliche Stimmung. Überall standen die Leute herum und diskutierten über den letzten Abend. Immer wieder das Gleiche: "Die Forderung der Jugendlichen ist vernünftig. Das Haus steht seit Jahren leer. Die Polizei ist eine Gangsterbande."

"Zum Steuerzahlen sind wir gut genug. Aber das lumpige Haus wollen sie den Jugendlichen nicht geben – dafür Prügel."

Schnell bildete sich ein Demonstrationszug. Am Anfang waren wir 300. Auf dem Markt, wo wir die Kundgebung durchführten, kamen noch einmal 200 dazu. Nach der Kundgebung sind wir in die Stadtmitte gezogen. Mittlerweile waren wir über 600. Auf dem Domshof im Zentrum der Stadt haben wir auf der Abschlußkundgebung von den Ereignissen in der Neustadt berichtet. Für alle war klar: Diese Demonstration war ein großer Erfolg für uns und hat dem Senat gezeigt, daß er sich nicht alles erlauben kann. Heute hatte er es nicht gewagt, die Agitationszüge festzunehmen oder die Plakatkleber. Die Demonstration blieb unbehelligt, der Senat war auf dem Rückzug.

Für nächsten Freitag ruft die Initiative zu einer großen Kundgebung und Demonstration gegen die Knüppelpolitik des Senats, für die sofortige Übergabe des Hauses am Buntentorsteinweg auf. Bis dahin werden wir dafür kämpfen, daß alle Organisationen und Vertretungen der Bremer Arbeiter und Schuljugend unseren Kampf unterstützen und öffentlich Anklage gegen den Senat und seine Knüppelpolitik erheben. – (b., KJB Bremen)

Vor dem Haus wird die Demonstration angegriffen. Gut erkennbar sind die Zivilpolizisten in den Parkas bei ihrem Einsatz mit Chemical Mace.




Bremen: 600 demonstrieren für das Jugendzentrum, gegen die Knüppelpolitik des Senats

# Delmenhorst: Gesinnungsurteil gegen Kasernenzeitung

**.1 800 DM Geldstrafe wegen planmäßigen Einwirkens auf Bundeswehrangehörige, um deren Bereitschaft zum Schutze der Sicherheit der Bundesrepublik zu untergraben, sowie wegen Beleidigung in einem Falle.**

**So lautet das Urteil, das die Zweite Große Ferienstrafkammer am Landgericht Oldenburg am Montag, dem 18. August, gegen Peter Schreiber fällte. Schreiber hatte im Sinne des Presserechts für die Delmenhorster Kasernenzeitung verantwortlich gezeichnet. Die Urteilsbegründung am dritten Prozeßtag, in der der Vorsitzende Ziegner im wesentlichen der Argumentation des Staatsanwaltes gefolgt war, zeigt in aller Klarheit, daß es sich hier um reine Gesinnungsjustiz gehandelt hat.**

Der erste Prozeßtag am 7.8. war damit vergangen, daß seitens der Verteidigung lückenlos die Richtigkeit der Darstellungen in der Kasernenzeitung nachgewiesen worden war, die sich auf konkrete Tatsachen bezogen. Es handelte sich hier um Fälle von Schikanen einzelner Offiziere gegen die Mannschaften in den Delmenhorster Kasernen, um Vorfälle und Zerstörungen bei Bundeswehr-Manövern sowie über Entrechtung und Unterdrückung der Rekruten in der Grundausbildung. Hierzu waren eine Reihe von Beweisanträgen gestellt sowie zwei ehemalige Soldaten aus Delmenhorster Einheiten gehört worden. Zwei Zeugen der Anklage, Oberleutnant Weidemann und Oberstleutnant Hansen, konnten sich bezüglich ihres Handelns bei den verschiedenen Vorfällen immer wieder nur auf die Ebene der Vorschriften zurückziehen und widersprachen sich teilweise in ihren Aussagen. Der dritte Zeuge, der Kriminalobermeister Schmedes, der die Ermittlungen zur Person Schreibers und zur Antimilitaristischen Gruppe Delmenhorst geführt hatte, konnte vor Gericht seine Spekulationen über die Tätigkeit der Antimilitaristischen Gruppe nicht mehr aufrechterhalten. Das einzige, was er aufrechterhalten konnte, war, daß der Name Schreiber im Impressum der Kasernenzeitung gestanden hatte. Doch das war sowieso bekannt. So war das Gericht gezwungen, einzugestehen, daß "die Einzelfälle im wesentlichen zutreffen", "teilweise im Kern richtig seien", wie es in der Urteilbegründung heißt.

Infolgedessen mußte das Gericht eine Verurteilung nach den ursprünglich angeführten Paragrafen fallenlassen. Mit ihnen wurde unterstellt, daß vorsätzlich, wider besseres Wissen, Tatsachen aufgestellt und verbreitet wurden, die unwahr oder gröblich entstellt sind.

Im Falle des Oberleutnants Weidemann wurde daher nicht, wie ursprünglich vorgesehen, auf Verleumdung erkannt, sondern nur noch auf formale Beleidigung.

*Unwidersprochen bleibt: Er hat von seinem Jeep aus bei einem 3 000-Meter-Lauf seinen Zug zum schnelleren Laufen angetrieben, dabei waren zwei Soldaten zusammengebrochen; er hat bei zwei Gelegenheiten versucht, Kollektivstrafen gegen Soldaten seiner Einheit zu verhängen.*

Strafbar ist es dann, einen solchen Menschen einen "fiesen Unterdrücker" zu nennen, wie es die Kasernenzeitung getan hatte.

Fallengelassen wurde vom Gericht auch der "Staatsschutzparagraf" 109 d (Störpropaganda gegen die Bundeswehr). Handelt es sich doch auch hier um Beeinträchtigung der Landesverteidigung durch Aufstellen und Weiterverbreiten wahrheitswidriger Tatsachenbehauptungen. Dieser Paragraf ist der Justiz also zu sperrig. Doch verfügt sie über ein beträchtliches Arsenal an Paragrafen, um eine Strafbarkeit festzustellen. Paßt dieser Paragraf nicht, nimmt man halt einen anderen. In diesem Prozeß nahm das Gericht den "Staatsschutzparagrafen" 89, der bereits bei seiner Entstehung als Maulkorbparagraf tituliert wurde. Er erfaßt nämlich überhaupt keine konkreten Tatbestände oder Tatsachenbehauptungen. Was "planmäßiges Einwirken auf Bundeswehrangehörige zum Zwecke, sie für ihre pflichtgemäße Bereitschaft zum Schutze der Sicherheit der BRD unbrauchbar zu machen" heißt, das hat die Urteilsbegründung offen gezeigt. Die Einzelfälle, so der Vorsitzende, treffen im wesentlichen zu. Sie seien aber nur der Aufhänger für den Angeklagten gewesen, seine verfassungsfeindlichen Ziele umzusetzen. Natürlich sei politische Kritik oder Polemik keine Straftat, die Grenze aber werde überschritten bei beleidigenden und beschimpfenden Äußerungen.

Solche Äußerungen, die Schreiber am zweiten Prozeßtag im Rahmen seiner Beweisführung zum Charakter der Bundeswehr gemacht hat, zitiert er dann. Unter anderem führte er an:

– Die Bundeswehr ist eine bewaffnete Formation der Kapitalistenklasse;

– Im Innern wird sie bei sozialen Unruhen gegen die werktätige Bevölkerung eingesetzt;

– Die Bundeswehr ist Bestandteil der NATO, welche ein aggressives, auf Expansion gerichtetes Militärbündnis der Kapitalistenklassen der europäischen Länder ist;

– Die NATO dient der Aufrechterhaltung und Absicherung des ökonomischen Systems des Kapitalismus in den westeuropäischen Ländern;

– Die BRD beteiligt sich verstärkt an der Ausbeutung der Dritten Welt;

– Das Offizierskorps wird die Bundeswehr im Bürgerkrieg führen;

– Hohe Offiziere, Verwaltung und Rüstungsindustrie sind miteinander verfilzt und dienen dem Kapitalinteresse;

– Im Chile der Militärdiktatur herrschen die US-Monopole;

– Franco ist ein lebendiger Leichnam des spanischen Faschismus;

In der Tat sind diese Darstellungen am zweiten Prozeßtag ausführlich dokumentiert und vom Vorsitzenden teilweise selbst verlesen worden.

Zum Beispiel:

– Aufgeführt wurden die zahllosen, seit 1966 stattfindenden Notstandsübungen. Die vorgegebenen Situationen: Einsatz der Bundeswehr bei illegalen Streiks, bei Gastarbeiterunruhen, Übung von Straßen- und Häuserkampf, der nur im Bürgerkrieg von Bedeutung ist.

– Zitiert wurden Äußerungen führender NATO- und westdeutscher Politiker, in denen eine militärische Intervention der NATO in den Ölförderländern des Nahen Ostens angedroht wurde.

– Es wurde Zahlenmaterial benannt zu den steigenden Rüstungslasten, zu den horrenden Profiten der Rüstungskonzerne.

Diese Dokumentation hat sich das Gericht ungerührt angehört. Als Schreiber jedoch nochmals eine politische Wertung des Materials vornahm, da wurden die Bleistifte in Bewegung gesetzt. Diese Aussagen wurden in der Urteilsbegründung als verfassungsfeindlich gewertet und kriminalisiert, ohne daß mit einem Wort auf die Richtigkeit der Beweisführung Schreibers eingegangen wurde.

Was will die bürgerliche Justiz mit einem solchen Urteil erreichen?

Die Richter sind mit ihrem Urteil dem Plädoyer des Staatsanwalts nicht gefolgt, der zehn Monate ohne Bewährung gefordert hatte. Die Begründung, abgesehen davon, daß der Angeklagte bislang unbescholten gewesen sei:

Der verursachte Schaden sei nicht sehr groß; es habe keine Unruhe durch die Zeitung gegeben. Man verzichte auf ein exemplarisches Urteil angesichts der heutigen Zustände.

Das Gericht hat damit offen zugegeben, daß das Urteil eine politische Frage gewesen ist. Es ist ein politisches Urteil im Interesse der Kapitalistenklasse, weil sie allein ein Interesse daran hat, daß ihr Staat unangetastet bleibt.

Er muß reibungslos funktionieren. Er muß jederzeit einsatzbereit sein zur Niederhaltung der Volksmassen; dies vor allem in der Situation der Krise, wo die Untauglichkeit des kapitalistischen Ausbeutersystems immer offensichtlicher wird und sich allenthalben Widerspruch dagegen regt.

Bei der Niederdrückung des Widerstandes spielen die bewaffneten Organe wie Polizei und Bundesgrenzschutz eine zunehmend wichtigere Rolle.

Auch die Bundeswehr soll auf den Einsatz gegen das Volk vorbereitet werden, dem soll nichts im Wege stehen. Deshalb reagiert das Gericht empfindlich, was auf Dauer nichts nützt; vielmehr wird der Charakter dieses Staates noch offenbarer – Widerstand wird sich regen! – (aus: Ortsbeilage Delmenhorst der KVZ Nr. 33)



Goslar. Vereidigung von Rekruten des Bundesgrenzschutzes am Donnerstag, dem 21. August, vor der Kaiserpfalz. Infolge des langen Stillstehens und der großen Hitze klappten dreißig Rekruten zusammen. Polizeiminister Maihofer, oberster Chef, forderte eine "Leistungssteigerung des Bundesgrenzschutzes im Interes e der inneren Sicherheit". Alle anderen Auslegungen seien falsch, sagte der Minister. Im Klartext: Der Zweck des Bundesgrenzschutzes ist es, sich für einen Bürgerkrieg bereitzuhalten (nach: "Gießener Anzeiger", 22. August).

## US-Armee sichert Bremerhaven als Stützpunkt

**Bremerhaven.** Eine Brigade der US-Armee wird demnächst in der Nähe der Stadt stationiert. Diese Brigade hat den Auftrag, Bremerhaven für die US-Armee zu sichern, denn über Bremerhaven läuft der gesamte Nachschub der in Mitteleuropa stationierten amerikanischen Truppen. Über Bremerhaven lief während des Oktoberkrieges 1973 die Versorgung der israelischen Armee mit Waffen und Gerät aus den amerikanischen Arsenalen in Westdeutschland.

Geplant ist vom amerikanischen Oberkommandierenden der NATO, General Haig, eine "Ledernacken-Division" als "strategische Reserve" für Europa bereitzustellen. "Ledernacken" sind Marineinfanteriesoldaten, die auf Kommandounternehmen besonders von der See her gedrillt sind. Sie wurden benutzt für die Aggression gegen Vietnam und Kambodscha. In Europa hat die US-Armee bisher solche Truppen nicht eingesetzt. Man wird sehen: Die Verlegung einer amerikanischen Brigade nach Bremerhaven ist erst der Anfang. (Nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. und 23. August)

## US-Flottenbesuch in Wilhelmshaven

**Wilhelmshaven.** Bundeswehrminister Leber wird am kommenden Sonntag, dem 31. August, dem amerikanischen Flugzeugträger Nimitz einen Besuch abstatten. Die Nimitz ist der größte Flugzeugträger der Welt und befindet sich mit einem U-Boot und einem Flugkörperzerstörer auf einer Fahrt durch nordeuropäische Gewässer. Die beiden anderen Boote laufen Bremerhaven an.

Mit diesem Besuch der US-Marine haben bereits über hundert Besuche von ausländischen Flotteneinheiten in der Bundesrepublik in diesem Jahr stattgefunden. "bundeswehr aktuell" schreibt: "Die durchschnittliche Anzahl von Besuchen – hundert im Jahr – wird 1975 weit überschritten."

# „Eine gehässige Despotie"

### Bericht über die Grundausbildung in Landshut

**Landshut.** Die allgemeine Grundausbildung ist jetzt bei uns beendet. Sie hat gezeigt, wo es der Bundeswehr darauf ankommt. Sie will gefügige Soldaten, die allen Befehlen gehorchen, wenn dies auch offiziell anders dargestellt wird. Die Gefügigkeit kann aber nur durch großen Druck erreicht werden.

### Suche nach der Soldatenzeitung

So tauchte im Lese- und Fernsehraum eine Soldatenzeitung auf, die großen Aufruhr bei den Offizieren der Kompanie verursachte. Denn auslegen darf man nur, wenn der Kompaniechef dazu die Einwilligung gibt. So liegen kirchliche Blätter, bürgerliche Zeitungen wie "Welt" und "Frankfurter Allgemeine Zeitung" sowie militaristische Zeitungen der Bundeswehr herum. Außerdem darf für den reaktionären Bundeswehrverband geworben werden.

Als die Soldaten von einem dreitägigen Geländeaufenthalt zurückkamen, wurde sogleich eine großangelegte Spind- und Wertfachdurchsuchung durchgeführt, um den Übeltäter, der die Soldatenzeitung ausgelegt hat, zu überführen. Im Verlaufe dieser Durchsuchung wurden zumindest bei einem Soldaten mehrere Ausgaben der KVZ, ein Fotoapparat, Broschüren und persönliche Schriftstücke beschlagnahmt. Sie mußten ihm später wieder zurückgegeben werden. Der Übeltäter wurde nicht gefunden.

Außerdem werden kleinlich gehässige Schikanen durchgeführt. So ist fast jeden Montag und Freitag Haarappell. Obwohl fast die ganze Kompanie schon einen halben Glatzkopf hat, werden Soldaten zum Friseur geschickt. Da der Friseur in der Kaserne zur Zeit Urlaub hat, geht man sogar soweit, daß Soldaten während der Dienstzeit in die Stadt zum Friseur müssen. Sie müssen nach einer bestimmten Zeit, die sehr kurz bemessen ist, wieder dasein.

Nach einem Orientierungsmarsch mit großem Kampfgepäck und persönlicher Ausrüstung, der zwischen 15 und 20 Kilometer lang war, wurde Spind-, Revier- und Stubendurchsicht in einem gemacht. Die Soldaten, die ziemlich erschöpft waren, hatten gereinigt, was nur ging. Da bei der Durchsicht dann an den letzten Stellen nach Dreck gesucht und auch gefunden wurde, wurde den Soldaten indirekt Faulheit vorgeworfen. Die Soldaten waren darüber sehr empört, denn jedem war klar, daß, wenn man nach Dreck sucht, man selbst nach intensiver Reinigung noch Dreck finden würde. So wurde auch fast jeder Quadratmillimeter Schmutz an der Ausrüstung bemängelt.

Bei einem Marsch zum Standorttruppenübungsplatz mit großem Kampfgepäck von vier bis fünf Kilometern bekam ein Soldat Atemnot. Nach einer kurzen Pause, wo man die Vollständigkeit des Zuges feststellte, rannte man knappe tausend Meter zu dem vorgesehenen Ziel. Der jetzige Zugführer und die Gruppenführer hatten kein Gepäck dabei. Die Soldaten waren über diese unglaubliche Hetze empört. Während dem Laufen sagte der obengenannte Soldat zum Zugführer, daß er nicht mehr rennen könne. Dieser sagte darauf lapidar: Solange Sie noch sprechen können, können Sie auch noch weiter.

Aus diesen Worten spricht grenzenlose Menschenverachtung.

### " . . . wir schießen ja doch vorbei"

Am Ende der allgemeinen Grundausbildung hatten wir einen Kompanieabend, der klugerweise am Abend vor dem Orientierungsmarsch lag. Dort wurde auch das Prinzip von Zuckerbrot und Peitsche deutlich. Man spendierte uns pro Mann vier Bier und ein halbes Hähnchen. Wahrscheinlich, um uns wegen der Schikanen, die die Grundausbildung bis jetzt für uns bereithielt, zu versöhnen. All das sollte wohl vergessen gemacht werden.

Auf diesem Abend wurde dann auch ein Lied von einer Gruppe Soldaten gesungen, das unter anderem folgende Zeile hatte: "Was nützt uns das G 3, wir schießen ja doch vorbei" und "was nützt uns die Panzerfaust, wenn uns ja doch die Muffe saust". Dieses Lied war dem Zugführer des Zuges nicht genehm und er verbot das Weitersingen. Zugelassen wurden solche Lieder wie "Hoch auf dem gelben Wagen" usw.

Am nächsten Morgen vor dem Marsch wurden wir dann noch einmal gescheucht. Die gesamte Kompanie durfte antreten und gleich wieder nach hinten wegtreten. Offensichtlich ging es dem Herrn zu langsam. (Soldat X.Y., Landshut)

Leserzuschrift zur Kommentierung des Umfrageergebnisses in der KVZ:

# Die „Wichtigkeit" der Bundeswehr

**Die Bemerkung in der letzten KVZ zu dem Umfrageergebnis über die Wichtigkeit der Bundeswehr hat mehrere Leser zur Kritik veranlaßt. Im folgenden drucken wir einen dieser Briefe ab.**

Die Einschätzung des Umfrageergebnisses über die "Wichtigkeit" der Bundeswehr in der letzten KVZ finde ich ziemlich grob gestrickt. Sie nützt so nichts.

Wenn im Volk die Meinung wächst, daß die Bundeswehr "wichtig" ist, so zeigt das m. E. zweierlei:

a) daß trotz KSZE-Rummel, Umarmung im Weltall und allerhand anderen Friedenskonferenzen im westdeutschen Volk keineswegs die Auffassung sich breit macht, daß die Haupttendenz in der heutigen Welt die Entspannung ist und man sich diesbezüglich nicht zu sorgen habe, sondern daß die hinter den Abrüstungskulissen sichtbaren Zeichen für die Vorbereitung eines neuen Krieges – die verschiedentlichen Androhungen der Supermächte zur militärischen Intervention in Ländern der 2. Welt, vor allem aber das Wettrüsten der beiden Supermächte –, die allesamt Ausdruck des verschärften Ringens der Supermächte um Weltherrschaft sind, im Volk sehr sorgfältig beobachtet werden und ernst genommen werden; daß aber

b) angesichts der wachsenden Kriegsgefahr noch der Gedanke vorherrscht, daß die Armee der eigenen imperialistischen Bourgeoisie ein wirksamer und nötiger Schutz dagegen sei und die Kommunisten erst am Anfang ihrer Überzeugungsarbeit stehen, daß die westdeutsche Arbeiterklasse mit der imperialistischen Bundeswehr im Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr ein Gewehr hat, das nach hinten losgeht und daß nur im Kampf um den Sturz der Bourgeoisie und die Bewaffnung des Volkes die Sicherheit gegen die Kriegsbrandstifter – zu denen auch die westdeutsche Bourgeoisie zählt – liegen kann.

Zu der zitierten Umfrage müssen wir deshalb m. E. so Stellung nehmen: Einerseits widerspiegelt sie die Tatsache, daß die pazifistische Ablehnung alles Militärischen im Volk immer mehr an Boden verliert, weil die Tatsachen einer solchen Haltung ins Gesicht schlagen. (Dies zu vermerken, ist wichtig, wenn man sich erinnert, daß noch vor ein paar Jahren im Gefolge der Reformbewegung die pazifistische Ablehnung der Bundeswehr und die Kriegsdienstverweigerung unter der fortschrittlichen Jugend als Prüfstein auf die Fortschrittlichkeit behandelt wurde.) Insofern – weil das pazifistische Ablenkungsmanöver von der militärischen Gewalt der Bourgeoisie wenig Boden hat – sind die Bedingungen günstig für die Propaganda der Volksbewaffnung. Diese Propaganda zu betreiben, ist aber offensichtlich – und das zeigt die Umfrage andererseits – auch dringend nötig.

Diese beiden Seiten der gegenwärtigen Entwicklung herauszuarbeiten und auseinanderzuhalten, ist wichtig, weil man sonst leicht in das Fahrwasser der Vaterlandsverteidiger sich annähert, daß das Umfrageergebnis konsequenterweise als Zeichen des Anwachsens der Kräfte der patriotischen Vaterlandsverteidiger feiern müssen. –(h.d.m., Bochum)

*Interview mit Kieu Samphan, stellvertretender Premierminister der GRUNK*

# „Die politische Lage im ganzen Land ist günstig und sehr stabil"

**Der erste stellvertretende Premierminister der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha (GRUNK) und Oberbefehlshaber der Volksbefreiungsstreitkräfte von Kambodscha (FAPLNK), Khieu Samphan, hat am 12. August dem Vertreter der kambodschanischen Nachrichtenagentur AKI ein Interview gegeben über die Lage in Kambodscha drei Monate nach der völligen Befreiung von der Herrschaft des US-Imperialismus und seiner Marionetten. Im folgenden drucken wir den vollständigen Text des Interviews, übersetzt aus dem Französischen.**



Während des Befreiungskampfes beglückwünscht Khieu Samphan (3. von rechts) in seiner Eigenschaft als Verteidigungsminister der GRUNK und Oberbefehlshaber der Volksbefreiungsstreitkräfte eine Gruppe von Bauern, die sich siegreich im Kampf geschlagen haben.

*Wir haben am 17. April 1975 unser Land vollständig befreit. Wie haben sich seitdem im ganzen Land die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse entwickelt und wie die Lebensbedingungen des Volkes?*

Khieu Samphan: Ich bin sehr glücklich, daß ein Vertreter der kambodschanischen Nachrichtenagentur diese aktuelle politische Frage anspricht. Sie sind sehr gut darüber im Bilde, wie unser Volk und unsere Volksarmee mit außergewöhnlichem Mut den Kampf geführt und unser vielgeliebtes Vaterland vollständig und endgültig befreit haben. Aber sofort nach der Befreiung mußten wir schnell eine Antwort finden auf Tausende von dringenden Problemen. Diese Probleme sind zurückgelassen worden vom US-Imperialismus und seinen Knechten. Über fünf Jahre lang haben der US-Imperialismus und seine Marionetten außerhalb und innerhalb des Landes gegen die Nation und das Volk von Kambodscha den barbarischsten und grausamsten Zerstörungskrieg geführt, einen Zerstörungskrieg, der ohne Beispiel ist. Zum großen Teil war unsere Wirtschaft zerstört, zum größten Teil waren die Fabriken, die Reisfelder, die übrigen Felder, die Verkehrswege, die Schulen, die Krankenhäuser, die Pagoden in den Städten ebenso wie auf dem Lande verwüstet.

Wir Patrioten wurden unter der vorübergehenden Kontrolle des Feindes gewaltsam in die Armee gepreßt oder in Phnom Penh und in den anderen Städten in Konzentrationslagern zusammengepfercht. Die Opfer bekamen keine Nahrung, die Cholera hat sie gnadenlos dezimiert, Familien sind unbarmherzig getrennt und über das ganze Land verstreut worden.

Unmittelbar nach der Befreiung haben die Königliche Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha (GRUNK), die Nationale Einheitsfront von Kambodscha (FUNK) und das ganze Volk sich mit großer Entschlossenheit darangemacht, all diese Probleme zu lösen, die die Folgen des wildesten Zerstörungs- und Aggressionskrieges des US-Imperialismus und seiner Marionetten sind.

Wie sollten diese Probleme gelöst werden?

Einerseits hat die Bevölkerung auf dem Lande keine Opfer gescheut und lange Jahre hindurch große Leiden ertragen, um den US-Imperialismus und seine Marionetten in seinem Aggressions- und Zerstörungskrieg zu besiegen. Andererseits haben die Millionen Menschen in den Städten, die jetzt befreit wurden, die vom Feind verursachte Hungersnot ertragen; die Menschen waren in einem erbarmungswürdigen Zustand. Dieses Problem ist so schwerwiegend, daß es dafür kein Beispiel gibt; wir müssen es lösen, ohne einen Augenblick dabei zu verlieren, denn es ist eine Lebensfrage für unsere Nation und unser Volk.

Wir haben alle unsere Kräfte vereinigen können: Das sind die Kräfte des ganzen Volkes und der ganzen Armee für den Kampf und den Sieg in dieser neuen, äußerst schwierigen Lage. Dabei stützen wir uns auf unseren tiefen Patriotismus, auf das Bewußtsein, unabhängig und souverän und Herr der Lage und der Entscheidungen zu sein, Vertrauen auf unsere eigene Kraft zu haben und unser Schicksal und das Schicksal des Landes fest in unseren Händen zu halten.

Nach über drei Monaten verbissenem Kampf haben wir von Grund auf dieses Problem lösen können. Wir haben das ganze Volk im ganzen Land mit Lebensmitteln versorgt. Es herrscht kein Überfluß, aber wir haben dieses lebenswichtige Problem regeln können: Unser Volk hat genug, um normal leben zu können und arbeitet mit Schwung beim Wiederaufbau der Wirtschaft.

Das ist ein großer Sieg, den wir in einem so kurzen Zeitraum errungen haben. Parallel dazu haben wir Kräfte für die Entwicklung der Produktion im ganzen Land organisiert mit dem Ziel, die lebenswichtigen Probleme der Gegenwart ebenso wie die der Zukunft zu lösen. Deshalb beteiligen sich unsere Kader von den Ministern bis auf die Ebene der Gemeinden und Dörfer ebenso wie unsere Armee von den oberen Kadern bis zu den Kämpfern und Kämpferinnen mit großem Schwung und im Verein mit allen sozialen Klassen und Schichten des Volkes an der Produktion. Wir bauen zugleich den Sommerreis und den Reis der Regenzeit an. Wir bauen zugleich andere landwirtschaftliche Produkte an: Bananen, Kartoffeln, Maniok . . ., um die Ernährung des Volkes heute und im nächsten Jahr zu sichern.

Überall sind unser Volk und unsere Armee sehr glücklich. Alle verstehen vollkommen die Linie für die Wiederherstellung der Wirtschaft, den Wiederaufbau und die Verteidigung des Landes. Mit klarem Blick folgen sie dem Weg, der voll Würde ist, sie streben nach der Größe und der Bedeutung der produktiven Tätigkeiten; noch mehr: Sie besitzen einen strahlenden Optimismus und eine absolute Gewißheit von einer glänzenden Zukunft, die sie niemals, selbst nicht im Traum, erhofft hatten.

Nachdem diese Ergebnisse erreicht sind, kann ich sagen, daß wir uns in ein oder zwei Jahren in wirtschaftlicher Hinsicht selbst versorgen können, besonders in bezug auf Nahrungsmittel, auf Reis und anderes Getreide. Wir sind sicher, daß wir uns zu 100 Prozent selbst versorgen können mit landwirtschaftlichen Produkten und daß wir einen Teil exportieren können. So können wir schon jetzt schrittweise das Lebensniveau des Volkes verbessern.

Zur selben Zeit haben wir sehr schnell die Verkehrswege repariert. Bis Mitte Juli hatten wir die wichtigsten Straßen wieder fertig, besonders die Nationalstraßen Nummer 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7. Straßen, deren Bedeutung geringer ist, sind ebenfalls völlig wieder für den Verkehr freigegeben. Wir haben von Grund auf die Schwierigkeiten beseitigt, die es hinsichtlich des Salzes, Stoffen und verschiedener landwirtschaftlicher Geräte, die dem Volk nützen, gegeben hat, obwohl noch nicht alles wieder in Ordnung ist.

Was die Eisenbahnlinien betrifft, so haben wir schon einen großen Teil wieder fertig und unsere Armee ist dabei, die Reparaturarbeiten auf den letzten Streckenabschnitten durchzuführen. Alle Flüsse sind ebenfalls für die Schiffahrt wieder frei. Wir haben eine große Zahl von Fabriken und Handwerksbetrieben wieder in Betrieb genommen trotz der großen Schäden und Zerstörungen, die der Feind angerichtet hat. Große Bedeutung messen wir jenen Fabriken und Handwerksbetrieben bei, deren Produktion unmittelbar den Bedürfnissen des Volkes dient.

Die Krankenhäuser und Schulen öffnen ihre Tore eins nach dem andern.

Zusammengefaßt, das Volk und die Volksarmee haben gekämpft und viele Schwierigkeiten besiegt, weil sie unabhängig und souverän sind und ein hohes Verantwortungsgefühl gezeigt haben.

Jetzt haben wir im wesentlichen alle Schwierigkeiten gelöst und unser Vaterland erfährt eine tiefgehende Veränderung. Die Tendenz der Entwicklung ist, daß sich die Lage beständig bessert. Ich kann versichern, daß wir jemals weder eine Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Inflation oder Preissteigerungen haben werden.

*Herr Vizepremierminister, können Sie uns etwas zur Sicherheit im Lande sagen?*

**Khieu Samphan:** Wie ich bereits gesagt habe, haben das Volk und die revolutionären Streitkräfte im wesentlichen die Probleme des täglichen Lebens gelöst. Sie wurden gelöst in einer Atmosphäre großer Solidarität und breiter Einheit. Zugleich kämpfen unser Volk und unsere revolutionären Streitkräfte mit großer Heftigkeit für die Wiederherstellung der Wirtschaft, für den Wiederaufbau und die Verteidigung des Landes. Dabei sind sie unabhängig und souverän und stützen sich auf ihre eigene Kraft und halten ihr Schicksal fest in den eigenen Händen für die Ehre und die nationale Würde und für eine glänzende Zukunft. Da also die politische Lage im ganzen Land günstig und sehr stabil ist, herrschen Frieden und Sicherheit vollkommen im ganzen Land.

*Herr Vizepremierminister, könnten Sie uns einige Gesichtspunkte zur Außenpolitik der GRUNK nennen?*

Khieu Samphan: Wir haben eine sehr klare und eindeutige Außenpolitik: eine Politik der Unabhängigkeit, Neutralität und Blockfreiheit. Wir haben diese Politik immer angewendet und werden sie immer befolgen: in der Vergangenheit, der Gegenwart und in der Zukunft. Wir werden immer diese Politik sorgfältig beachten. Besonders gegenüber den Nachbarländern befolgen wir eine Politik des Friedens und der Freundschaft, gestützt auf die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz. In unseren gegenseitigen Beziehungen stützen wir uns auf die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, den Nichtangriff, die Gleichheit und die Anerkennung der gegenseitigen Interessen. Wir haben den Geist der Initiative, um entsprechend diesen Prinzipien zu handeln, und wir begrüßen herzlich alle Bestrebungen in der Welt, deren Ziele sich in Übereinstimmung mit diesen Prinzipien befinden.

*Kürzlich haben die amerikanischen Imperialisten und ihre Marionetten verleumderische Propaganda gegen Kambodscha geführt und behauptet, es handle ungerecht und feige. Herr Vizepremierminister, was ist Ihre Auffassung dazu?*

Khieu Samphan: Die amerikanischen Imperialisten und eine Handvoll ihrer Marionetten haben ihre Propagandamaschine in Gang gesetzt, um gegen Kambodscha gezielt zu hetzen entsprechend ihren Plänen, die sie im voraus festgelegt haben. Daran ist nichts Außergewöhnliches. Dieses Verhalten entspricht ihrer Natur, die amerikanischen Imperialisten und ihre Marionetten werden sich niemals ändern. Sie waren Feinde der Nation und des Volkes von Kambodscha und zwangen uns, gegen sie zu kämpfen, um nicht ihre Sklaven zu werden. Deshalb werden die Völker der ganzen Welt, die gegen sie genauso zu kämpfen gezwungen sind, von den US-Imperialisten und ihren Marionetten verleumdet. Vorher bezeichneten sie uns als Rebellen, jetzt bedienen sie sich der unwürdigsten Bezeichnungen gegen uns, um die Weltmeinung zu täuschen.

In Wirklichkeit ist der Kampf der Nation und des Volkes von Kambodscha gerecht. Er zeigt klar, daß die Gerechtigkeit und die Würde auf der Seite der Nation und des Volkes von Kambodscha sind, während die US-Imperialisten und die Verräter die Gerechtigkeit und die Würde verhöhnen.

Deshalb unterstützen die Nationen und die Völker der Welt unseren Kampf. Aus diesem Grund haben wir die amerikanischen Imperialisten besiegt. Der Kampf, der zwischen uns und den amerikanischen Imperialisten jahrelang angedauert hat, ist der konkrete Beweis dafür, daß die amerikanischen Imperialisten die Aggressoren sind. Sie haben eine äußerst beschämende Niederlage in Kambodscha einstecken müssen, aber sie wollen ihre Niederlage nicht anerkennen. Sie träumen noch davon und glauben, daß sie unserem Volk Schaden zufügen können. Sie beleidigen uns und erteilen Lektionen wie gegenüber einem wilden Tier. Sie halten sich selber für die Verteidiger der Menschheit und einer bestimmten Moral, aber tatsächlich sind sie es, die den Staatsstreich gemacht haben, wodurch das unabhängige und neutrale Kambodscha beseitigt wurde. Sie sind es, die den Aggressionskrieg gegen unsere Nation und unser Volk mit äußerster Brutalität und Grausamkeit begonnen haben.

Sie, ausgestattet mit allen Sorten von massiven Zerstörungswaffen, sind die Mörder unseres Volkes.

Während dieser fünf Jahre hat das Volk von Kambodscha ebenso wie die ganze Welt die wahre Natur der US-Imperialisten erkannt. Deshalb glaubt die internationale Meinung nicht ihre Hetzpropaganda. Im Gegenteil: Sie unterstützt uns noch mehr als vor unserem vollständigen Sieg.

Die US-Imperialisten sind äußerst gehässig und zänkisch gegenüber unserem Volk, das sie besiegt und sein ganzes Land befreit hat. Sie lassen niemals ab von ihren Zielen, uns Schaden zuzufügen und uns in allen möglichen Formen anzugreifen. Deshalb müssen wir unsere revolutionäre Wachsamkeit erhöhen und uns mit den Nationen und Völkern der ganzen Welt vereinigen und zu jeder Zeit all ihren dunklen Manövern und all ihren wütenden und zerstörerischen Handlungen entgegentreten.

Ich benutze diese Gelegenheit, um meine herzlichsten Glückwünsche unserem Volk und unserer heldenhaften Armee auszusprechen.

Ich verbeuge mich vor dem revolutionären Heroismus und dem hohen Opfermut unserer Kader, Kämpfer und Kämpferinnen, die mit einem hohen Verantwortungsbewußtsein dabei sind, das Banner des Kampfes zu errichten und alle Hindernisse zu besiegen in Unabhängigkeit und Souveränität, gestützt auf ihre eigene Kraft. Ich möchte ebenso diese Gelegenheit ergreifen und zutiefst allen Völkern der Welt einschließlich des amerikanischen Volkes und allen Ländern der Welt danken, die die Nation und das Volk von Kambodscha unterstützt haben.

## Vietnamesische und kambodschanische Regierungsdelegation in der VR China

Kürzlich hielten sich eine nordvietnamesische und eine kambodschanische Regierungsdelegation in der Volksrepublik China auf. Die nordvietnamesische Delegation führte Gespräche über die wirtschaftliche und technische Unterstützung durch die VR China für 1976 und für den nächsten 5-Jahresplan. In den Gesprächen der kambodschanischen Delegation ging es ebenfalls um wirtschaftliche und technische Hilfe. In einem Kommunique zum Abschluß des Besuchs heißt es: "Beide Seiten sind entschlossen, sich noch fester zusammenzuschließen, sich gegenseitig zu unterstützen und gemeinsam voranzugehen im Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus." Nach dem Besuch in der VR China besuchte die kambodschanische Delegation die Demokratische Volksrepublik Korea. Dort traf die Delegation, die vom 1. stellvertretenden Premierminister Khieu Samphan geleitet wurde, mit dem kambodschanischen Staatschef Prinz Sihanouk und dem Premierminister der GRUNK, Penn Nouth, zusammen. Wie inoffiziell berichtet wird, wird Prinz Sihanouk in den nächsten Tagen in Phnom Penh erwartet. – (nach: "Guardian" vom 27.8.)

### Interview mit einem Vertreter der MAPU

# 2 Jahre nach dem Putsch ist die Junta in Chile isoliert

***KVZ: Wie ist die Lage der Militärjunta in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht?***

Die Wirtschaftspolitik der Militärjunta ist auf ihrer ganzen Breite gescheitert.

Als sie die Regierung der Unidad Popular im September 1973 stürzte, trat sie mit dem Versprechen an, die angeblich chaotische wirtschaftliche Situation rasch zu beheben.

Die Junta versprach, durch eine völlige wirtschaftliche Liberalisierung ein "Vertrauensklima" zu schaffen, das ausländische Investitionen anlockt und die kapitalistische Wirtschaft in Chile wieder ankurbelt. So wurde das Land den Monopolen, multinationalen Konzernen und dem Imperialismus geöffnet und die äußerste Ausbeutung der Arbeiterklasse organisiert.

Das Ergebnis nach zwei Jahren: Die ausländischen Investitionen sind fast vollständig ausgeblieben, der innere Markt ist praktisch zusammengebrochen, weite Teile der Bevölkerung unseres Landes leben am Rande oder unterhalb des Existenzminimums, mittlere und kleinere Unternehmen brechen zusammen, die Arbeitslosigkeit wächst.

Im Augenblick ist es das wichtigste wirtschaftliche Ziel der Militärjunta, die Inflation von ca. 400 % im Jahr zu bremsen. Deshalb betreibt der Finanzminister Cauas eine Politik des "Schocks", die darin besteht, auf drastische Weise die öffentlichen Ausgaben zu verringern.

Fast alle staatlichen Bauten sind stillgelegt, wie z. B. die Hochstraße zwischen dem Hafen Valparaiso und dem Badeort Vina. Das Ministerium für Öffentliche Bauten hat 15 000 Arbeitern und Angestellten gekündigt, das sind mehr als 25 % der Beschäftigten. In den Krankenhäusern werden die Kosten reduziert, indem mitten im augenblicklichen Winter die Heizung abgedreht wird, z. B. in den Krankenhäusern Castro, San Bernardo u. a.. Die Regierung beschloß, eine große Anzahl von Fahrzeugen der Verwaltung zu verkaufen, es wird sogar geplant, eine Reihe von öffentlichen Dienstleistungsbetrieben zu versteigern. Dazu braucht die Junta allerdings die Erlaubnis der anderen Mitgliedsstaaten des Andenpakts, da so ein Vorgehen gegen den Artikel 24 dieses internationalen Abkommens verstößt, der die Kontrolle ausländischer Konzerne über die Wirtschaft der Mitgliedsstaaten einschränkt.

Es kommt zu schweren Störungen und Zusammenbrüchen in der Wirtschaft. Die weiter fallende Nachfrage führt zu einem immer größeren Produktionsrückgang. Nach Informationen des chilenischen Unternehmerverbandes fiel die Produktion in den ersten Monaten des Jahres 1975 im Vergleich mit den ersten Monaten des Vorjahres im Bausektor um 26,4 %, im Nahrungsmittelsektor um 23,8 %. Die meisten Industriezweige verzeichnen einen Rückgang von 20 bis 25 %, mit Ausnahme der Elektroerzeugnisse (+ 30,5 %) und der Kupferproduktion (+ 5,7 %). In Vicuna Mackenna, einem Stadtteil in Santiago mit vorwiegend kleinen und mittleren Industriebetrieben, haben 20 von 50 Unternehmen schließen müssen. Weitere 20 arbeiten mit geringster Kapazitätsauslastung, hier handelt es sich vor allem um Textilbetriebe, die keinen Absatz für ihre Produkte finden – kein Wunder, wo das Einkommen der meisten Arbeiter und Angestellten kaum für die Grundnahrungsmittel reicht.

Der nationale Reifenkonzern, INSA, stellte seine Produktion ein, da er die Jahresproduktion von 700 000 Reifen nicht verkaufen konnte und zur Zeit 715 000 Einheiten auf Lager hat.

Huachipato, die einzige große Eisenhütte Chiles, legte einen ihrer drei Hochöfen und drei von fünf Konvertern still.

Die Kohleförderung im wichtigsten Revier bei Concepcion steht praktisch vor dem Zusammenbruch, die Kohlehalden entsprechen einer Jahresproduktion.

In dieser katastrophalen Lage erhöht sich natürlich die Zahl der Arbeitslosen. In Santiago erreichte sie nach offiziellen Angaben 12,4 %, im Bauwesen übersteigt sie 20 %. Alle Staatsbetriebe haben einen totalen Einstellungsstopp bis Ende des Jahres.

Da die Produktion auf den meisten Gebieten stagniert oder zurückgeht, investieren die Kapitalisten weitgehend in Spekulationsobjekten, was die Inflation noch weiter anheizt. Die mächtigen Finanzgruppen sind immer noch in der Lage, durch Transaktionen und Spekulationen große Gewinne herauszuschlagen; die kleineren Unternehmer werden jedoch – zusammen mit der Arbeiterklasse und dem Volk – von der Wirtschaftskrise schwer getroffen.

Diese Situation führte dazu, daß die Junta das Vertrauen und die Unterstützung breiter bürgerlicher und kleinbürgerlicher Schichten verlor. Die Lastwagenbesitzer und einige faschistische Berufsverbände (Händler), die am aktivsten zum Sturz der Regierung der Unidad Popular beitrugen, wenden sich heute offen gegen die Junta, weil ihre Existenz bedroht ist.

Also: Die Widersprüche zwischen den verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie vertiefen sich, so daß die Position der Junta ständig schwächer wird, obwohl sie noch die Kontrolle innerhalb der Streitkräfte behält. In dem Maße, in dem die Junta ihre soziale undpolitische Basis verliert, muß sie sich verstärkt auf die Streitkräfte stützen.

Die Widersprüche im bürgerlichen Lager finden ihren politischen Ausdruck im Streit zwischen Junta und Christdemokratischer Partei. Diese Partei, die von Frei und seiner Fraktion kontrolliert wird (die eng mit den Monopolen und dem Imperialismus verbunden ist), zeigt immer größere Besorgnis über die anwachsende Krise und versucht, sich von der Junta abzusetzen und einen "bürgerlichen Austausch" vorzubereiten. In einem Interview mit der Zeitschrift "ERCILLA" Ende Mai 1975 übte Frei zum erstenmal seit dem Putsch heftige Kritik an der Wirtschaftspolitik der Junta. So versucht er, die demokratischen Sektoren innerhalb der PDC zu schwächen, indem er sich selbst an die Spitze der Kritik der Junta setzt, und die Kraft der Arbeiterklasse und des Volkes für sein eigenes Projekt der bürgerlichen Alternative auszunutzen versucht.

Pinochet reagierte mit äußerster Härte. Die politische Führung des Landes liege in den Händen der Streitkräfte, er drohte, die augenblicklich "suspendierten Parteien zu liquidieren", wobei er sich direkt auf die PDC bezog.

Weiterhin macht die Junta verzweifelte Anstrengungen, sich eine soziale Basis aufzubauen: So versucht sie, innerhalb der Freimaurerlogen Positionen zu gewinnen. Diese Gruppen üben einen wichtigen ideologischen Einfluß auf Teile der mittleren und Kleinbourgeoisie aus, die Politiker der Radikalen Partei gehören traditionell diesen Logen an.

Gleichzeitig gründete die Junta, und das ist noch wichtiger, am 27. April eine potentiell faschistische zivil-militärische Organisation, die sich "Bewegung der nationalen Einheit" (MUN) nennt und die faschistischen Berufsverbände zusammenschließt. Die MUN wird insbesondere von dem Junta-General Leigh unterstützt. Sie soll anscheinend der noch verbliebenen sozialen Basis der Junta eine organisatorische Form verleihen, um nach einem möglichen "bürgerlichen Austausch", bei dem die Militärs aus der Öffentlichkeit zurücktreten müßten, die Aufgaben der Repression zu übernehmen.

Im Augenblick hat die Junta noch die Kontrolle über die Streitkräfte, aber die Wirtschaftskrise und die innerbürgerlichen Widersprüche werden mittelfristig im Lager der Militärs immer größere Risse hervortreiben.



Selbst Kindergärten werden von den Schergen der Junta überwacht

***KVZ: Wie ist die Situation des chilenischen Volkes zwei Jahre nach dem Militärputsch?***

Der Hunger ist das offensichtlichste Merkmal, das die Lage unseres Volkes charakterisiert.

Bis zum 1. Juli lag der Mindestlohn bei 86 400 Escudos, danach wurde er auf 147 000 Escudos angehoben. Den Statistiken der Steuerbehörden zufolge verdienen heute mehr als 62 % der Arbeiter einen Lohn unter 192 000 Escudos, sie liegen damit unterhalb der Besteuerungsgrenze.

Wir haben Euch in einer Tabelle die wichtigsten Konsumgüter zusammengestellt und ausgerechnet, was eine vierköpfige Familie braucht, um nicht vor Hunger zu sterben und Kälte zu leiden. Dabei müßt Ihr bedenken, daß eine Arbeiterfamilie in Chile meistens mehr als vier Personen umfaßt:

| Artikel | monatlicher Bedarf | Stückpreis | Gesamtpreis |
|---|---|---|---|
| Brot | 30 kg | 1 420 Escudos | 42 600 Escudos |
| gewöhnliches Fleisch | 2 kg | 5 880 Escudos | 11 760 Escudos |
| Huhn | 1 kg | 4 500 Escudos | 4 500 Escudos |
| Fisch | 3 kg | 1 500 Escudos | 4 500 Escudos |
| Eier | 2 Dutzend | 2 100 Escudos | 4 200 Escudos |
| Öl | 1 l | 4 900 Escudos | 4 900 Escudos |
| Zucker | 5 kg | 2 800 Escudos | 14 000 Escudos |
| Kaffee | 170 g | 7 400 Escudos | 7 400 Escudos |
| Milch | 1 kg | 12 000 Escudos | 12 000 Escudos |
| Reis | 3 kg | 2 200 Escudos | 6 600 Escudos |
| Nudeln | 3 kg | 1 450 Escudos | 4 350 Escudos |
| Bohnen | 3 kg | 2 560 Escudos | 7 680 Escudos |
| Linsen | 2 kg | 3 630 Escudos | 7 260 Escudos |
| Waschmittel | 2 Pakete | 2 800 Escudos | 5 600 Escudos |
| Gas | | | 9 000 Escudos |
| Kerosin (Heizung) | 20 l | | 17 400 Escudos |
| Transportmittel | 90 Fahrten | | 45 000 Escudos |
| Gesamt | | | 208 690 Escudos |

Wenn Ihr diesen Minimalhaushalt für eine Familie mit dem Mindestlohn vergleicht, seht Ihr, daß ein Großteil der chilenischen Arbeiterklasse Hunger leidet und nicht einmal die notwendigsten Bedürfnisse befriedigen kann.

Also: Auch wenn ein Arbeiter 40, 50 Stunden und mehr arbeitet, so reicht der Lohn nicht hin, um seine Familie bis zum 20. des Monats zu ernähren.

So hat in den Straßen von Santiago und in den anderen Städten die Bettelei, die während der Regierung der Unidad Popular schon fast völlig verschwunden war, mit dem Putsch in erschreckender Weise wieder zugenommen.

Eine solche Wirtschaftspolitik der **Überausbeutung der Arbeiterklasse** ist für die Junta notwendig. Zum einen, weil die Junta den Monopolen und dem Imperialismus verlockende Bedingungen für Investitionen und weitere Unterstützung schaffen muß. Zum anderen, weil die wirtschaftliche Repression und die Aushungerung dazu beitragen sollen, die Arbeiter und das Volk zu demoralisieren, ihnen die physische Möglichkeit zu rauben, sich zu organisieren und den Widerstand aufzunehmen.

***KVZ: Berichtet mehr über die Verteidigung der politischen Gefangenen und über andere konkrete Widerstandsaktionen***

Klar ist, daß die Junta ihre wirtschaftliche Politik nur mit äußerster Härte und grausamster Unterdrückung durchsetzen kann. Wir wollen nur an das Beispiel der 119 "Extremisten" erinnern, die angeblich bei Zusammenstößen mit der Polizei und bei Streitereien untereinander in Argentinien umgekommen sein sollen. Ihr habt in Eurer Zeitung ja davon berichtet. In Wirklichkeit gehörten diese Genossen zu den Tausenden von verschwundenen politischen Gefangenen, die nach dem Putsch verhaftet und zu Tode gefoltert wurden.

Als die Ermordung der 119 bekannt wurde, gab es eine große Unruhe im chilenischen Volk. Es fand sofort eine Messe mit mehr als 4 000 Teilnehmern in der Kathedrale von Santiago statt, um dem Protest Ausdruck und Stimme zu verleihen.

Es ist insgesamt so, daß sich in vielen Betrieben, Büros, Schulen und Universitäten der **offene und öffentliche** Protest gegen die Junta verstärkt. Im Konzentrationslager Puchuncavi führten Anfang August 80 Häftlinge einen mehrtägigen Hungerstreik durch, zu dessen Unterstützung während der Messe in Santiago aufgerufen wurde. Am 1. Mai dieses Jahres fanden mehr als 400 illegale Versammlungen statt, um den internationalen Kampftag der Arbeiterklasse zu feiern.

***KVZ: Wie organisieren sich die Arbeiterklasse und das Volk, um den Kampf gegen die Diktatur aufzunehmen und zu gewinnen?***

Alle Äußerungen des Protestes durch diejenigen Schichten der Bevölkerung, die heuteunmittelbar unter der Politik der Junta leiden, sind von großer Bedeutung.

Eine wichtige Lehre aus dem Scheitern der Regierung der Unidad Popular ist, daß die Arbeiterklasse ihre eigene Organisierung, ihre revolutionäre Partei und ihre Massenorganisationen, entwickeln muß, um den Klassenfeind auf allen Gebieten zu bekämpfen.

Die traditionellen reformistischen Parteien sind nach dem Putsch gescheitert, sie waren nicht in der Lage, die Arbeiterklasse und das Volk zu organisieren und den Widerstand zu führen.

Heute entwickeln die Arbeiter, Bauern und Pobladores (Bewohner der Elendsviertel, d.Red.) neue Organisationsformen: **Fabrikkommissionen, Bauernräte und Widerstandskomitees.** Das sind politische Massenorganisationen, die unter den Bedingungen der Illegalität gebildet werden und arbeiten.

Schauen wir uns die Lage in den Betrieben an: Die Einheitsgewerkschaft CUT ist seit dem Putsch verboten. Die Kollegen haben praktisch keine Möglichkeit, ihre Forderungen organisiert vorzutragen. Wenn zwei, drei oder vier Kollegen sich besprechen wollen und zusammenstehen, machen sie sich schon verdächtig.

***KVZ: Wie sieht die Praxis der Fabrikkommissionen und Widerstandskomitees aus?***

Was heute noch existiert, sind die **Betriebsgewerkschaften.** Diese werden jedoch von der Junta kontrolliert, die auch die Funktionäre von oben einsetzt, zumeist Christdemokraten. Nach dem Willen der Junta sollen diese Betriebsgewerkschaften der verlängerte Arm der Betriebsleitungen und der Militärs sein, ein Instrument der Kollaboration.

Trotzdem müssen die Arbeiter versuchen, diese Gewerkschaften zu nutzen, sie von der Basis her umzudrehen und sie zu zwingen, die Arbeiterforderungen zu vertreten. Auch müssen die Funktionäre frei wählbar sein.

Dies zu erreichen, ist eine wichtige Aufgabe der Fabrikkommission. Sie muß die gewerkschaftlichen Forderungen mit den politischen verbinden, sie muß als eine illegale politische Führung der Betriebsgewerkschaft funktionieren.

Absicherung und Ausweitung sowie Koordination des Widerstands sind heute die wichtigsten Aufgaben der Kommissionen, wenn sie ihr Ziel erreichen wollen.

Hierzu ist die Infrastruktur und die Agitation und Propaganda von grundsätzlicher Bedeutung. Ein ganz wichtiges Instrument für die Kollegen ist, wie festgestellt wird, die illegale **Zeitung**, die das politische Bewußtsein heben, die praktische Arbeit anleiten und koordinieren soll. Die Fabrikkommissionen müssen ihre eigenen Zeitungen und Flugblätter herausgeben, dazu brauchen sie Druckmaschinen, Material, Häuser, Fahrzeuge. Es muß gelingen, diese minimale Infrastruktur zu schaffen, sonst wird es die Junta leicht haben, diese neuen Organe des Widerstands zu zerschlagen und die Arbeiterklasse weiterhin in völliger Ausbeutung zu halten.

Die Kommissionen ersetzen weder die Gewerkschaft noch die Parteien. Im Gegenteil, nur durch eine richtige Zusammenarbeit aller drei Organisationsformen der Arbeiterklasse wird es gelingen, den Widerstand zu entwickeln.

***KVZ: Welches sind die Aufgaben Eurer Partei, des MAPU?***

Das Endziel unserer Partei ist die Verwirklichung des Kommunismus, die klassenlose Gesellschaft, in der die Ausbeutung von der Wurzel her ausgerottet ist.

Das Ziel in der augenblicklichen taktischen Periode ist der Sturz der Diktatur der Monopole und des Imperialismus, die heute durch die Militärjunta repräsentiert wird, und die Errichtung einer revolutionären Regierung des Volkes, die provisorischen Charakter hat.

Das Ziel unserer unmittelbaren Taktik ist es also:

– erstens, die eigene Partei zu entwickeln, weil sie es letztendlich ist, die unsere Linie durchsetzen wird; das bedeutet, verstärkt Arbeiterzellen aufzubauen;

– zweitens geht es darum, Fabrik-

Fortsetzung

## MAPU-Interview

kommissionen zu schaffen, die in der Lage sind, in den Betrieben eine echte politische Führung darzustellen und sich als solche den Arbeitern gegenüber zu legitimieren und von ihnen akzeptiert zu werden. Das kann nicht auf der Basis von allgemeinen Vorstellungen geschehen, sondern nur durch die Fähigkeit, die Forderungen der Arbeiterklasse richtig aufzugreifen und in Plattformen zu formulieren, die Massen zu mobilisieren und ihnen eine Führung zu geben;

– drittens, die Notwendigkeit, innerhalb der Parteien der Linken konkrete Forderungen aufzustellen, z. B. eine Gewerkschaftsplattform, die die demokratischen und gewerkschaftlichen Forderungen verbindet mit dem Kampf für den Sozialismus.

Wie wir schon sagten, ist dazu das wichtigste Instrument für uns das Widerstandskomitee und die Fabrikkommission, die heute schon den Keim einer neuen Volksmacht bedeuten, sowie den Keim der Partei des chilenischen Proletariats, die heute noch nicht als Avantgarde der Arbeiterklasse existiert.

Aus diesem Grund haben wir auch der Solidaritätsbewegung in Westdeutschland zusammen mit dem MIR, der Christlichen Linken und der Koordination der Regionalkomitees der Sozialistischen Partei ein konkretes Projekt vorgelegt. Dieses Projekt sieht die Unterstützung der Infrastruktur für Agitation und Propaganda der Fabrikkommissionen vor, in denen wir mit allen revolutionären Kräften zusammenarbeiten, um den Sturz der Junta und die Errichtung einer revolutionären Volksregierung unter Führung der Arbeiterklasse zu erreichen.

**Der revolutionäre Volkswiderstand verstärkt sich, um zu siegen!**



Erfahrungen in der CSSR

# 7 Jahre nach der Besetzung

**Vor sieben Jahren, im August 1968, hat die Sowjetunion die CSSR überfallen und besetzt. Das geschah unter dem Vorwand, der Sozialismus in der CSSR sei von bürgerlichen Kräften bedroht und müsse durch russische Truppen gerettet werden. Tatsächlich hatte der Kapitalismus in der CSSR schon wieder festen Fuß gefaßt und war in der Sowjetunion zum Imperialismus ausgebildet. Seit dem sozialimperialistischen Überfall hat die weitere Ausbreitung und Durchsetzung des Kapitalismus rasche Fortschritte gemacht. Ein Genosse berichtet uns über einige Erfahrungen, die er bei mehreren Besuchen in der CSSR und über persönliche Kontakte mit Bewohnern der CSSR gewonnen hat.**

Die Arbeiterklasse ist heute weitgehend entrechtet. Das Verhältnis zwischen Volk und dem Staat und der Partei ist gekennzeichnet durch einen unversöhnlichen Widerspruch, "die da oben" sind überaus verhaßt. Ihnen wird kein Wort geglaubt. Gleichzeitig existiert keine revolutionäre Kraft.

Ein aktuelles Beispiel für die Entrechtung der Arbeiterklasse ist das neue "Gesetzbuch der Arbeit". Die Neufassung enthält neben einigen kleineren sozialen Verbesserungen etwa im Bereich des Mutterschutzes als politischen Kern den Abbau des Kündigungsschutzes für die Arbeiter. Sang- und klanglos (mit Zustimmung der "Gewerkschaften") wurden zum Beispiel die Bestimmungen aus dem alten Gesetzbuch gestrichen, wonach ein Betrieb, der einen Arbeiter entlassen will, diesem eine etwa gleichwertige Stelle in einer anderen Firma nachweisen muß. Heute kann die Betriebsleitung allein über eine Kündigung entscheiden.

Ein Gewerkschaftsfunktionär hat wörtlich gegenüber Kollegen gesagt: "Wenn Ihr soziale Probleme habt (Urlaub und so), kommt zu mir, wenn Ihr Arbeitsprobleme habt, möglicherweise gekündigt seid, geht gleich zum Direktor. Ich kann und will nichts tun." Die Möglichkeit, gegen eine Kündigung ein Arbeitsgericht anzu-

Kündigung ein Arbeitsgericht anzu-

rufen, besteht formal, aber praktisch nicht. Im Volk heißt es: "Gewinnst du beim Arbeitsgericht, bist du verloren." Jeder, der für seine Rechte kämpft, und sei es nur vor dem Arbeitsgericht, wird als Staatsfeind angesehen, findet sicher keine entsprechende Arbeitsstelle.

Der Staatsapparat ist heute fest in der Hand einer neuen bürgerlichen Klasse, die in Staat, Partei und in den Betriebsleitungen ihre Pfründe hat und die sich sozial nur auf sich selbst stützen kann und das Volk mit Polizeigewalt regiert.

Dieser gegenüber dem Volk gewalttätige Staatsapparat ist schwach gegenüber den Betriebsleitungen. Er ist nicht in der Lage, seine eigenen Gesetze ihnen gegenüber durchzusetzen. So ist allgemein bekannt, daß die Betriebe die gesetzliche Auflage, Lieferumfang und -termin gegenüber dem Abnehmerbetrieb vertraglich festzulegen, dadurch umgehen, daß sie erst nach Abschluß der Lieferung die Verträge machen, um so "freier disponieren" zu können und der Gefahr zu entgehen, bei Lieferschwierigkeiten Vertragsstrafen zahlen zu müssen.

Für die "Freiheit der Disposition" kämpfen die Betriebsleitungen, um mehr Möglichkeiten zu haben, Gewinne und Prämien zu machen, die in erster Linie ihnen zugute kommen.

So weigern sich immer wieder Betriebe, bestimmte Produkte herzustellen (zur Zeit fehlen deshalb Schreibmaschinen und Badewannen), weil die Planvorhaben ihnen zu wenig Prämien und Gewinne ermöglichen. Dies ist alles den staatlichen Organen bekannt, die sich aber gut bürgerlich verhalten, ihren Klassen"brüdern" höchstens drohen, das Volk aber unterdrücken.

Am widerwärtigsten sind die Formen, in denen das Volk gezwungen ist, sich die einfachsten Rechte und Dienstleistungen von den staatlichen Stellen zu erheucheln und zu erkaufen. Die allgemeine Korruption hat sich in der CSSR erst nach 1969 herausgebildet.

Alles, was man von staatlichen Stellen will, hat heute seinen Preis. Ein Platz auf einer Mittelschule kostet 5 000 Kronen, die man dem Direktor in Form des "dicken Briefumschlags" direkt gibt bzw. ihm in der vorsichtigeren Form zukommen läßt, indem man ihn für fünf Nachhilfestunden a 1 000 Kronen mietet; ein Platz auf der medizinischen Fakultät kostet mindestens 20 000 Kronen, häufig aber mehr, weil man nicht genau weiß, wen man bestechen muß, und alle ihre Hände aufhalten.

Die Politik des "dicken Briefumschlags" verseucht natürlich auch Teile des Volkes. So ist es heute not-

le des Volkes. So ist es heute not-

wendig, Handerwerker der zum Teil staatlichen Produktionsgenossenschaften doppelt und dreifach zu bezahlen, damit sie beim nächsten Rohrbruch zum Beispiel wieder schnell kommen.

Die im Jahre 1968 unter Führung von Dubcek zur Macht gelangte oppositionelle Strömung wollte diese Entwicklung zurück zum Kapitalismus keineswegs bekämpfen. Sie wollte sie legalisieren. Ökonomisch steuerte sie auf eine größere Selbständigkeit der Betriebsleitungen hin, auf eine Stärkung des Marktes. Der damalige Wirtschaftsminister Ota Sik lobt heute als Professor in der Schweiz die Vorzüge der kapitalistischen Wirtschaftsweise und der Produktion für den Markt. Den verschiedensten Kapitalistengremien dient er als Gewährsmann gegen den Sozialismus.

Die 68er Strömung trug eindeutig sozialdemokratische Züge. Sie bestritt, daß es in der CSSR noch Klassengegensätze gibt, leugnete daher die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats. Sie setzte sich für ein pluralistisches Konzept des "Interessenausgleichs der verschiedenen sozialen Schichten" ein und förderte eine Verstärkung des Parlaments. Sie wollte den Teufel der Bürokratisierung mit dem Beelzebub der parlamentarischen Kontrolle ersetzen, eine Form der bürgerlichen Herrschaft durch eine andere.

Durch die gewaltsame Unterdrückung der oppositionellen Strömung mit der Besetzung des Landes konnte sich ihr bürgerlicher Charakter nicht voll entfalten und im politischen Kampf geschlagen werden. Die Unfähigkeit dieser Strömung, das Volk politisch gegen die Besetzung auszurichten, Grundlagen für einen revolutionären Widerstand zu legen, haben ihr politisches Versagen offensichtlich gemacht, haben aber auch die klassenbewußten Kräfte gebunden und bis jetzt verhindert, daß der Widerstand gegen die Herrschaft der neuen Bourgeoisie bewußte und organisierte Form angenommen hat. In den Mittelschichten der Gesellschaft ist der Rückzug aufs Individuelle die Haupttendenz: Der Bau von Wochenendhäuschen hat sich rasant vermehrt. Die Arbeiter, denen dieser Weg versperrt ist, leisten vereinzelt Widerstand, haben aber noch kein gemeinsames Bewußtsein von ihren Aufgaben und keinen organisatorischen Zusammenschluß ausgebildet. – (j., Westberlin)

## Zimbabwe: „Verfassungskonferenz" gescheitert

Das Scheitern der "Verfassungskonferenz" zwischen dem Smith-Regime der weißen Kolonialisten in Rhodesien und den im ANC zusammengeschlossenen Vertretern des Volkes von Zimbabwe wurde am Dienstagabend bekannt. Smith hat es abgelehnt, die Vertreter der Befreiungsbewegungen nach Zimbabwe einreisen zu lassen zur Teilnahme an den Ausschußberatungen. Die Konferenz sollte in Ausschüssen fortgesetzt werden, die in Zimbabwe ihre Beratungen durchführen sollten. Arrangiert wurde die Konferenz von den Präsidenten Kaunda, dem Staatschef von Zambia, und Vorster, dem Präsidenten des südafrikanischen Rassistenregimes. Die Vertreter des Volkes von Zimbabwe halten fest an der Forderung nach vollständiger Übergabe der Macht an die afrikanische Mehrheit, Verhandlungen nur über die Länge einer Übergangsperiode von maximal einem Jahr. Solange das Smith-Regime dazu nicht bereit ist, sind sie entschlossen, den bewaffneten Kampf fortzusetzen und zu verstärken.

# Entwicklungsländer bereiten UNO-Konferenz vor

**Sonderkonferenz über neue Ordnung des Weltwirtschaftssystems**

Auf der Außenministerkonferenz der blockfreien Länder, die am 25. August in Lima, der Hauptstadt Perus, begann, bereiten die Blockfreien ihr Eingreifen auf der Sonderkonferenz der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York vor, auf der es um die Errichtung einer neuen weltwirtschaftlichen Ordnung

neuen weltwirtschaftlichen Ordnung

geht.

Außerdem steht unter anderem auf der Tagesordnung die Aufnahme neuer Mitglieder in die Gruppe der Blockfreien, eine Resolution von 20 arabischen Staaten zur Unterstützung des Antrages auf Ausschluß Israels aus den Vereinten Nationen sowie die Vorbereitung des Gipfeltreffens der Blockfreien im nächsten Jahr in Colombo, der Hauptstadt von Sri Lanka.

Die Gruppe der Blockfreien hat sich mit der Unabhängigkeit immer weiterer ehemaliger Kolonien ständig vergrößert, so daß auf der Außenministerkonferenz in Lima inzwischen 79 Staaten vertreten sind. Dazu kommen 9 Staaten, denen der Beobachterstatus zuerkannt ist, sowie Vertreter von 12 Befreiungsbewegungen.

Die Blockfreien sind zu einem immer mächtigeren Faktor in der UNO und in den internationalen Beziehungen geworden. Sie haben sich immer fester zusammengeschlossen und überall treten sie der Herrschaft des Imperialismus täglich entschiedener entgegen. Ihre Forderungen, die sie in der UNO erhoben haben, sind unter anderem:

Demokratisierung der internationalen Beziehungen, gleichberechtigte Teilnahme an allen Entscheidungen, die heute von den imperialistischen Mächten alleine getroffen werden, Verzicht auf Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen, Auflösung aller Militärblöcke, Stärkung der UNO, Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung, Recht auf Bildung von Rohstoffkartellen, auf Kontrolle ausländischer Investitionen und der Aktivitäten der internationalen Konzerne.

nationalen Konzerne.

Was die Kontrolle ausländischer Investitionen und der Aktivitäten der internationalen Konzerne betrifft, so soll auf der Außenministerkonferenz ein gemeinsames Statut verabschiedet werden, das in allen Mitgliedsländern angewendet werden wird. Außerdem soll ein gemeinsamer Entwicklungs- und Solidaritätsfonds beschlossen werden, um den Kampf für ihre gerechten Ziele auch tatsächlich führen zu können.

## Kolonialherren

Der Abgeordnete Dr. Riedl aus München von der CDU/CSU-Fraktion hat an die Bundesregierung folgende Anfrage gerichtet:

*"Trifft die Meldung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 11. Juni 1975 zu, die Elefanten in Kenia würden in zehn Jahren dort ausgerottet sein, falls es bei der derzeitigen Abschußziffer bleibt, und wird die Bundesregierung notfalls die Entwicklungshilfe für Kenia streichen, um das Land zu einem wirksamen Schutz der Elefanten zu bewegen?"*

Antwort des Staatssekretärs Dr. Dr. Kollatz vom 8. Juli 1975

*"Gesicherte Informationen darüber, ob die Elefanten in Kenia bei der derzeitigen Abschußziffer in zehn Jahren ausgerottet würden, liegen der Bundesregierung nicht vor.*

*Im übrigen ist darauf hinzuweisen, daß bis vor wenigen Jahren Pressemeldungen eher das Problem einer Umweltzerstörung durch zu große Elefantenbestände in Kenia darstellten.*

*Unbeschadet dessen prüft die Bundesregierung alle Entwicklungsprojekte auch auf ihre Umweltauswirkungen; dabei ist der Schutz von Flora und Fauna eingeschlossen."* (Bundestagsdrucksache 7/3860)

Der Unterschied zwischen dem CSU-Abgeordneten und der Bundesregierung besteht darin, daß der erste als besorgter Großwildjäger auftritt und die Bundesregierung veranlassen will, gegenüber einer fremden Regierung durchzusetzen, daß seine Jagdleidenschaft ein Feld findet, während die Bundesregierung ihm als Umweltschützer antwortet. Freilich als Schutzmacht für Flora und Fauna in Kenia. Beide, der besorgte Großwildjäger und die umweltbewußte Regierung, sind sich darin einig, Kenia als eine Art Kolonie zu betrachten, in der zu geschehen hat, was sie für richtig halten.

# Ausnahmezustand in ganz Spanien

**Beginn der Prozesse gegen A. Garmendia und A. Otaegui / Demonstration in Frankfurt geplant**

Der spanische Ministerrat beschloß am 22.8. auf einer Sitzung, den faktischen Ausnahmezustand über ganz Spanien zu verhängen. Demnach sind Festnahmen auf unbegrenzte Zeit sowie Hausdurchsuchungen ohne richterliche Anordnung jederzeit von den bewaffneten Staatsorganen möglich. Weiterhin wird jetzt auch für Sympathisanten von "Terroristen", die Unterschlupf gewähren, die Todesstrafe eingeführt.

Das faschistische Regime weiß, warum es zu diesen Maßnahmen greifen muß. Die von der Staatsanwaltschaft geforderten Todesstrafen gegen die Antifaschisten Antonio Garmendia und Angel Otaegui haben in der Arbeiterklasse und im ganzen spanischen Volk Empörung hervorgerufen und zugleich den Willen bestärkt, sich im Kampf gegen den Faschismus und zur Rettung der Genossen zusammenzuschließen.

Am 11. Juni streikten im Baskenland 100 000 Arbeiter, Angestellte, Studenten und Schüler. Seitdem steht fest: **Generalstreik im Baskenland bei Eröffnung der Prozesse!**

Für Donnerstag, den 28.8., ist der erste Prozeß angesetzt worden. Innerhalb kurzer Zeit kann das Todesurteil gefällt werden.

In der BRD arbeiten in mehreren Städten Komitees gegen die Todesstrafe in Spanien. Für den Tag der Eröffnung des Prozesses, Donnerstag, den 28.8., wird zu einer Protestkundgebung um 17.30 Uhr vor dem spanischen Generalkonsulat in Frankfurt aufgerufen – eine Demonstration ist für Samstag geplant.

Wie sieht der entfesselte, blutige Terror aus, den das faschistische Mordregime nunmehr auch per Gesetz festschreibt? Unter dem Ausnahmezustand im Baskenland erschoß die Guardia Civil zehn baskische Patrioten auf ihren Wachstationen oder auf offener Straße. Einer wurde im Vestibül eines Tanzlokals erschossen, weil er seine Freunde laut fragte, was die Guardias dort wollten. Bei den Haussuchungen und Straßenkontrollen wurden im Mai allein in Bilbao Hunderte "Verdächtiger" in die Stierkampfarena transportiert. Dort wurden sie einzeln oder in Gruppen in die Erste-Hilfe-Station geholt, verprügelt und gefoltert. In Madrid ist die Polizei seit Juli dazu übergegangen, nachts antifaschistische Kämpfer zu entführen und stundenlangen qualvollen Verhören zu unterziehen. Zwei Entführte sind bisher nicht zurückgekehrt. Die Verhöre und Folterungen begeht die Polizei vermummt, um der Rache des Volkes zu entgehen. Alle im Baskenland getöteten Polizisten waren bekannte grausame Folterer.

### Arias Navarro in der BRD

Am letzten Donnerstag meldete die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" – und diese Meldung wurde am folgenden Tag vom spanischen Rundfunk bestätigt –, daß Bundeskanzler Schmidt den spanischen Ministerpräsidenten Arias Navarro für September nach Bonn eingeladen habe. Dies wäre der erste Besuch eines spanischen Ministerpräsidenten in der BRD. 10 % aller ausländischen Investitionen in Spanien gehören dem westdeutschen Finanzkapital. Jährlich wurden seit 1966 über 400 Millionen Mark investiert. Das will sich das westdeutsche Finanzkapital erhalten. (ks/sb)

*Der „Arbeiterkampf" zur Politik gegen den Paragrafen 218*

# Reich an Vorwürfen, arm an Taten

**In seiner letzten Nummer hat die Zeitung "Arbeiterkampf" des Kommunistischen Bundes (Nord) noch einmal zur Politik des KBW im Kampf gegen den § 218 Stellung genommen. Im April hatte der "Arbeiterkampf" unseren Vorschlag, den Kampf gegen den § 218 nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes fortzusetzen unter den Forderungen: Weg mit dem § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! Das Volk soll selbst entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218! als *"Schnapsidee"* bezeichnet. Inzwischen haben sich aufgrund dieser Forderungen Komitees in 155 Städten der BRD gebildet, mehr als 300 000 Unterschriften für diese Forderungen wurden gesammelt (eine *"beachtliche Zahl"* nach Meinung des "Arbeiterkampfes"), und eine zentrale Demonstration in Bonn am 21. September wird vorbereitet.**

Nun ist der "Arbeiterkampf" zu der Auffassung gekommen, die ganze Sache sei vom KBW mit der Absicht inszeniert worden, die Bewegung gegen den § 218 zu spalten. *"Daß der KBW die Spaltung gewollt hat, ergibt sich eindeutig daraus, daß er keinerlei Versuch unternommen hat, das weitere Vorgehen mit den anderen linken Organisationen zu beraten."* Stattdessen wollte der KBW nach Meinung des "Arbeiterkampf" mit den Komitees *"ungestört auf Fischfang für die eigene Organisation gehen"*.

## 1. Vorwurf: "Das Vorgehen ist nicht beraten worden"

Tatsächlich hat sich die Sache so abgespielt: Unser Vorschlag zur Fortsetzung des Kampfes gegen den § 218 wurde im März in der KVZ veröffentlicht, und es wurden alle Gegner des § 218 aufgefordert, zu diesem Vorschlag Stellung zu nehmen, und eine Auseinandersetzung mit diesem Vorschlag wurde eingeleitet. Gleichzeitig haben wir auf der Grundlage dieses Vorschlages eine Politik unter den Massen gemacht und damit breite Zustimmung gefunden. Im Juni fand in Ludwigshafen ein Kongreß statt, zu dem alle Initiativen und Komitees sowie alle Kräfte, die den § 218 weiter bekämpfen wollen, eingeladen wurden. An diesem Kongreß nahmen Komitees und Initiativen aus 48 Städten teil und es wurde beschlossen, unter den genannten Forderungen eine Unterschriftensammlung und eine Demonstration in Bonn zu Beginn der Sitzungsperiode des Parlaments als nächste Kampfschritte einzuleiten. Die Unterschriftenliste hatte gute Erfolge, und es stellte sich dabei heraus, daß mit diesen Forderungen die Aktionseinheit der Massen hergestellt werden kann, und daß auf der Grundlage dieser Forderungen die Massen den Kampf gegen den § 218 fortsetzen wollen. Während sich gleichzeitig gezeigt hat, daß linke Organisationen mit revolutionärem Anspruch wie der KB (Nord) auf dieser Grundlage keine Aktionseinheit eingehen wollen und keine klaren Vorstellungen über die Weiterführung des Kampfes entwickelt haben, sondern dabei sind, den Schlag, den das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes bedeutet, herunterzuwürgen und zu verdauen. Das ist alles.

## 2. Vorwurf: "Die Ratlosigkeit wurde ausgenutzt"

Im folgenden kommt der Verfasser des "Arbeiterkampf"-Artikels zu der Behauptung, diese Erfolge der Kampagne gegen den § 218 seien zustandegekommen, weil der KBW es *"auf geschickte Weise"* verstanden hätte, das *"Gefühl der Ratlosigkeit und Hilfslosigkeit"* in der Bewegung gegen den § 218 nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes auszunutzen, um *"gutwillige Menschen einzufangen"*.

In der bürgerlichen Presse konnte man nach den Kämpfen gegen die Fahrpreiserhöhungen in Heidelberg lesen, der KBW hätte den berechtigten Unmut über die Fahrpreiserhöhungen *"ausgenutzt"*, um die Leute gegen den Staat *"aufzuhetzen"*. Diese beliebte Theorie des bürgerlichen Journalismus findet sich hier in verwandelter Form in den Spalten des "Arbeiterkampf" wieder.

Tatsächlich befand sich die Bewegung gegen den § 218 nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes in einer komplizierten Situation. Der bürgerliche Staat hatte durch den Mund der Karlsruher Richter ein Machtwort gesprochen und die gesamte *"freiheitlich-demokratische Grundordnung"* gegen die Bewegung ins Feld geführt. Gleichzeitig hat er den internen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der herrschenden Klasse ein Ende bereitet. Dies gegenüber einer breiten Bewegung, die zu großen Teilen auf der Hoffnung aufbaute, ihr Ziel mit Hilfe des bürgerlichen Staates, seiner Organe und seiner Parteien durchzusetzen, und dabei war, die vom Parlament beschlossene Fristenlösung als Schritt nach vorn zu akzeptieren.

Seit dem Karlsruher Urteil kann der Kampf gegen den § 218 offenkundig nur als Angriff auf den bürgerlichen Staat und seine Organe fortgesetzt werden. Und mit Erfolg kann dieser Angriff nur vorgetragen werden, wenn gegenüber dem bürgerlichen Staat und seinen Organen das Recht des Volkes behauptet wird, dieses Strafgesetz zu Fall zu bringen. Deswegen sind wir der Auffassung, daß als Ziel des Kampfes weiterhin die Forderung "Weg mit dem § 218" erhoben werden muß, während das Mittel, die Form, die Taktik, durch die dieses Ziel erreicht werden kann, durch die Losungen "Das Volk selbst soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!" ausgedrückt wird. Für diese Auffassung haben wir eine breite Zustimmung in der Bewegung gegen den § 218 gefunden, und gewisse Tendenzen von Ratlosigkeit, die es nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes gegeben hat, konnten durch diesen Vorschlag überwunden werden. "Ratlosigkeit" und "Hilfslosigkeit" herrscht nach wie vor in der Redaktion des "Arbeiterkampf", die diese Taktik ablehnt und überhaupt nicht weiß, wie weiter gegen den § 218 vorgegangen werden soll.

Gegen diese Taktik hatte der "Arbeiterkampf" sogleich eingewandt, ein Volksentscheid wäre in der BRD gar nicht möglich, weil in der Verfassung nicht vorgesehen, also verboten. Auf diesem Einwand, dem man sogleich anmerkte, daß er der Weltanschauung eines Oberamtsrats entspringt, wird nun nicht mehr bestanden.

## 3. Vorwurf: "Illusionsmacherei"

Es wird vom "Arbeiterkampf" nun davor gewarnt, daß der KBW die Illusion nutzt und schürt, der § 218 könne durch Unterschriftensammlungen zu Fall gebracht werden. Und es werden bürgerliche Meinungsforscher zitiert, die herausgefunden hätten, daß die Menschen gern *"bestimmte Forderungen unterschreiben"* würden, aber ungern demonstrieren würden.

Tatsächlich führen weder die Komitees noch der KBW die Unterschriftensammlung durch, um sie im September dem Parlament als Petition zu überreichen, in der Hoffnung, es werde sich daran halten. Die Unterschriftensammlung wird durchgeführt als Teil eines Feldzuges gegen den bürgerlichen Staat, und sie wird genutzt, um aus der Mehrheit, die den § 218 ablehnt, eine Einheit des Volkes zu schmieden, die sich dem bürgerlichen Staat entgegenstellt.

Mehrheiten, in Betrieben, Gewerkschaften, in Stadtteilen wurden aufgrund der Forderungen gebildet, nicht um es dabei zu belassen, sondern als Ausgangspunkt für Aktionen gegen den bürgerlichen Staat. Eine Enthüllungstätigkeit wurde eingeleitet, die an zahlreichen Beispielen beweist, daß es die kapitalistischen Verhältnisse sind, die die Arbeiter und die anderen Besitzlosen zur Abtreibung zwingen; es werden die Schuldigen für diese Verhältnisse beim Namen genannt, und es wurde unter Beweis gestellt, daß die von den bürgerlichen Parteien vorgesehene Indikationslösung nichts an der Tatsache ändert, daß Menschen, die abtreiben müssen, der Schikane und Strafverfolgung des bürgerlichen Staates ausgesetzt sind.

Gegenwärtig sind die bürgerlichen Politiker dabei, eine Parlamentsintrige auszuhandeln, die auf die Beibehaltung des § 218 hinausläuft, während sie gleichzeitig versuchen, die Volksmassen zu beschwichtigen mit Sprüchen wie *"Abtreibung in 6 Monaten fast frei"*, um so den Kampfwillen des Volkes zu lähmen.

Demgegenüber sind die Komitees tätig, um diese bürgerlichen Politiker zur Rede zu stellen und die Frage nach dem Kampf zur Abschaffung dieses Paragrafen öffentlich zur Debatte zu stellen. Und all diese verschiedenen Tätigkeiten werden ihren Höhepunkt finden in der zentralen Demonstration in Bonn zu Beginn der Parlamentsperiode. Die zumindest einmal klarstellen wird, daß die bürgerlichen Parteien ihre Parlamentsintrigen nicht in aller Stille zu Ende spinnen können, um dann mit einem Überraschungscoup die Indikationslösung durchzusetzen, sondern einer Bewegung gegenüberstehen, mit der sie fertig werden müssen. Und die den Forderungen nach Abschaffung des § 218 und Volksentscheid gegen den § 218 größeres Gewicht verleihen wird als Ausgangspunkt für weitere Kampfschritte.

## Die Selbstkritik des KB (Nord): 'Resignatives Jammern über die aktuelle Stärke der Bourgeoisie'

Man sieht also, die Bewegung hat sich seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes einigen Spielraum verschaffen und einige Initiative zurückgewinnen können und auf der Grundlage von richtigen Vorstellungen über Ziel und Taktik erfolgreiche Tätigkeiten gegen den bürgerlichen Staat einleiten können.

Demgegenüber ist der KB (Nord) aus dem Zustand der Lähmung und Untätigkeit im Kampf gegen den
Untätigkeit im Kampf gegen den
§ 218 seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes nicht herausgekommen. Er ist gezwungen, abzuwarten, bis die bürgerlichen Parteien mit ihren Intrigen fertig sind, um dann *"die Beratung im Bundestag noch einmal zum Anlaß zu nehmen, den vorhandenen Protest gegen den § 218 möglichst breit mit Demonstrationen und Kundgebungen zum Ausdruck zu bringen"*.

Auf seiner Linie ist der KB (Nord) zur Untätigkeit verdammt, wo es gilt, den Kampf gegen den § 218 zu organisieren. Unvermeidlich gerät er in die Rolle des Klageweibs gegenüber den Absichten und Tätigkeiten der bürgerlichen Parteien und des Staatsapparates, die er enthüllt, ohne angeben zu können, wie man dagegen vorgehen soll.

Nach dem Angriff der Polizei auf das Frankfurter Frauenzentrum hat das Hamburger Komitee gegen den § 218 den Vorschlag zu einer Demonstration gemacht, um diesem Schlag des bürgerlichen Staates mit einem Gegenschlag zu antworten. Die Leitung des KB (Nord) hat dies abgelehnt wegen Kurzfristigkeit.

Übereingestimmt hat sie in der Notwendigkeit, daß auf die Polizeiaktion gegen das Frauenzentrum geantwortet werden muß. Sie würden sich noch was überlegen, Veranstaltung oder ähnliches. Gefolgt ist nichts außer einer Enthüllung im "Arbeiterkampf".

Selbstkritisch muß der "Arbeiterkampf" anmerken, daß *"bei manchen Genossen eine Tendenz besteht, die Schaffung 'langfristiger politischer Klarheit' zu einer abstrakten Formel zu machen, und die Verbreitung einer realistischen Einschätzung als resignatives Jammern über die aktuelle Stärke der Bourgeoisie mißzuverstehen"*. Von dieser Tendenz meint er, sie sei *"in ihrer Wirkung nicht weniger gefährlich als die Illusionsmacherei des KBW"*.

Diese *"Tendenz"* wird aber nicht an den Genossen liegen, sondern an der Linie, die der "Arbeiterkampf" für ihre Tätigkeit festlegt. Auch der jüngste Artikel wird da keine Wende herbeiführen. Auch er kommt zu dem Schluß, daß der Kampf gegen den § 218 *"momentan keinerlei Aussicht auf Erfolg hat"*.

Wie er unter Umständen langfristig zu einem Erfolg führen kann, wird auch nicht gesagt. Vielleicht soll man darauf spekulieren, daß sich im Bundesverfassungsgericht die Mehrheitsverhältnisse ändern? Vielleicht, daß die Jusos in das Bundesverfassungsgericht einziehen? Oder vielleicht werden sich irgendwann die Verfassungsrichter der Leiden des Volkes erbarmen? Man findet im "Arbeiterkampf" darauf keine Antwort.

Der Artikel des "Arbeiterkampf" zur Frage des Kampfes gegen den § 218 ist geschrieben angesichts einer
§ 218 ist geschrieben angesichts einer
erneut erstarkenden Bewegung gegen den § 218, die der KB (Nord) weder führt noch unterstützt, der er vielmehr polemisch gegenübersteht. Die ihn aber gleichwohl zwingt, sich der Frage zu stellen, wie der Kampf gegen den § 218 geführt werden soll. Die Schwierigkeiten, in denen sich der KB (Nord) in dieser Situation befindet, dokumentiert dieser Artikel, löst sie aber keineswegs. Immerhin enthält er einen Ansatz zur selbstkritischen Feststellung resignativer Tendenzen in seiner Leserschaft. Es ist zu hoffen, daß diese Selbstkritik ernsthaft weiterverfolgt wird. – (lp., Hamburg)

---

**ZENTRALE DEMONSTRATION 21 SEPT. 1975**

**FAHRKARTE**

**VON: WESTBERLIN**
**NACH BONN**
**ABFAHRT:**

**Sonderzug zur Demonstration nach Bonn am 21. September, Abmarsch 11 Uhr Hofgarten, auch aus Westberlin.**

Wie uns der Ausschuß der Komitees und Initiativen gegen den § 218 mitteilt, wird jetzt auch ein Sonderzug aus Westberlin zur Demonstration nach Bonn fahren. Der Zug geht über:

**Helmstedt**
**Braunschweig**
**Hameln**
**Paderborn**

Karten können bei den örtlichen Komitees und Initiativen gekauft werden.

---




**Die bürgerliche Reaktion zementiert den § 218.**
**Die Arbeiterklasse muß ihn zu Fall bringen!**

**KBW** Kommunistischer Bund Westdeutschland

Unveränderte Neuauflage 21. – 40. Tausend

0.50 DM

Buchvertrieb Mannheim Hager GmbH
6800 Mannheim, Postfach 5129